

DAS ZUCKERPROJEKT
SOLIDARITÄT IM WELTHANDEL

Zucker und EU-Zuckermarktordnung

Materialsammlung 2. Band, 2007



DAS ZUCKERPROJEKT

SOLIDARITÄT IM WELTHANDEL

Der vorliegende Reader wurde als Ergänzungsband der im Mai 2006 erstellten Materialsammlung konzipiert. In dieser 2. Auflage werden die aktuellen Folgen der Zuckermarktreform dokumentiert. Es sollen außerdem die politischen Aspekte, die mit dem Thema Zucker verbunden sind, aufgegriffen werden, da bei der Konzeption des ersten Readers die Brisanz der Biotreibstoff-Debatte noch nicht abzusehen war.

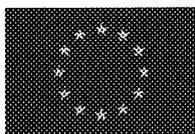
Das erste Kapitel stellt nochmals eine Einführung in die Thematik dar und zieht eine erste Zwischenbilanz. Daraufhin werden im zweiten Kapitel die Folgen der Reform für die Entwicklungsländer dargestellt. Das dritte Kapitel enthält aktuelle Pressemitteilungen aus denen die bevorstehende massive Umstrukturierung der Zuckerindustrie deutlich wird.

Im vierten Kapitel wird besonderes Augenmerk auf die aktuellen Entwicklungen des Bioethanolsektors gelegt, da Ethanol aus Zucker in der aktuellen Debatte schon als Treibstoff der Zukunft behandelt wird, und daher der Zuckeranbau einen ganz anderen Stellenwert bekommt. Durch die Benutzung landwirtschaftlicher Nutzflächen zur Gewinnung von Treibstoffen zeichnet sich jedoch eine globale Umstrukturierung der Landwirtschaft ab, die schon jetzt zu Erhöhung der Nahrungsmittelpreise führt. Unser Dossier zu Bioethanol soll diese Polemik aufgreifen.

Wir wünschen euch viel Spaß beim Lesen und hoffen, dass die vorliegenden Texte ihnen Anregungen zur selbständigen Recherche geben. Für Kritik oder Hinweise zum Thema würden wir uns jederzeit freuen

Berlin, Oktober 2007

Eva Danninger / Joann Picard
(FDCL e.V., Archiv)



"Dieses Dokument wurde mit finanzieller Unterstützung der Europäischen Gemeinschaft erstellt. Die darin vertretenen Standpunkte geben die Ansicht des Verband Entwicklungspolitik Niedersachsen e.V. wieder und stellen somit in keiner Weise die offizielle Meinung der Europäischen Gemeinschaft dar."



Die Medienkisten für die niedersächsischen Verleihstellen wurden mit finanzieller Unterstützung der Niedersächsischen Lottostiftung BINGO! Erstellt.

Inhaltsverzeichnis

<u>Die Reform der Zuckermarktordnung und ihre Folgen</u>	1
1) EU Zuckermarktordnung	3
www.zuckerwirtschaft.de	
2) Reform des EU-Zuckermarktes: Eine Zwischenbilanz	15
Hoffmann, Geraldo in: Tópicos, 2/2007	
<u>Vom Protektionismus zum Freihandel: Wer profitiert?</u>	17
3) Offene Türen für „unsensible“ Produkte	19
Poth Robert in: Südwind-Magazin, 4/2001	
4) Auswirkungen der EU-Zuckermarktreform auf Mosambik	21
Buntzel, Rudolph in: Mosambik-Rundbrief, 69/2006	
5) Süsse Illusionen	22
Joerchel, Bastienne in: Global+, 21/2006	
6) Positive Wirkung der EU-Zuckermarktreform	23
Peltzer, Roger in: eins, 7-8/2006	
<u>Pressemitteilungen</u>	25
7) Südzucker – Die Auswirkungen der EU-ZMO in Deutschland	27
in: Handelsblatt, 18.08.06	
8) Aktuelle Pressemitteilungen zum Zuckermarkt	29
<u>Bioethanol: Ist Zucker der Treibstoff der Zukunft?</u>	31
9) Nachhaltige Biotreibstoffe aus Energiepflanzen	33
Dredge Marcus/ Gutzwillwer, Stephan, Diplomarbeit FHBB, 2005	
10) Handelskonflikte sind vorprogrammiert	35
Egger, Michael in: Global+, 24/2006/07	
11) Biotreibstoffe: Benzin statt Brot	37
Bär, Rosmarie in: Global+, 24/2006/07	
12) In den Tank statt auf den Teller?	39
Hänggi, Marcel in: WOZ Die Wochenzeitung, 46/2006	
13) Weltmarkt Biomasse	41
Backes, Martina/ Bredenbeck, Kirsten in: iz3w, 298/2007	

14) Die Ethanol-Sklaven	45
Werner Paczian in: Erst der Rohstoff – dann der Mensch, Dritte Welt Materialien, informationszentrum 3. Welt Hannover, 138/2006	
15) Alles auf Zucker, Brasiliens Ethanol-Boom	48
in: Süddeutsche Zeitung 13.06.07	
<u>Definitionen</u>	53
16) AKP-Staaten	55
www.wikipedia.de	
17)Least Developed Countries	56
www.wikipedia.de	

Die Reform der Zuckermarktordnung und ihre Folgen

Reform der Zuckermarktordnung

Wie in den meisten wichtigen Erzeugerländern der Erde wird seit 1968 auch in der Europäischen Union der Markt für Zucker in einer Marktordnung geregelt. Die rechtliche Grundlage der gemeinsamen Zuckermarktordnung wurde erstmals durch Erlass der Verordnung Nr. 1009/67/EWG geschaffen und trat am 21. Dezember 1967 in Kraft. Seitdem wurde die Zuckermarktordnung wiederholt geändert und angepasst und durch neue Verordnungen ersetzt. In ihren Grundzügen blieb sie dabei unverändert. Die Verordnung Nr. 1260/2001 des Rates galt vom 1. Juli 2001 bis zum 30. Juni 2006. Mit dem Wirtschaftsjahr 2006/07 begann eine Zuckermarktordnungsperiode unter völlig neuen Bedingungen, geregelt in der Verordnung Nr. 318/2006.

Die bisherige EU-Zuckermarktordnung bildete über nahezu vier Jahrzehnte eine solide Basis für Zuckerrübenanbauer und Zuckerindustrie in Europa. Dennoch machten es vor allem externe Faktoren unausweichlich, einschneidende Veränderungen an diesem System vorzunehmen.

Insbesondere der WTO-Schiedsspruch vom 28. April 2005, die Verhandlungen für ein neues Abkommen im Rahmen der WTO und die „Alles außer Waffen“-Initiative der EU aus dem Jahr 2001 erlaubten es nicht länger, die Zuckermarktordnung weitgehend unverändert fortzusetzen.

Der WTO-Schiedsspruch vom 28. April 2005 zu den Reexporten von AKP-Zucker und dem Export von C-Zucker erfordert eine Einschränkung der jährlichen EU-Zuckerausfuhren um annähernd 5 Mio. t. Zeitgleich werden im Rahmen der „Alles außer Waffen“-Initiative ansteigende zollfreie Einfuhren aus den am wenigsten entwickelten Ländern erwartet.

Eine unveränderte Fortführung der Zuckermarktordnung hätte somit schon kurzfristig zu einer starken Destabilisierung des europäischen Zuckermarktes geführt. Die neue Zuckermarktordnung, die eine Laufzeit bis zum 30. September 2015 hat, stellt den EU-Zuckersektor allerdings ebenfalls vor gewaltige Herausforderungen.



Die Reform der Zuckermarktordnung

Im September 2003 hat die EU-Kommission einen Bericht zur gemeinsamen Zuckermarktordnung mit verschiedenen Reformoptionen vorgelegt und damit den Diskussionsprozess über eine grundlegende Reform der Zuckermarktordnung eröffnet. Im Juli 2004, zu dieser Zeit war noch die alte EU-Kommission mit Agrarkommissar Dr. Franz Fischler im Amt, wurde ein weiteres Reformpapier veröffentlicht, das sich auf einen konkreten Reformansatz konzentrierte, aber noch keinen Legislativvorschlag darstellte. Am 22. Juni 2005 schließlich legte die neue Agrarkommissarin Mariann Fischer Boel einen konkreten Legislativvorschlag vor. Auf Basis dieses Legislativvorschlags verständigte sich der Agrarministerrat am 24. November 2005 auf die Reform. Endgültig wurde die neue Zuckermarktordnung allerdings erst am 20. Februar 2006 beschlossen, nachdem auch die erforderliche Stellungnahme des Europäischen Parlaments vorlag.

Die neue Verordnung Nr. 318/2006 gilt ab dem Wirtschaftsjahr 2006/07. Sie basiert auf drei wesentlichen Elementen:

- a. einer drastischen Senkung der Rübenpreise um 39,7 % und der Zuckerpreise um 36 %
- b. einer drastischen Reduzierung der Erzeugung im Rahmen eines Strukturfonds und
- c. einem teilweisen Ausgleich der Einkommensverluste für die Zuckerrübenanbauer.

Mit der außerordentlich hohen Preissenkung für Zuckerrüben und Zucker wird einem künftigen Abbau der Einfuhrzölle im Rahmen der WTO Rechnung getragen und außerdem soll durch diese Preissenkung zugleich der europäische Markt weniger attraktiv für die zollfreien Einfuhren aus den verschiedenen Entwicklungsländern gemacht werden. Damit verfolgt die EU mit der Preissenkung auch das Ziel, einem zu starken Anwachsen der zollfreien Präferenzeinfuhren zu begegnen. Für die heimischen Produzenten und für die AKP-Staaten sind damit aber erhebliche Einkommenseinbußen verbunden.

Die enorme Reduzierung der Erzeugung ist zum einen die Reaktion auf den weitgehenden Stopp der Exporte und zum anderen die Konsequenz aus den zunehmenden zollfreien Einfuhren aus den am wenigsten entwickelten Ländern.

Mit dem beschlossenen Teilausgleich von zunächst 60 und dann 64,2 Prozent der Erlöseinbußen werden auch die Zuckerrüben in das System der von der Produktion entkoppelten Direktzahlungen einbezogen. Damit wird die Zuckermarktordnung konform zur übrigen Gemeinsamen Agrarpolitik gestaltet.

Zur Rückführung der EU-Zuckerrüben- und Zuckerproduktion wurde ein Restrukturierungsfonds eingerichtet, der aus einer auf drei Jahre befristeten Sonderabgabe der Zuckerindustrie finanziert wird. Mit Hilfe dieses Fonds soll sich die EU-Zuckererzeugung auf zunächst freiwilliger Basis im Rahmen der Quote um rund 5 Mio. t reduzieren. Zuckerproduzenten, die sich aufgrund der starken Preissenkungen und der Exportrestriktionen nicht länger in der Lage sehen, in der Zuckererzeugung zu bleiben, haben die Möglichkeit, ihre Quoten in einem Zeitraum von vier Jahren an den Restrukturierungsfonds zurückzugeben. Sie erhalten im Gegenzug hierfür aus diesem Fonds eine einmalige Prämie. Dieser Ansatz erhielt sowohl vom Europäischen Parlament als auch von den EU-Mitgliedstaaten den Vorzug vor einer generellen "verordneten" Quotenkürzung für alle Erzeuger. Mit dem Strukturfonds wird zugleich das Ziel verfolgt, die Zuckererzeugung in der EU künftig auf die wettbewerbsfähigsten Regionen und Produzenten zu konzentrieren.

Im Ergebnis wird dies dazu führen, dass sich die Zuckerrüben- und Zuckererzeugung aus einigen europäischen Regionen völlig zurückziehen wird. Gegenwärtig zeichnen sich entsprechende Entwicklungen zumindest teilweise sowohl für südeuropäische als auch für nordeuropäische Regionen ab. Die Zahl der Zuckerfabriken wird sich im Zuge dieser Strukturveränderungen drastisch vermindern.

Für die in der Produktion verbleibenden Zuckerrübenanbauer verstärkt sich die Notwendigkeit zu einem weiteren und forcierten Strukturwandel, um damit den trotz

des Teilausgleichs verbleibenden erheblichen Einkommenseinbußen zu begegnen. Die Zuckerindustrie muss sich gleichfalls auf massive Erlöseinschnitte einstellen.

Die neue Zuckermarktordnung (Verordnung Nr.318/2006) enthält im Einzelnen folgende Elemente:

Beginn und Laufzeit der Marktordnung

Die neue Zuckermarktordnung gilt in den wesentlichen Teilen für die neun Wirtschaftsjahre 2006/07 bis 2014/15, d.h. vom 1. Juli 2006 bis zum 30. September 2015. Dies gilt insbesondere für Titel II der Verordnung, der unter anderem Regelungen über die Referenzpreise für Weiß- und Rohzucker, Mindestpreise für Zuckerrüben, Branchenvereinbarungen, Quoten und verschiedene Marktmechanismen enthält.

Das Zuckerwirtschaftsjahr 2006/07 beginnt am 1. Juli 2006 und endet am 30. September 2007. Alle folgenden Wirtschaftsjahre beginnen jeweils am 1. Oktober und enden am 30. September des Folgejahres.

Einführung eines Referenzpreises

Der bisherige Interventionspreis wird durch einen Referenzpreis ersetzt, da das Interventionssystem abgeschafft wird. Allerdings wird die Interventionsmöglichkeit für die Zeit der Umstrukturierung, d.h. bis einschließlich dem Wirtschaftsjahr 2009/10 in modifizierter Form aufrechterhalten. Die Interventionsstelle kann in den verbleibenden vier Wirtschaftsjahren bis zu einer Gesamtmenge von 600 000 t Weißzucker pro Wirtschaftsjahr aufkaufen; der „Interventionspreis“ beläuft sich auf 80 Prozent des Referenzpreises des jeweils folgenden Wirtschaftsjahres.

Der Referenzpreis entspricht in den Zuckerwirtschaftsjahren 2006/07 und 2007/08 noch dem bisherigen Interventionspreis von 631,9 Euro/t Weißzucker. Im Zuckerwirtschaftsjahr 2008/09 wird er in einem ersten Schritt auf 541,5 Euro/t gesenkt, ab dem Zuckerwirtschaftsjahr 2009/10 beträgt er für die restliche Laufzeit noch 404,4 Euro/t. Damit wird der Zuckerpreis um insgesamt 36 Prozent gesenkt. Der Referenzpreis dient auch als Auslösungsschwelle für die neu eingeführte private Lagerhaltung.

Der Mindestpreis für Zuckerrüben wird gleichfalls drastisch gesenkt. Im Wirtschaftsjahr 2006/07 beträgt er nur noch 32,86 Euro/t, im darauf folgenden Wirtschaftsjahr 2007/08 wird er auf 29,78 Euro/t gesenkt. In einem weiteren Schritt wird der Mindestpreis im Wirtschaftsjahr 2008/09 auf 27,83 Euro/t reduziert und ab 2009/10 wird der Mindestpreis 26,29 Euro/t betragen. Dies bedeutet insgesamt eine Senkung der Mindestpreise für Zuckerrüben um rund 39,7 Prozent. Der Vorschlag von Juli 2005 sah eine noch stärkere Preissenkung um insgesamt 42,6 Prozent vor.

Referenzpreis für Zucker und Zuckerrübenmindestpreis

Preise		2006/07	2007/08	2008/09	ab 2009/10
Referenzpreis Weißzucker	€/t	631,9	631,9	541,5	404,4
Reduzierung, kumuliert	%	0	0	14,4	36,0
Strukturabgabe	€/t	126,4	173,8	113,3	0
Netto-Referenzpreis	€/t	505,5	458,1	428,2	404,4
Reduzierung, kumuliert	%	20,0	27,5	32,2	36,0
Referenzpreis Rohzucker	€/t	496,8	496,8	448,8	335,2
Zuckerrübenmindestpreis	€/t	32,9	29,8	27,8	26,3
Reduzierung, kumuliert ¹⁾	%	24,7	31,7	36,2	39,7

¹⁾ gegenüber gewogenem Mittel von bisher 43,63 für EU-15.

Fortsetzung der Quotenregelung

Die bisherige Differenzierung in A- und B-Quoten wird mit der neuen Zuckermarktordnung aufgegeben. Es gibt künftig nur noch eine einheitliche Quote. Dabei entspricht die neue Quote der Summe aus der bisherigen A- und B-Quote.

Quoten für Zucker, Isoglukose und Inulinsirup in der EU

Mitgliedstaaten	Zucker t	Isoglukose t	Inulinsirup t
Deutschland	3 416 896	35 389	-
Frankreich			
- Mutterland	3 288 747	19 846	24 521
- DOM	480 245	-	-
Polen	1 671 926	26 781	-
Italien	1 557 443	20 302	-
Großbritannien	1 138 627	27 237	-
Spanien	996 961	82 579	-
Niederlande	864 560	9 099	80 950
Belgien/Luxemburg	819 812	71 592	215 247
Tschech. Republik	454 862	-	-

Dänemark	420 746	-	-
Ungarn	401 684	137 627	-
Österreich	387 326	-	-
Schweden	368 262	-	-
Griechenland	317 502	12 893	-
Slowakei	207 432	42 547	-
Irland	199 260	-	-
Finnland	146 087	11 872	-
Litauen	103 010	-	-
Portugal			
- Kontinent	69 718	9 917	-
- Azoren	9 953	-	-
Lettland	66 505	-	-
Slowenien	52 973	-	-
EU	17 440 537	507 681	320 718

Restrukturierung

Mit dem Ziel einer Reduzierung der EU-Quotenproduktion auf Basis freiwilliger, unternehmensindividueller Entscheidungen wurde zusammen mit der Reform der Zuckermarktordnung die Einführung des oben erwähnten Restrukturierungsfonds beschlossen. Dieser Ansatz geht zurück auf eine Empfehlung aus dem Agrarausschuss des Europaparlamentes. Die Grundsätze dieses Fonds regelt die zeitgleich mit der Verordnung Nr. 318/2006 vom Rat beschlossene Verordnung Nr. 320/2006. Mit ihr wird ein auf vier Jahre befristetes Umstrukturierungssystem eingeführt. Durch dieses System wird den Unternehmen, die über eine Zucker-, Isoglukose- oder Inulinsirupquote verfügen, die Möglichkeit gegeben, ihre Quotenproduktion ganz oder teilweise aufzugeben und ihre Quoten an den Fonds gegen eine einmalige Prämie zurückzugeben. Durch dieses System sollen vor allem weniger wettbewerbsfähige Standorte einen Anreiz und eine Hilfe zur Neuorientierung erhalten. Diese Prämie soll Umstrukturierungsmaßnahmen erleichtern. Ihre Höhe hängt davon ab, in welchem Jahr die betreffende Quote zurückgegeben wird.

Zuckerunternehmen, die ihre Quote im Zuckerwirtschaftsjahr 2006/07 bzw. 2007/08 an den Umstrukturierungsfonds zurückgeben, erhalten eine einmalige Umstrukturierungsprämie von 730 Euro/t. Bei Quotenrückgabe im Zuckerwirtschaftsjahr 2008/09 beträgt die Prämie 625 Euro/t, bei Rückgabe erst im letzten Jahr des Umstrukturierungssystems 2009/10 werden nur noch 520 Euro/t gezahlt. Voraussetzung für den Erhalt der vollen Prämie ist die Schließung von mindestens einer Zuckerfabrik und deren vollständiger Rückbau. Mindestens 10 Prozent der Umstrukturierungsprämie sind den betroffenen Zuckerrübenanbauern vorbehalten. Im Gegenzug dazu ist die ursprünglich vorgesehene Prämie für die Zuckerrübenanbauer, die von Quotenrückgaben im ZWJ 2006/07 betroffen sind (4,68 €/t A- und B-Zuckerrüben), entfallen.

Bei einem nur teilweisen Rückbau der Zuckerfabrik mit der Möglichkeit zur Erzeugung von Produkten, die nicht der Zuckermarktordnung unterliegen, reduziert

sich die Umstrukturierungsprämie auf jeweils 75 Prozent. Bei einer teilweisen Quotenrückgabe mit der Möglichkeit der weiteren Erzeugung von Produkten, die der Zuckermarktordnung mit Ausnahme der Raffination von Rohzucker unterliegen, reduziert sich die Prämie auf 35 Prozent.

Finanziert wird der Umstrukturierungsfonds durch eine Umstrukturierungsabgabe, die jedes Unternehmen, dem eine Quote zugeteilt ist, zu zahlen hat. Die Strukturabgabe für Zucker wurde wie folgt festgelegt: 126,40 Euro/t Quote im Wirtschaftsjahr 2006/07, 173,80 Euro/t im Wirtschaftsjahr 2007/08 sowie 113,30 Euro/t im Wirtschaftsjahr 2008/09.

Strukturabgabe, -prämie und -hilfe (- in €/t -)

ZWJ	Strukturabgabe	Strukturprämie ¹⁾	Regionale Strukturhilfe
2006/07	126,4	730	109,5
2007/08	173,8	730	109,5
2008/09	113,3	625	93,8
2009/10	0	520	78,0

¹⁾ mind. 10 % für Rübenanbauer

Die Mitgliedstaaten können den Regionen, die von der Umstrukturierung besonders betroffen sind, zusätzliche Diversifizierungsbeihilfen gewähren. Die Beihilfe beträgt in den Wirtschaftsjahren 2006/07 und 2007/08 109,5 Euro/t, im Wirtschaftsjahr 2008/09 93,80 Euro/t und 78 Euro/t im Wirtschaftsjahr 2009/10.

Wenn in einem Mitgliedstaat mehr als 50 aber weniger als 75 Prozent der Quote an den Strukturfonds gegeben werden, kann diese Regionalprämie um 50 Prozent angehoben werden. Bei Quotenrückgaben von 75 bis weniger als 100 Prozent kann eine Anhebung um 75 Prozent erfolgen und bei einer Quotenrückgabe von 100 Prozent wird die Regionalprämie verdoppelt. Diese Anhebungen können sowohl für Diversifizierungsmaßnahmen als auch für zusätzliche Zahlungen an die Zuckerrübenanbauer genutzt werden, die ihre Zuckerrübenenerzeugung einstellen müssen.

Weiterhin wird auch Vollzeitraffinerien eine Beihilfe gewährt.

Die Kommission wird die Entwicklung des Strukturfonds sorgfältig beobachten und im Jahr 2008 einen Bericht über seinen Verlauf vorlegen. Die zunächst von der Kommission erwartete mengenmäßige Entwicklung des Strukturfonds geht aus nachfolgender Übersicht hervor.

Während der Umstrukturierungsphase von 2006/07 bis 2009/10 wird es keine obligatorischen Quotenkürzungen geben. Allerdings ist die Kommission befugt, nach Ablauf der Umstrukturierungsphase ab dem ZWJ 2010/11 die verbleibenden Quoten bei Bedarf linear zu kürzen.

Zusätzliche Quoten

Unter Berücksichtigung des WTO-Zuckerpanels und um einen besseren Übergang von der bisherigen auf die neue Zuckermarktordnung zu erleichtern, hat der Ministerrat für die Unternehmen die Möglichkeit geschaffen, bis zum 30. September 2007 eine zusätzliche Zuckerquote zum Preis von 730 Euro/t zu erwerben. Diese Zusatzquote wurde auf insgesamt 1,1 Mio. t Zucker festgesetzt, für Deutschland beträgt diese Zusatzquote bei Zucker 238 560 t.

Für Isoglukoseproduzenten wurde zum Ausgleich der Auswirkungen sinkender Zuckerpreise eine Zusatzquote von 300 000 t eingerichtet.

Zusätzliche Zuckerquoten in der EU

Mitgliedstaaten	Zusätzliche Quoten -t-
Deutschland	238 560
Frankreich	351 695
Polen	100 551
Italien	10 000
Großbritannien	82 847
Spanien	10 000
Niederlande	66 875
Belgien/Luxemburg	62 489
Tschech. Republik	20 070
Dänemark	31 720
Ungarn	10 000
Österreich	18 486
Schweden	17 722
Griechenland	10 000
Slowakei	10 000
Irland	10 000
Finnland	10 000
Litauen	8 985
Portugal	10 000
Lettland	10 000
Slowenien	10 000
EU	1 100 000

Nichtquotenzucker

Für den Absatz von Nichtquotenzucker, d.h. von Zucker, der über die Quote hinaus bzw. außerhalb der Quote erzeugt wird, sind verschiedene Alternativen vorgesehen. Dieser kann zum einen als Industriezucker verwendet werden. Weiterhin kann ein Unternehmen beschließen, den Nichtquotenzucker ganz oder teilweise auf das folgende Wirtschaftsjahr – unter Anrechnung auf die Erzeugung innerhalb der Quote des nächsten Wirtschaftsjahres – zu übertragen. Ferner kann dieser Zucker im Rahmen der besonderen Versorgungsregeln für die Regionen in äußerster Randlage verwendet oder unter Wahrung der WTO-Verpflichtungen in Drittländer exportiert werden

Industriezucker

Neu eingeführt wird der Begriff des Industriezuckers. Darunter sind alle Zuckermengen zu verstehen, die unter Anrechnung auf ein bestimmtes Wirtschaftsjahr erzeugt werden, die die Quotenzuckerproduktion überschreiten und für die Produktion verschiedener Erzeugnisse, die in Artikel 13 der Verordnung Nr. 318/2006 genannt werden, bestimmt sind. Solche Produkte können zum Beispiel Bioethanol, Alkohol, Rum oder bestimmte Erzeugnisse der chemischen oder pharmazeutischen Industrie sein. Die Kommission wird ein Verzeichnis der Erzeugnisse erstellen, für deren Herstellung Industriezucker Verwendung findet. Für diese Produkte kann eine Produktionserstattung gewährt werden, wenn weder Überschusszucker noch eingeführter Zucker für die Herstellung dieser Erzeugnisse in ausreichender Menge zu einem dem Weltmarkt entsprechenden Preis zur Verfügung stehen.

Sollte in der EU Zucker mit oder ohne Produktionserstattungen nicht zu wettbewerbsfähigen Preisen zur Verfügung stehen, kann die Kommission zollfreie Einfuhren für die chemische Industrie ermöglichen. Grundsätzlich gibt es damit vier Möglichkeiten für Industriezucker: Zucker außerhalb der Quote (Industriezucker), Zucker mit Produktionserstattungen, Aktiver Veredelungsverkehr, zollfreie Einfuhren.

Produktionsabgabe

Ab dem Wirtschaftsjahr 2007/08 wird eine Produktionsabgabe auf die Zucker-, Isoglukose- und Inulinsirupquoten erhoben. Diese Abgabe beträgt für Quotenzucker bzw. Quoteninulinsirup 12 Euro/t. Für Isoglukose beträgt sie 50 Prozent der für Zucker geltenden Abgabe.

Private Lagerhaltung

Wenn der festgestellte Durchschnittspreis in der EU während eines repräsentativen Zeitraums unter dem Referenzpreis liegt und dies wahrscheinlich auch weiterhin der Fall bleibt, kann einem Unternehmen, das über eine Zuckerquote verfügt, eine Beihilfe für die private Lagerhaltung gewährt werden.

Marktrücknahme von Zucker

Um das strukturelle Gleichgewicht des Zuckermarktes auf einem Preisniveau zu halten, das sich dem Referenzpreis annähert, hat die Kommission die Möglichkeit, Quotenzucker, Quotenisoglukose und Quoteninulinsirup bis zum Beginn des

folgenden Wirtschaftsjahres aus dem Markt zu nehmen. Im Rahmen des so genannten Verwaltungsausschussverfahrens wird hierzu jeweils ein für alle Mitgliedstaaten und Erzeuger einheitlicher Prozentsatz festgelegt. Dieser Prozentsatz wird auch auf den Versorgungsbedarf der Raffinerien mit Rohzucker angewendet. Die „zurück genommene“ Zucker-, Isoglukose- oder Inulinsirupmenge muss durch die Unternehmen auf eigene Rechnung eingelagert werden. Sie wird zur ersten Quotenproduktion des folgenden Wirtschaftsjahres oder kann unter Berücksichtigung der Zuckermarktendenzen ganz oder zum Teil als Industriezucker, Industrieisoglukose oder Industrieinulinsirup Verwendung finden. Weiterhin kann sie als eine vorübergehende Quotenerzeugung angesehen werden, die unter Wahrung der WTO-Verpflichtungen teilweise der Ausfuhr vorbehalten wird.

Raffination

Der traditionelle Versorgungsbedarf mit Rohzucker wurde für die EU auf insgesamt 1 796 351 t je Wirtschaftsjahr festgesetzt und für die Zuckerwirtschaftsjahre 2006/07 bis 2008/09 den Ländern Frankreich (296 627 t), Portugal (291 633 t), Slowenien (19 585 t), Finnland (59 925 t) sowie Großbritannien (1 128 581 t) zugewiesen. Der Bedarf wird für Italien für das Wirtschaftsjahr 2007/08 um 50 000 t und für das Wirtschaftsjahr 2008/09 um 100 000 t aufgestockt. Für Portugal wird der Bedarf für die Wirtschaftsjahre 2006/07 bis 2008/09 um 30 000 t angehoben, sowie um weitere 35 000 t ab dem Wirtschaftsjahr, in dem die Zuckerquote um mindestens 50 Prozent gekürzt wurde. In Portugal wird diese zusätzliche Menge für die einzige dort bestehende Rübenzuckerfabrik reserviert. Diese Fabrik wird außerdem den Status einer Vollzeitraffinerie erhalten.

Bis zum ZWJ 2009/10 stehen die Einfuhrlizenzen für Rohzucker nur den Vollzeitraffinerien zur Verfügung, ab 2009/10 können sie nach Ablauf der ersten 3 Monate eines Wirtschaftsjahres auch von anderen Zuckerherstellern genutzt werden. Als Vollzeitraffinerien werden Produktionseinheiten verstanden, deren einzige Aktivität darin besteht, importierten Rohrroh Zucker zu raffinieren oder Produktionseinheiten, die im ZWJ 2004/05 mindestens 15 000 t importierten Rohrroh Zucker raffiniert haben.

Übergangshilfe

Der Beschluss der Agrarminister wurde erst möglich, nachdem für einige Mitgliedstaaten bestimmte zusätzliche Ausgleichsbeihilfen bzw. Sonderregelungen zugestanden worden sind:

Während der Laufzeit des Strukturfonds (bis einschließlich 2009/10) wird ein Betrag von 150 Mio. Euro zur Unterstützung der Vollzeitraffinerien bereitgestellt.

Für Österreich werden bis zu höchstens 9 Mio. Euro für Investitionen in Zuckerrübensammelplätze und andere logistische Infrastrukturen gewährt.

Für Schweden wurden bis zu höchstens 5 Mio. Euro reserviert, die für die Zuckerrübenanbauer auf Gotland und Öland bestimmt sind, die ihren Zuckerrübenanbau im Rahmen des nationalen Umstrukturierungsprozesses aufgeben.

Weitere Übergangsmaßnahmen bestehen im Zusammenhang mit dem Strukturfonds. Wenn in einem Mitgliedstaat die Zuckerquoten um mehr als 50 Prozent reduziert werden, erhält er die Möglichkeit einer vorübergehenden Anpassungshilfe:

Für einen Zeitraum von fünf aufeinander folgenden Jahren, frühestens beginnend 2006/07 und spätestens endend mit dem Wirtschaftsjahr 2013/14, haben die

betreffenden Mitgliedstaaten die Möglichkeit, hierfür zusätzliche Mittel aus dem EAGFL zu bekommen. Für Italien wurde hierfür ein Maximum von 11 Euro/t Zuckerrüben jährlich genehmigt. Um die Zuckerrübenenerzeugung in Finnland zu erhalten, kann den finnischen Zuckerrübenanbauern eine nationale Beihilfe von 350 Euro/ha und Wirtschaftsjahr gewährt werden. Die Beihilfe für die DOM wurde von 60 Mio. Euro jährlich auf 90 Mio. aufgestockt.

Isoglukose

In den Wirtschaftsjahren 2006/07 bis 2008/09 wird die Isoglukosequote jeweils um 100 000 t aufgestockt. In den Zuckerwirtschaftsjahren von 2006/07 bis 2009/10 kann Italien eine zusätzliche Isoglukosequote von 60 000 t, Litauen von 8 000 t und Schweden von 35 000 t zu einem Betrag von 730 Euro/t erwerben. Die Strukturabgabe für die Isoglukoseproduzenten beträgt jeweils 50 Prozent der Abgabe der Zuckererzeuger.

Ausgleichszahlungen

Zum Ausgleich der Preissenkungen für Zuckerrüben auf Grund der Reform der Zuckermarktordnung wurden entkoppelte Einkommensbeihilfen für die Erzeuger beschlossen.

Die Ausgleichszahlungen belaufen sich in den Zuckerwirtschaftsjahren 2006/07 und 2007/08 auf jeweils 60 Prozent der Reduzierung des Rübenmindestpreises, ab 2008/09 betragen sie 64,2 Prozent der Preissenkung, bezogen auf den bisherigen gewogenen Durchschnittspreis aus A- und B-Rüben von 43,63 Euro/t. Da der Umfang der Preissenkung von der bisherigen Zusammensetzung der A –und B-Quoten abhängt, errechnet sich für jedes Mitgliedsland eine spezielle Preissenkung. Die für die einzelnen Mitgliedstaaten und Wirtschaftsjahre beschlossenen Obergrenzen für die Ausgleichszahlung sind im Anhang zur Verordnung Nr. 319/2006 des Rates enthalten.

Für Deutschland wurden folgende jährliche Beträge genehmigt:

2006	154,799 Mio. €
2007	203,380 Mio. €
2008	251,960 Mio. €
ab 2009	277,946 Mio. €

Auf EU-Ebene wurden mit der Verordnung Nr. 319/2006 die Ausgleichszahlungen für Zuckerrüben und Zuckerrohr, die zur Erzeugung von Zucker verwendet werden, in das System der Direktzahlungen miteinbezogen. Darauf aufbauend werden von den Mitgliedstaaten Durchführungsvorschriften erlassen. Zur Durchführung der Ausgleichszahlungen sind verschiedene Möglichkeiten gegeben.

Den Mitgliedstaaten bleibt vorbehalten, ob sie den einzelbetrieblichen Ausgleichsbetrag auf Basis der in Lieferverträgen vereinbarten Mengen oder auf Basis der durchschnittlichen Hektarzahl für Vertragsrüben, Rohr oder Zichorien ermitteln. Es muss sich allerdings jeweils um objektive und nicht diskriminierende Kriterien handeln.

Der einzelne Mitgliedstaat entscheidet ferner darüber, welchen repräsentativen Zeitraum er hierfür zugrunde legt. Es muss sich dabei um ein oder mehrere

Wirtschaftsjahre zwischen 2000/01 und 2006/07 handeln. In Deutschland wurde das Zweite Gesetz zur Änderung des Betriebsprämienführungsgesetzes vom Bundestag am 16. März 2006 und vom Bundesrat am 7. April 2006 beschlossen. Es regelt die Einbeziehung des Zuckerrübenausgleichs in das Betriebsprämiengesetz und enthält Einzelheiten zu dessen Durchführung. Zuvor hatten sich Bundesregierung und Zuckerwirtschaft darauf verständigt, den Ausgleich auf Basis testierter, ausgleichsfähiger vertraglicher Liefermengen und auf Basis des Zuckerwirtschaftsjahres 2006/07 zu gewähren. Dadurch können Härtefälle weitestgehend vermieden werden. Maßgeblich ist die testierte Vertragsmenge des Wirtschaftsjahres 2006/07. Die Zuckerrübenanbauer erhalten hierzu von ihrem Zucker erzeugenden Unternehmen ein Testat, in dem die ausgleichsfähige Vertragsmenge Zucker 2006/07 bestätigt wird. Diese errechnet sich aus dem Anteil des einzelnen Rübenbauers an der gesamten zur Erzeugung der Quote des Unternehmens benötigten Rübenmenge.

Da der Mindestpreis für Zuckerrüben ab dem Wirtschaftsjahr 2006/07 bis zum Jahr 2009/10 in vier Schritten abgesenkt wird, erfolgt der entsprechende Ausgleich ebenfalls in vier Schritten. In Deutschland wird der Ausgleich für die Betriebsinhaber zu 100 Prozent als betriebsindividueller Betrag gewährt.

Hierzu wird im Jahr 2006 ein so genannter betriebsindividueller Zuckergrundbetrag berechnet. Bei Zuckerrüben werden hierfür zunächst die maßgeblichen Zuckermengen ermittelt. Dies geschieht auf Basis der Lieferverträge, die die Betriebsinhaber für das Wirtschaftsjahr 2006/07 mit einem Zuckerunternehmen im Rahmen der Zuckerquote des Unternehmens abgeschlossen haben. Hierbei werden weder neu zuzuteilende Quoten noch die bereits beschlossene temporäre Quotenkürzung für das Wirtschaftsjahr 2006/07 berücksichtigt. Soweit ein Betriebsinhaber den Vertrag nicht mit dem Zuckerunternehmen direkt abgeschlossen hat, sondern mit einem so genannten Vermarkter, der wiederum einen Vertrag mit einem Zuckerunternehmen abgeschlossen hat, wird die im Vertrag mit dem Vermarkter bestimmte Menge für die Berechnung des betriebsindividuellen Zuckergrundbetrages zugrunde gelegt.

Die ermittelten vertraglich bestimmten Zuckermengen werden mit einem Ausgleichsbetrag je Tonne multipliziert. Dieser Betrag wird ausgehend von dem für das Jahr 2006 zur Verfügung stehende Prämienvolumen in Höhe von rund 154,8 Mio. Euro berechnet. Davon werden zunächst die Beträge abgezogen, die für die Ermittlung des Ausgleiches für Zichorien erforderlich sind. Der Restbetrag wird durch die gesamten testierten Zuckermengen geteilt. Der Ausgleichsbetrag je Tonne kann erst nach Auswertung aller Anträge feststehen, er wird nach Schätzungen des BMELV für 2006/07 bei rund 45,30 Euro/t Zucker liegen. Der ermittelte Ausgleichsbetrag wird vom BMELV endgültig durch eine Rechtsverordnung festgelegt.

Von dem betriebsindividuellen Zuckergrundbetrag wird – wie bei allen anderen Sektoren auch – vor der Zuteilung ein Anteil von einem Prozent zugunsten der so genannten nationalen Reserve abgezogen.

Der Zahlungsanspruch für Zuckerrüben wird dadurch gewährt, dass dem Betriebsinhaber die Zahlungsansprüche, die ihm vor dem 15. Mai 2006 gehören, im Wert erhöht werden. Daher muss der Betriebsinhaber zu dem Zeitpunkt bereits Inhaber von Zahlungsansprüchen sein. Vor dem 15. Mai 2006 zugekaufte Zahlungsansprüche werden ebenfalls erhöht, genau wie vor diesem Termin verpachtete Zahlungsansprüche. Zuvor verkaufte Zahlungsansprüche werden hingegen nicht mehr berücksichtigt, ebenso wenig wie Zahlungsansprüche, die er selbst gepachtet hat.

Die Zuckerrübenanbauer mussten bis zum 15. Mai 2006 den betriebsindividuellen Zuckergrundbetrag beantragen. Ausnahmen von dieser Frist können nur im Falle der höheren Gewalt oder von bestimmten außergewöhnlichen Fällen anerkannt werden. Dem Antrag auf den betriebsindividuellen Zuckergrundbetrag muss das so genannte Testat (Bescheinigung über die im Liefervertrag bestimmte ausgleichsfähige Zuckermenge) beigelegt werden.

Der Ausgleich für Zucker wird jährlich bis zum Jahr 2009 erhöht. Die Höhe der jeweiligen zusätzlichen betriebsindividuellen Zuckerbeträge steht zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht fest. Das BMELV wird für jedes Kalenderjahr einen Faktor festsetzen, mit dem der jeweilige Zuckergrundbetrag multipliziert wird. Der Faktor muss für das jeweilige Jahr einheitlich sein. Auch hier werden jeweils 1 Prozent für die nationale Reserve einbehalten.

Dividiert man das auf Deutschland für die Jahre jeweils entfallende zusätzliche Prämienvolumen durch die den Zuckerunternehmen in Deutschland zugeteilte Zuckerquote, so ergeben sich für die Erhöhung folgende Werte:

Jahr 2007: 14,22 €/t

Jahr 2008: 14,22 €/t

Jahr 2009: 7,60 €/t.

Diese Werte sind Orientierungsgrößen für die zu erwartenden zusätzlichen betriebsindividuellen Zuckerbeträge. Durch diese jährlichen zusätzlichen betriebsindividuellen Zahlungsansprüche werden jeweils die Werte aller Zahlungsansprüche erhöht.

Langfristig soll das Kombinationsmodell in Deutschland in ein reines Regionalmodell überführt werden. Das bedeutet, dass die von Betrieb zu Betrieb unterschiedlich hohen Werte der Zahlungsansprüche schrittweise zu regional einheitlichen Zahlungsansprüchen angeglichen werden. Dies geschieht während der Angleichungsphase zwischen den Jahren 2010 und 2013 (Abschmelzung). In diesem Zeitraum kommt es nach der jetzigen Rechtslage in Deutschland zu einem sukzessiven Abbau auch der so genannten Top up's für Zuckerrüben. Gleichzeitig erhöhen sich die allgemeinen Flächenprämien. Für die Zuckerrübenanbauer in Deutschland bedeutet dies erhebliche zusätzliche Einkommensverluste.

Die Zuckerwirtschaft hat deshalb ein Verschieben des „Gleitfluges“ für die Dauer der neuen Marktordnungsperiode gefordert oder, wenn dies nicht durchsetzbar ist, zumindest eine Verschiebung des Abbaus der Top up's an das Ende der Angleichungsphase. Bedauerlicherweise ist es nicht gelungen, diese Forderung im politischen Raum durchzusetzen. Auf lange Sicht resultiert aus diesem Umstand insbesondere für die spezialisierten Zuckerrübenbetriebe eine Schlechterstellung gegenüber den Zuckerrübenanbauern in den anderen Mitgliedstaaten.

Reform des EU-Zuckermarktes:

Eine Zwischenbilanz

Am 24. November 2005 beschlossen die EU-Agrarminister nach langen und schwierigen Verhandlungen eine Reform der EU-Zuckermarktordnung. Die seit Juli 2006 geltende Regelung sieht Kürzungen für die europäischen Bauern beim garantierten Abnahmepreis von 36% bis zum Jahr 2009 vor.

TEXT: GERALDO HOFFMANN

Die Europäische Union wurde aufgrund eines von Brasilien, Australien und Thailand angestrebten Verfahrens von der Welthandelsorganisation gezwungen, die Menge des von ihr subventionierten Zuckers stark zu reduzieren. Die Senkung der garantierten Mindestpreise soll zu einem Rückgang der EU-Jahreszuckerproduktion von ca. 20 Millionen Tonnen auf voraussichtlich 13 bis 14 Millionen Tonnen jährlich führen.

Kurz vor Ende der deutschen EU-Präsidentschaft fragte Tópicos beim Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV) in Berlin nach, was die neue Zuckermarktordnung bisher bewirkt hat. Die Antwort: "Bislang wurden nur 2,2 Mio. t Zuckerquoten aufgegeben. Das reicht nicht aus, um den EU-Zuckermarkt zu stabilisieren. Es drohen strukturelle Zuckerüberschüsse von über 4 Mio. t. Im Agrarrat hat die EU-Kommission deshalb am 07.05.2007 Vorschläge zur Anpassung der Zuckermarktordnung und der Restrukturierungsregelung vorgelegt. In den nächsten beiden Wirtschaftsjahren sollen weitere 3,8 Mio. t Zuckerquoten aufgegeben werden."

EU-Zucker-Importe

Auf die Frage, ob jetzt mehr Zucker als früher aus Entwicklungsländern in die EU importiert wird, antwortete das BMELV: „Die Europäische Kommission geht für das Wirtschaftsjahr

2006/07 (15 Monate) von folgenden Präferenz berechtigten Zuckerimporten in die EU aus: Afrika, Karibik, Pazifik und [hauptsächlich] Indien: 1,88 Mio. t.; Balkan: 0,38 Mio. t.; andere Staaten: 0,57 Mio. t (hier sind auch die zurzeit noch kontingentierten Importmengen aus Least Developed Countries enthalten); Rumänien/Bulgarien: 0,40 Mio. t.“

Brasilien wird bei dieser Statistik nicht erwähnt. 2006 stiegen laut Behörde für Außenhandel SECEX in Brasília die brasilianischen Rohrzuckerexporte gegenüber dem Vorjahr um 7,9% auf 19,5 Millionen Tonnen. In diesem Jahr sollen sie noch einmal um 8 % auf 21,8 Millionen Tonnen zunehmen. Mit Abstand größter Abnehmer von brasilianischem Zucker ist Russland, wohin in den elf Monaten bis Februar 2007 knapp 3,5 Millionen Tonnen geliefert wurden. Weitere 1,2 Millionen Tonnen gingen in den Iran, gut 900.000 Tonnen nach Ägypten.

Deutschland:
Trend zu Biokraftstoffen

Laut BMELV wurde zur kurzfristigen Stabilisierung des EU-Zuckermarktes im März 2007 bereits eine präventive Marktrücknahme von 2 Mio. t für 2007/08 beschlossen. Der Kürzungskoeffizient für die deutschen Rübenanbauer beträgt dabei 13,5 %. "Entsprechende Umstellungen auf den Anbau anderer Feldfrüchte sind daher in Deutschland wie auch in den anderen EU-Mit-



Zuckerrohrernte in Capivari, Bundesstaat São Paulo

gliedstaaten zu erwarten", so das Ministerium.

Experten empfehlen den Bauern in Deutschland, sich verstärkt um die Erzeugung von Bioenergie zu kümmern. Offensichtlich ist bereits in diesem Sommer die Zunahme an Rapsfeldern für die Produktion von Biokraftstoffen.

Brasilien:
Zucker oder Ethanol?

Brasilien konnte seinen Zuckerexport seit 1990 von 1,5 Mio. Tonnen auf 19,5 Mio. Tonnen in 2006 steigern. Angesichts der niedrigen Zuckerpreise an den internationalen Rohstoffbörsen und der steigenden Nachfrage nach Biokraftstoffen dürfte aber Zuckerrohr aus der laufenden Ernte verstärkt zu Bioethanol verarbeitet werden. 2006 produzierte Brasilien erstmals mehr Alkohol als Zucker. "Das Ethanol wird aber die Zuckerproduktion nicht gefährden", so der ehemalige Agrarminister Roberto Rodrigues.

Es scheint sich also zu bewahrheiten, was Ernst Stetter, Büroleiter der Friedrich-Ebert-Stiftung in Brüssel, bereits vor einem Jahr vorausgesagt hat: „Für die EU-Bauern wird die Reform des Zuckermarktes durch Subventionen abgemildert. Die kleinen AKP-Anbieter sind die eindeutigen Verlierer. Gewinner sind eindeutig die Produzenten in Brasilien, die zukünftig den Weltmarkt für Zucker dominieren werden“.

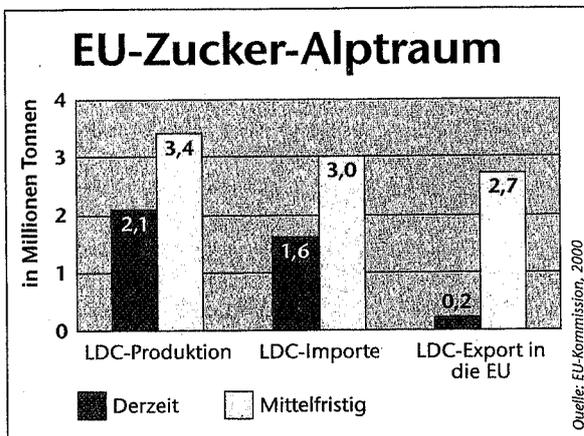
Vom Protektionismus zum Freihandel: Wer profitiert?

Offene Türen für »unsensible« Produkte

Die EU hat sich zu einer zaghaften Öffnung ihres Landwirtschaftsmarkts für die ärmsten Länder durchgerungen. Ein Ziel: Grünes Licht für eine neue WTO-Liberalisierungsrunde.

Robert Poth

Everything but Arms“ (EBA), („Alles außer Waffen“), nennt die Europäische Union ein neues Handelsangebot an die am wenigsten entwickelten Länder (Least Developed Countries; LDCs). Es wurde Ende Februar nach heftigen internen Debatten von den EU-Außenministern abgesegnet. Sogar UN-Generalsekretär Kofi Annan hatte in persönlichen Briefen die EU-Regierungschefs ersucht, die Initiative anzunehmen. Ihr Inhalt: sofortige Aufhebung von Zöllen und



Mengenbeschränkungen für alle Produkte aus LDCs außer Waffen. Eine „Weltpremiere“, wie EU-Handelskommissar Pascal Lamy erklärte: Der Beschluss zeige, dass die EU bereit sei, vor einer neuen Liberalisierungsrunde im Welthandel „die Interessen der Entwicklungsländer zu berücksichtigen“.

Was Brüssel bezweckt, ist also kein Rätsel. Bis zur WTO-Ministerkonferenz in Katar im Herbst soll es gelingen, den anhaltenden Widerstand der Entwicklungsländer gegen eine „umfassende“ Liberalisierungsrunde zu überwinden. Auch drängte die Zeit. Brüssel ist im Mai Gastgeber einer UNO-Konferenz über LDCs, bei der ein Aktionsprogramm zugunsten der ärmsten Länder beschlossen werden soll – übrigens zum dritten Mal seit 1981. Eine Ablehnung des EBA-Vorschlags war aus dieser Sicht nicht tragbar. So wurde die Maßnahme durch den EU-Rat geboxt und als bloße Novelle zum Allgemeinen Zollpräferenzsystem am EU-Parlament vorbei geschleust.

Auch eine ernstliche Verstimmung zahlreicher AKP-Länder wurde in Kauf genom-

men, die zu den Hauptverlierern der Initiative gehören dürften (siehe Kasten).

Tatsächlich war ein solcher Schritt überfällig, um den Lippenbekenntnissen der reichen Länder zu „freiem Handel“ ein Mindestmaß an Substanz zu verleihen. Denn gerade die LDCs haben im Rahmen struktureller Anpassungsprogramme ihre Handelsregime bereits weiter liberalisiert als andere Entwicklungsländer und auch weiter, als es die WTO-Regeln fordern. Dies alles, ohne dass der verheißene Nutzen eingetreten sei, wie ein Expertenbericht für die LDC-Konferenz im Mai festhält. Im Gegenteil: Ihre Produktionskapazitäten seien geschwächt worden, während Rohstoffexporteure einen Verfall ihrer Exportpreise hinnehmen mussten.

Einzigster Weg vorwärts nach Ansicht der ExpertInnen: Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit durch Produktdiversifizierung, Produktion von Gütern mit höherer Wertschöpfung und Steigerung der Produktivität.

Die EBA-Initiative bietet in dieser Hinsicht durchaus Chancen, und zwar insbesondere bei Agrarprodukten. Dies deshalb, da LDCs Industriewaren bereits zoll- und quotenfrei in die EU einführen

konnten; die Liberalisierung betrifft lediglich den Landwirtschaftsbereich. Allerdings in einer „verwässerten“ Form, wie entwicklungspolitische Organisationen bemängeln: Denn bei drei „sensiblen“ Produkten, Zucker, Reis und Bananen, wird die volle Liberalisierung um etliche Jahre hinausgeschoben (siehe Kasten), was insbesondere die EU-Mittelmeerländer und Frankreich durchsetzten – übrigens auch mit Unterstützung aus Wien.

Ein Grund dafür waren Szenarien einer EBA-Analyse der Kommission, die von dramatischen Zunahmen bei Zucker- und Reisimporten bis auf 2,7 Millionen bzw. 450.000 Tonnen ausgehen (rund 20 Prozent bzw. 53 Prozent des aktuellen EU-Verbrauchs) – als Folge der hohen EU-Preise: Zucker war in der EU zuletzt beinahe dreimal, Langkornreis zweimal so teuer wie am Weltmarkt. Zwar haben die LDCs selbst ein Zucker- und Reisdefizit, doch könnten sie zweierlei tun: erstens, anders als bisher, einen Großteil ihrer inländischen Produktion in der EU absetzen und sich selbst billiger am Weltmarkt

Gesünder
besser... *Mani* ...genießvoller

**Mani-Olivenöl und Oliven
höchster Güte**

**Das Original
aus Griechenland**

Firma Ing. M. Bläuel, Tel. 01/522 08 24
oder Internet: www.mani.at



Arme Union?

Bei den »sensiblen« Produkten Reis, Zucker und Bananen, so die EU, käme eine rasche Liberalisierung zu teuer.

versorgen; zweitens Rohprodukte importieren, weiterverarbeiten und aufgrund der Kumulierungsregel (siehe Kasten) ebenfalls in die EU exportieren. Und wie es aus der Kommission hieß, gebe es im EU-Agrarbudget keine Mittel, um die allfälligen Folgekosten abzudecken.

Das eine von der britischen Hilfsorganisation Oxfam in Auftrag gegebene Studie die Kommissions-Szenarien als „unplausibel“ bezeichnete, half da genauso wenig wie die Tatsache, dass die EBA-Initiative auch eine Schutzklausel enthält: Bei drastisch zunehmenden Importen kann Brüssel nämlich den Schutzzaun wieder aufstellen. Es werde „keine unmittelbaren Auswirkungen“ auf Österreichs Rübenbauern und Zuckerfabriken geben, beruhigte denn auch Wirtschaftsminister Martin Bartenstein. Die Preise würden „jedenfalls nicht von heute auf morgen fallen“.

Wohl korrekt, denn nicht zuletzt aufgrund des bisherigen Agrarprotektionismus gibt es in den LDCs kaum entsprechende Exportkapazitäten. Wie das Institute for Development Studies in Sussex im Auftrag von Oxfam erhob, wären allenfalls in sechs Produktgruppen nennenswerte Kapazitäten auszumachen: bei Rindfleisch, Käse, Mais – und den drei „sensiblen“ Produkten. Dem pflichtet auch die Kommission bei: Kurz- bis mittelfristig wären „viele der LDCs wahrscheinlich nicht in der Lage, die sanitären, phytosanitären und Marketingstandards“ in der EU einzuhalten, „insbesondere bei Fleisch, Obst und Gemüse“. Und auch der Dreieckshandel mit Reis und Zucker könnte nur unter der Voraussetzung einiger Investitionen in die Verarbeitungskapazitäten

und Handelslogistik der LDCs Wirklichkeit werden. Es sei aber „nicht klar, ob die LDCs die nötigen Investitionen kurzfristig anziehen könnten“.

Daher forderte etwa Eurostep, ein Netzwerk europäischer Entwicklungs-NGOs, Brüssel müsse eine Strategie zur Über-

Möglicherweise laufen die Entwicklungsländer wieder Gefahr, einer »Teile und Herrsche«-Strategie auf den Leim zu gehen.

windung der „angebotsseitigen“ Defizite in den LDCs erarbeiten. Verbal bekennt sich die EU dazu: „Wir müssen ihnen helfen, die Kapazität aufzubauen, Güter in exportfähiger Qualität zu liefern, und wir bekräftigen die Verpflichtung der Kommission, weiter technische und finanzielle Hilfe zu diesem Zweck zu leisten“, so Kommissar Lamy.

Die relevanten Fakten sind allerdings ernüchternd: Die LDC-Hilfe der EU-Mit-

gliedsländer sank nach OECD-Angaben von 1988/89 bis 1999 von 0,14 Prozent auf nur mehr 0,06 Prozent des Bruttoinlandsprodukts.

Möglicherweise laufen die Entwicklungsländer wieder Gefahr, einer „Teile und Herrsche“-Strategie auf den Leim zu gehen, wie sie Chakravarthi Raghavan vom South-North Development Monitor (SUNS) in Genf beschreibt: Den LDCs werden mehr

Handelsmöglichkeiten (auf Kosten der anderen Länder) versprochen, während gleichzeitig der Rest gezwungen wird, „die selben oder sogar noch strengere Verpflichtungen als die reichen Länder zu übernehmen“. Den Versprechen folgen dann nur halbherzige Taten, wenn überhaupt. Bis zum Scheitern des WTO-Treffens in Seattle Ende 1999 hat das auch blendend funktioniert. Ob es in Katar wieder gelingt, bleibt abzuwarten. ●

„Everything but Arms“ im Überblick

● **Exklusiv für die ärmsten Länder.** Die Initiative gilt für die 48 am wenigsten entwickelten Länder (LDCs) nach UNO-Definition. 39 davon sind AKP-Länder (Afrika, Karibik, Pazifik), die mit der EU über das Cotonou-Abkommen (den Nachfolger des Lomé-Abkommens) in einer Entwicklungspartnerschaft verbunden sind, 33 dieser AKP-LDCs sind afrikanische Länder. Unter den neun LDCs in Asien befinden sich Afghanistan, Nepal, Laos, Kambodscha und Bangladesch; Myanmar (Burma) ist aufgrund der Menschenrechtslage von der Initiative ausgeschlossen.

● **Ausschließlich Agrarprodukte.** Die Liberalisierung betrifft ausschließlich landwirtschaftliche Produkte, die in der EU produziert und durch Zölle und Einfuhrquoten geschützt werden. Nur ein Prozent aller LDC-Exporte in die EU fallen derzeit in diese Kategorie. Zölle und Mengenbeschränkungen für Industrieprodukte aus LDCs wurden bereits früher aufgehoben.

● **Anreiz zur regionalen Integration.** Die Maßnahme gilt für alle Produkte mit einem LDC-Wertschöpfungsanteil von zumindest 50 Prozent („Kumulierung“). Damit soll ein Anreiz für den Aufbau von

Verarbeitungsindustrien in den LDCs im Rahmen der regionalen Integration geschaffen werden.

● **„Sensible“ Produkte:** Zucker, Reis und Bananen. Anstatt ab 2005, wie von der EU-Kommission ursprünglich vorgeschlagen, erfolgt die volle Liberalisierung erst ab 2006 (Bananen), Juli 2009 (Reis) und September 2009 (Zucker). Zum Ausgleich werden bis dahin die Einfuhrquoten jährlich um 15 Prozent erweitert; Ausgangspunkt dafür sind die jeweils höchsten Einfuhren der neunziger Jahre plus 15 Prozent.

● **Auswirkungen auf Entwicklungsländer:** Kurzfristig wenige, da das Angebot der LDCs nicht rasch ausgeweitet werden kann. In weiterer Folge haben jedoch alle Nicht-LDC-Exporteure mit mehr Konkurrenz und sinkenden Preisen am EU-Markt zu rechnen. Besonders betroffen sind einige AKP-Länder, die u. a. mit ihren Reis-, Bananen- und Zuckerexporten „am Tropf“ der hohen EU-Preise hängen. Sinken diese durch LDC-Importe von anderswo, wie zu erwarten ist, droht Produzenten in karibischen Inselstaaten sowie in Guyana, Surinam, Fidschi und Mauritius das wirtschaftliche Aus. **R. P.**

Auswirkungen der EU-Zuckermarktreform auf Mosambik

Potenziale und Gefahren

Mit Spannung wurde die EU-Marktreform für Zucker erwartet. Wird die Reform sich günstig auf die Zuckerwirtschaft in Entwicklungsländern auswirken oder wird der Absatz von Zucker in der Zukunft noch schwieriger? Der Autor vergleicht die Absenkung der EU-Zuckerpreise gegenüber den AKP-Staaten mit zusätzlichen Absatzmöglichkeiten durch neue handelspolitische Initiativen und kommt zu dem Schluss: Eine Steigerung der Zuckerproduktion könnte sich für Mosambik durchaus lohnen.

Von Rudolf Buntzel

Die Zuckerwirtschaft in Mosambik ist von der Regierung als Schlüsselsektor der Landwirtschaft ausgewählt worden. Sie ist extrem exportabhängig, weil der Binnenmarkt noch klein ist. 2003/04 hat Mosambik 199.800 t exportiert, davon nur 10.000 t in die EU. Dieser Marktzugang ist nur möglich, weil Mosambik 2004 Mitglied des Zuckerprotokolls des Cotonou-Abkommens der EU mit den AKP-Staaten wurde. Diese Exporte wurden zu einem Preis von 488 \$/t in die EU verkauft, während sie auf dem Weltmarkt nur für 110 \$/t abgesetzt werden konnten, 13.000 t gehen zu einem Präferenzpreis an die USA und 11.500 t an SACU (Zollunion des Südlichen Afrika). Die Gewinnlage ist einer extremen Mischkalkulation ausgesetzt.

Preissenkungen beschlossen

Die Zuckermarktordnung der EU wurde per Beschluss des Ministerrats vom November 2005 reformiert, um in Europa die Überschüsse abzubauen. Die EU beschloss eine Preissenkung für Rohzucker und Weißzucker von 36 % bis 2009. Für die nächsten 2 Jahre bleiben aber die AKP-Staaten noch von der Senkung ausgenommen, d.h. erst einmal ändert sich für Mosambik nichts.

Chancen durch EBA

Im Jahr 2009 tritt die EBA-Initiative (EBA – Everything but Arms, alles außer Waffen) der EU in Kraft. Sie gewährt allen LDC-Staaten (Least Developed Countries – die ärmsten Entwicklungsländer) quoten- und zollfreien Marktzugang zum EU-Markt. Dies gilt auch für Zucker. Die ne-

gativen Auswirkungen der Preissenkung durch die EU-Zuckermarktreform können durch steigende Zuckereporte ausgeglichen werden. Dann braucht Mosambik keine AKP-Quoten mehr.

Natürlich wäre es für Mosambik noch besser, wenn es unbegrenzt Mengen zu einem möglichst hohen Preis in die EU absetzen könnte. Doch die Verluste, die Mosambik durch die Preissenkung der Reform erleidet, werden stark überkompensiert von den möglichen Mengeneffekten der EBA-Initiative. Voraussetzung aber ist: Mosambik ist lieferfähig. Die enormen Expansionspläne der Regierung bei Zucker lassen das schwer vermuten. Außerdem kann Mosambik jederzeit die Exporte, die auf dem freien Markt abgesetzt werden, auf diesen Präferenzhandel umlenken. Denn im Vergleich zu dem langfristigen Weltmarktpreis für Rohzucker von weit unter 200 \$/t wird auch der künftige EU-Preis für Rohzucker in Höhe von 326 \$/t sehr attraktiv sein. Mosambik zählt zu den kostengünstigsten Anbietern von Zucker.

Allerdings ist auch für Experten überraschend der Weltmarktpreis für Zucker im letzten halben Jahr auf 300 \$/t hochgeschneit. Mosambik könnte zu diesem Weltmarktpreis große Gewinne machen und wäre auf die EU überhaupt nicht mehr angewiesen. Es ist aber fraglich, wie lang die Hochpreisphase anhält.

Falsche Lobbyarbeit?

Mosambik war bei der Reformdiskussion Teil der AKP/LDC-Zuckergruppe. Mosambik war schlecht beraten, in dieser Lobbygruppe mitzumachen, weil seine

Interessen andere sind, als die der Verliererstaaten unter den AKP-Zuckererzeugern, wie Mauritius oder Jamaika. Diese Staaten sind keine LDC, profitieren also nicht von EBA, und sind keine wettbewerbsfähigen Zuckerproduzenten. Mosambiks Chancen liegen eindeutig auf EBA, und nicht auf der Erhaltung des Zuckerprotokolls, für das diese Gruppe kämpfte.

Mosambik verliert durch die 36 % Preissenkung der EU Reform ab 2009 2 Mio. \$, gewinnt aber durch die Mengeneffekte unter EBA.

Steigende Preise

Die EU hat Mosambik auch mit ihren subventionierten Zuckereporten geschadet. Ein Ziel der Reform ist es, diese Exporte und ihre Subventionen drastisch einzuschränken. Dadurch werden Drittlandsmärkte frei, z.B. in Nordafrika oder dem Nahen Osten. Mosambik könnte einen Teil dieser Nachfrage bedienen. Außerdem führt der EU-Rückzug von den Exportmärkten auch zu einer Steigerung der Weltmarktpreise für Zucker. Auch davon würde Mosambik profitieren.

Die Auswirkungen der EU-Zuckermarktreform sind für Mosambik eher positiv einzuschätzen.

Dr. Rudolf Buntzel ist Beauftragter für Welternährungsfragen beim Evangelischen Entwicklungsdienst (EED).

www.eed.de
Unterseite Arbeitsfelder
> Agro-Gentechnik

Süsse Illusionen

Bastienne Joerchel **Wer glaubt, das Heil der ärmsten Länder hänge von der Öffnung der nördlichen Märkte ab, der irrt. Das zeigt das Beispiel Zucker. Von der Öffnung der Zuckermärkte werden nicht die Ärmsten profitieren.**

Der Schweizer Zuckermarkt steht seit Jahren unter Druck. Zusammen mit dem EU-Markt gehört er zu den am besten geschützten der Welt. Die Preise sind fast drei Mal höher als auf dem Weltmarkt. Ohne Grenzschutz wäre die einheimische Produktion nicht rentabel. Nun aber scheint seine Stunde geschlagen zu haben, er ist von allen Seiten unter Druck: den Sparprogrammen des Bundes, der Landwirtschaftspolitik 2011, den Bilateralen II mit der EU, den WTO-Abkommen. Mit einem geschätzten Preissturz von über 50 Prozent innerhalb von fünf Jahren muss sich die Schweizer Zuckerindustrie auf gewaltige Veränderungen einstellen. Doch wer profitiert davon?

Trotz Vorzugsbedingungen kaum Importe

Das am meisten gehörte Argument gegen protektionistische Bestimmungen in Europa lautet, dass die armen Länder davon profitierten. Diese würden in der Zuckerproduktion über einen komparativen Vorteil verfügen, den sie heute wegen des Marktschutzes nicht auspielen könnten. Der Zucker, den die Schweiz heute importiert, stammt freilich vor allem aus der EU und nicht aus den ärmsten Entwicklungsländern, obwohl sie diesen für Rohzucker Vorzugsbedingungen gewährt. Auch hat sie versprochen, bis 2007 alle Zölle und Quoten abzuschaffen und für alle Produkte aus diesen Ländern den freien Marktzugang zu realisieren.

Trotz den Vorzugsbedingungen hat 2004 kein einziges dieser ärmsten Länder Zucker in die Schweiz exportiert. Insgesamt haben 14 Entwicklungsländer (sie gehören nicht in die Kategorie der am «wenigsten ent-

Gut geschützte Zuckerrübenproduktion: Öffnet die Schweiz den Zuckermarkt, profitieren nicht automatisch die ärmsten Länder.



wickelten» Länder) Zucker in die Schweiz verkauft, ohne aber das zur Verfügung stehende Kontingent von 7000 Tonnen auszuschöpfen. Der Grund dafür liegt in den Schwierigkeiten, die schweizerischen Qualitäts- und Terminvorschriften einzuhalten: Der importierte Zucker wird primär in der Nahrungsmittelindustrie verwendet, welche hohe Anforderungen stellt.

Nachteile für die Ärmsten

Nachteilig wird umgekehrt für die ärmsten Länder sein, dass die in der Schweiz und vor allem die in der EU vorgesehenen Reformen zu einem tieferen Weltmarktpreis führen werden. Länder, die heute noch über einen präferenziellen Zugang zu den Märkten verfügen (insbesondere die AKP-Staaten Afrikas, der Karibik und des Pazifiks), werden diesen verlieren. Damit sind auch die von der EU garantierten Preise dahin. Für viele Entwicklungsländer wird es sich dann nicht mehr lohnen, in eine Verbesserung der Produktion und Verarbeitung des Zuckers zu investieren. In Kuba wenden sich die Bauern bereits anderen Produkten zu, weil sie für Zucker wenig Zukunft sehen.

Die AKP-Länder setzen sich gegenüber der EU derzeit für lange Übergangsfristen und Kompensationen ein. Denn die Konkurrenz verspricht hart zu werden. Fällt das Präferenzsystem, dann müssen die AKP-Länder sich den Markt mit den drei grössten Zuckerproduzenten ausserhalb der EU (der Nummer zwei) teilen: Brasilien, Thailand und Australien. Diese drei Länder klagten 2003 bei der WTO erfolgreich gegen die EU-Subventionspolitik.

Wichtig aus entwicklungspolitischer Sicht ist aber auch die Frage, unter welchen Bedingungen der Zucker produziert wird. Der weltweit grösste Zuckerexporteur Brasilien setzt auf eine intensive, industrielle Produktion. Die prekären Arbeitsbedingungen und der massive Einsatz von Chemie machen ihn nicht gerade zu einem Musterbeispiel für den Kampf gegen Armut und für eine nachhaltige Entwicklung.

Alternativen suchen

Die Öffnung des schweizerischen und des EU-Zuckermarktes ist also keine Wunderlösung für die ärmsten Länder. Deren Hoffnungen ruhen mehr auf einer Diversifizierung, dem Aufbau einer verarbeitenden Industrie und eines regionalen Handels. Afrika als Kontinent importiert heute mehr Zucker, als er exportiert. Es würde den afrikanischen Ländern mehr bringen, einen innerafrikanischen, regionalen Handel aufzubauen, als weiterhin auf den Nord-Süd-Handel zu setzen. Denn dieser beruht auch in Zukunft auf sehr ungleichen Handelsbeziehungen und nützt hauptsächlich den multinationalen Unternehmen des Nordens.

Zum Weiterlesen:

Richard Gerster: Sugar Protection in Switzerland (2002)
http://gersterconsulting.ch/docs/Sugar_Protection.pdf

Positive Wirkungen der EU-Zuckermarktreform

Entwicklungspolitische Lobby-Arbeit muss sich kritische Fragen stellen lassen

Von Roger Peltzer

Der gemeinsame Widerstand von CDU/FDP, deutschen Zuckerverbänden und entwicklungspolitischen Nichtregierungsorganisationen (NRO) gegen die Reform der EU-Zuckermarktordnung erweist sich Roger Peltzer zufolge als gehaltlos. Sowohl entwicklungspolitisch als auch für die deutsche Wirtschaft zeigen sich sehr positive Wirkungen der Reform.

Redaktion

Im November 2005 hat die EU-Kommission nach langjährigem Ringen die Reform der EU-Zuckermarktordnung beschlossen. Wesentliche Elemente dieser Reform waren die Senkung des EU-Zuckerpreises von 630 Euro auf 400 Euro/Tonne sowie die Verabschiedung eines ganzen Paketes von Anreizen und Regelungen für EU-Zuckerrübenbauern, das dazu führen wird, dass die EU relativ kurzfristig ihre Überproduktion von fünf Millionen Tonnen abbauen und die Dumpingexporte auf den Weltmarkt einstellen wird. Ein wichtiger entwicklungspolitischer Nebeneffekt der Reform ist, dass alle „Least Developed Countries“ (LDC) ab 2008 quoten- und zoll-

frei Zucker zum Preis von 400 Euro/Tonne in die EU exportieren können.

Deutsche Panikmache

Gegen diese Reform waren nicht nur die Verbände der Zuckerrübenbauern Sturm gelaufen, die behaupteten, dass in Deutschland zehntausende von Arbeitsplätzen bedroht seien. Auch viele entwicklungspolitische NROs haben die EU-Reform massiv kritisiert. So hat Germanwatch noch im Oktober 2005 eine Kampagnenzeitung publiziert, in der unter anderem argumentiert wurde, die geplante Reform begünstige einseitig nur brasilianische Großgrundbesitzer, während die afrikanischen Zuckerbauern in Tansania, Mosambik und Sambia darunter leiden würden.

Während sich die rotgrüne Bundesregierung einmütig für die Reform stark machte, gab es in der heißen Phase vor dem Beschluss der EU-Kommission eine de facto-Allianz zwischen CDU/FDP-geführten Landesregierungen, Zuckerrübenverbänden und NROs gegen die Reform. Die Argumente dieser Koalition unterschieden sich kaum und so konnte der Hauptgeschäftsführer der „Wirtschaftlichen Vereinigung Zucker“ dann auch die Kampagnenzeitung von Germanwatch als Forum für die gemeinsame Kritik an der EU Politik nutzen.

Nun ist die Reform erst wenige Monate in Kraft, dennoch lassen sich schon jetzt wesentliche Auswirkungen feststellen und analysieren. Zunächst erweist sich, dass die Weltuntergangsszenarien der deutschen Zuckerrübenbauern mit dem Tag aus den Medien verschwanden, an dem die Reform beschlossen wurde. Dieselben Personen, die wie Dr. Willi Kremer-Schillings vom rheinischen Zuckerproduzenten Pfeiffer&Langen den Untergang der rheinischen Landwirtschaft an die Wand gemalt haben, beteuern jetzt, dass der Anbau von Zucker in Deutschland Perspektive habe. Und in der Tat wird ein Großteil der deutschen Rübenbauern mit der Reform ganz gut leben können: Die Anpassungsleistungen müssen überwiegend in EU-Ländern mit niedrigerer Produktivität erbracht werden und für andere Bauern eröffnen sich Alternativen wie Biogas oder Raps- und Maisanbau als Ausgangsmaterialien für Bioenergie.

Insgesamt gilt für die Zuckerrübenlobby das, was das Bundesverfassungsgericht zu der Beschwerde der Apothekerverbände gegen das 2003 beschlossene Beitragssicherungsgesetz festgestellt hat: Die überzogenen Drohkulisen entbehren jeglichen Realitätsbezuges. Diese Erfahrung sollte den entwicklungspolitischen NROs, die sich gegenüber den Anliegen der „armen“ deutschen Rübenbauern geöffnet hatten, zu denken geben.

Ärmste Länder größte Gewinner

Entwicklungspolitisch hochwirksam ist die EU-Reform für Entwicklungsländer. Der Weltmarktpreis für Zucker hat sich in den letzten zwei Jahren mehr als verdoppelt auf ca. 400 US-Dollar/Tonne. Dieser Anstieg ist zwar in erster Linie auf die Verwendung von Zucker für die Herstellung von Bioethanol in Brasilien zurückzuführen. Aber auch die Reform des EU-Zuckermarktes hat dazu beigetragen. Denn dadurch werden 20 Prozent des

Angebotes aus dem Weltmarkt herausgenommen.

Von dem deutlichen Anstieg des Zuckerpreises profitiert Brasilien. Unter anderem mit Hilfe der gestiegenen Zuckerpreise ist es dem Land gelungen, seine Auslandsschulden deutlich zu senken und dennoch binnenwirtschaftlich ein substanzielles Wachstum – mit dem in jüngster Zeit auch wieder Arbeitsplätze geschaffen werden – zu realisieren. Gewinner sind unmittelbar aber auch Entwicklungsländer, die Zucker für den eigenen Markt produzieren. Deren Zuckerindustrie war bisher von den Dumpingimporten der EU massiv bedroht. Auch dann, wenn es einen hohen Zollschutz gab. Denn der Anreiz zu illegalen Importen war einfach zu groß. Jetzt wirken hohe Weltmarktpreise als natürlicher und effektiver Schutz.

Wichtigste Begünstigte der EU-Reform sind – ganz im Gegensatz zu der Einschätzung von Germanwatch und anderen – die LDC-Länder im südlichen und östlichen Afrika. Malawi, Mosambik, Sambia und Tansania haben Produktionskosten von 200-250 Euro/Tonne. In dem Maße, wie diese Länder verstärkt die Co-Generation (Stromerzeugung aus Bagasse) und die Herstellung von Bioethanol einführen, werden sie diese Kosten weiter deutlich senken können. Für alle diese Länder wird die Produktion von Zucker für den EU-Markt nun eine planbare und wirtschaftlich interessante Option. So plant der größte Zuckerproduzent im Südlichen Afrika, seine Produktion in den kommenden zehn Jahren um 700.000 Tonnen auszuweiten, überwiegend für den Export in die EU.

Schon jetzt lässt sich sagen, dass die LDC – insbesondere in Afrika – in zehn Jahren ca. zwei Millionen Tonnen Zucker statt wie bisher 100.000 Tonnen in die EU liefern werden. Das wird Investitionen von zwei bis drei Milliarden Euro generieren und direkt mindestens 100.000 Arbeitsplätze

Zuckerfabrik der Firma „Nordkristall“
in Güstrow/Mecklenburg-Vorpommern.
Die Arbeiter der Zuckerindustrie bangen nach der
Ankündigung der Streichung der EU-Subventionen
für Zucker um ihre Arbeitsplätze.

schaffen, von den volkswirtschaftlichen Multiplikatorwirkungen gar nicht zu sprechen. Davon werden auch viele Bauern profitieren, da die großen Zuckerplantagen – auch aus Gründen des „Black Empowerment“ – immer mehr dazu übergehen, mit Vertragsbauern zu arbeiten. Die Aussichten werden so positiv eingeschätzt, dass sich jetzt europäische Zuckerkonzerne in die südafrikanische Zuckerindustrie ein-

kaufen wollen. Insofern war der Beschluss zur Zuckermarktreform entwicklungs- und sozialpolitisch so effizient wie nur wenige andere Entscheidungen der EU.

Aber auch für die AKP-Länder, die bisher vom EU-Zuckerprotokoll profitierten, so vor allem Mauritius, zeigen sich positive Auswirkungen der Reform. Dort wird jetzt massiv in den Ausbau der Co-Generation investiert, was

ökologisch sinnvoll, bisher aber weitgehend unterblieben ist, da die hohen EU Aufkaufpreise wenig Anreize für Modernisierungsinvestitionen geboten haben.

Im Fazit wäre zu wünschen, dass die deutschen NROs, die sich an der Zuckerkampagne beteiligt haben, die Kraft zur kritischen Reflektion ihrer Arbeit fänden. So begrüßenswert und wichtig die gestiegene politische Interven-

tionsfähigkeit deutscher NROs ist, ihre Glaubwürdigkeit hängt – wie bei jeder gesellschaftlichen Großorganisation – auch von der Ehrlichkeit ab, öffentlich nachvollziehbar Stärken und Schwächen der eigenen Arbeit oder auch lieb gewordene Argumentationsmuster zu hinterfragen.

ist Sprecher der Bundesarbeitsgemeinschaft Nord-Süd von Bündnis 90/Die Grünen.

Panikmache gegen Zugvögel und Hinterhofhühner

GRAIN und BirdLife: Massentierhaltung verursacht Vogelgrippe-Epidemie – den Schaden haben die Kleinbauern

Von Heimo Claasen

Vogelschutzorganisationen kritisieren die hektischen Schutzmaßnahmen gegen die Vogelgrippe. Sie bedrohten die gesamte bäuerliche und kleine Hühnerzucht in Asien und Afrika und die biologische Hühnerhaltung generell, rührten aber nicht an die tatsächlichen Brutstätten des Virus in der großindustriellen Hühner- und Futter-Wirtschaft.

Untersuchungen der agrarpolitisch ausgerichteten Nichtregierungsorganisation GRAIN und der Umweltgruppe BirdLife stellen den gesamten Ansatz zur Abwehr einer möglichen „asiatischen“ Grippe-Epidemie in Frage: Nicht Zug- und Wildvögel sind das Reservoir des auch für Menschen bedrohlichen Grippevirus H5N1, sondern sie sind, genauso wie die ersten menschlichen Erkrankten, Opfer der industriellen Massentierzucht und -haltung. Erst in der vertikal integrierten Geflügelwirtschaft mit den wenigen hochgezüchteten Sorten von Legehennen, Masthühnern und -truthähnen, bei der sogar Schlachtabfälle und der Hühnerkot aus den Ställen wieder zu Geflügel- und Fischfutter verarbeitet werden, wurden die Voraussetzungen dazu geschaffen, dass immer schon anwesende, für Menschen wie Tiere harmlose Virenstämme bösarliche Varianten entwickeln

BirdLife hat in der Tat Belege für ein überzeugendes Argument: Die

Routen von Zugvögeln stimmen ganz und gar nicht überein mit den Ausbreitungsmustern der gefährlichen Geflügel-Epidemien. Diese folgen vielmehr den Verkehrswegen und Handelsverbindungen von Bruteiern und Küken, Geflügelfleisch und Futterpellets. Stimmt die Zugvogel-Theorie, dann hätte Afrika seit fast einem Jahrhundert – so lange sind Geflügel-Epidemien der gefährlichsten Virensorten registriert worden – schon unzählige Ausbrüche von massenhaften Vogel- und Geflügelseuchen erleben müssen.

Die nachweislich erste Hühnerepidemie mit H5N1 entstand im Februar diesen Jahres in einer industriellen Geflügelfarm in Nigeria, nach Einfuhr von „unregistrierten“ Bruteiern, wahrscheinlich aus der Türkei. Nur in einer südafrikanischen Geflügelfarm war vor 2004 eine Geflügelseuche mit einem nahe verwandten Virus (H5N2) aufgetreten.

Nordamerika, wo „asiatische“ Varianten des Virus von Kanada über Texas bis Mexiko in den letzten zehn Jahren immer wieder auftraten, liegt keineswegs auf den Flug- und Saisonrouten von Zugvögeln aus China oder der Region um das Schwarze Meer. Auch klinische Merkmale widersprechen der Annahme, dass Wildvögel die Seuchen verursachen und verbreiten. Hinzu kommt, dass die kurze Inkubationszeit von zwischen zwei und zehn Tagen kaum längere Reisewege zulässt.

Die Industrieländer, insbesondere die EU verfolgen mit ihrer rabiatischen Ausrottung von auffällig gewordenen Herden und der Einstallungspflicht, so GRAIN, genau die falschen Ziele. Die Maßnahmen treffen vor allem in Asien und Afrika die kleine Geflügelhaltung (und in Europa die biologische) mit freilaufenden „(Hinter-)Hofhühnern“, und damit eine der wichtigsten Ernährungsgrundlagen gerade der ärmeren Bevölkerung. Die wirkliche Ursachenkette werde damit nicht angegriffen: Weder die weltweite Zucht der „Leistungs“-Hühner und -Puten, die mittlerweile nur noch vier Firmen auf dem Weltmarkt beherrschten, noch die Brutstätten der Massentierhaltung und schon gar nicht Futtermittelproduktion und -handel.

GRAIN kritisiert Welternährungs- und Weltgesundheitsorganisation (FAO und WHO), aus deren Erklärungen „kaum ein Hauch zur Rolle der industriellen Geflügelproduktion in der Vogelgrippe-Krise zu erspüren“ sei. Vielmehr würde auf die „Hinterhof-Haltung“ gezeitigt und „immer lauter nach härteren Kontrollen und besserer ‚Restrukturierung‘ des Geflügelsektors“ gerufen. Darin sieht GRAIN die Interessen von Großunternehmern, gegen die kleine Geflügelhaltung zum Zug kommen. GRAIN zitiert die Regionaldirektorin Südostasiens des US-Geflügel- und Eierexportates, Margaret Say: „Wir können zwar die Zugvögel nicht kontrollieren, aber wir können einiges dazu tun, so viele Hinterhofhaltungen wie möglich dicht zu machen“.



Putenmast in einer Putenfarm in Garrel.

Pressemitteilungen

Südzucker- Ein Fallbeispiel für die Auswirkungen der EU-ZMO in Deutschland

HANDELSBLATT, Freitag, 18. August 2006, 17:20 Uhr

Europas größter Zuckerhersteller Südzucker will auch bei Biotreibstoffen europäischer Marktführer werden und diese Sparte möglicherweise schon in wenigen Wochen an die Börse bringen.

HB STUTTGART. „Die hervorragenden Perspektiven im Bioethanol-Markt insbesondere in Europa sind für uns Anlass, vermehrt und intensiv weitere Projekte zu prüfen“, sagte Vorstandschef Theo Spettmann am Freitag in Mannheim. Der Konzern prüfe alle Möglichkeiten. „Dies schließt einen möglichen Börsengang der Bioethanolsparte mit ein“, sagte der Südzucker-Chef. Eine mit der Situation vertraute Person sagte, das Börsendebüt sei noch im Spätsommer oder Herbst möglich.

Bis zum Jahr 2010 hat sich Südzucker ein Marktpotenzial für Biotreibstoffe von mehr als vier Mrd. Euro ausgerechnet, da die Beimischung von Bioethanol zu Treibstoffen politisch forciert wird. In Brasilien finden Fahrzeuge reißenden Absatz, die mit nahezu jedem Mischungsverhältnis von konventionellem und biologischem Benzin fahren können.

Um von seinem angestammten, von der EU regulierten Zucker-Geschäft unabhängiger zu werden und neue Wachstumsfelder zu besetzen, baut Südzucker die Produktion für Biosprit in ganz Europa aus. Dafür sind Investitionen von rund 700 Mill. Euro vorgesehen. Angekurbelt werden soll der Ausstoß der Anlage Zeitz in Sachsen-Anhalt - mit einer Kapazität von 260 000 Kubikmetern die größte in Europa. Geplant sind weitere 100 000 Kubikmeter.

In Belgien baut Südzucker eine Produktionsanlage für 300 000 Kubikmeter Biosprit auf Basis von Weizen und Zuckerrüben. In Österreich steht eine Anlage für bis zu 240 000 Kubikmeter vor der Fertigstellung. In Frankreich wird die Dehydrierung und Destillation von Rohalkohol auf 100 000 Kubikmetern verdreifacht. In Ungarn treibt Südzucker das Bioethanol-Geschäft zusammen mit der österreichischen Tochter Agrana voran.

In Summe soll die Produktionskapazität für Biosprit damit im Jahr 2010 bei mehr als einer Milliarde Litern liegen und Südzucker einen Marktanteil von zehn Prozent in der EU sichern. Einer der großen Mitspieler in diesem Geschäft ist der spanische Konzern Abengoa, dessen Biotreibstoff-Sparte von Analysten mit rund einer Milliarde Euro bewertet wird. Bei der Produktion von Bioethanol fällt zudem ein hochwertiges Eiweiß ein, das an die Mischfutterindustrie verkauft wird.

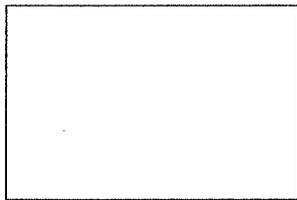
„Mit einem Börsengang könnte Südzucker die hohen Investitionen finanzieren“, sagte Thilo Kleibauer, Analyst bei MM Warburg. Bei einer Abspaltung des Geschäfts über einen Börsengang müssen die Südzucker-Aktionäre nicht um eine Verwässerung ihrer Anteile fürchten - im Gegensatz zu einer Kapitalerhöhung, die ebenfalls zur Refinanzierung genutzt werden könnte. Südzucker gehört zu 55 Prozent einer Genossenschaft fränkischer Zuckerrübenbauern.

Für die Südzucker-Aktionäre zahlten sich die am Freitag konkretisierten Expansionspläne noch nicht aus. Die im Nebenwerte-Index gelisteten Papiere verloren bei behauptetem Markt 1,5 Prozent bei 19,21 Euro. Der Entwicklung des MDax hinken die Aktien seit Jahresbeginn gut zwölf Prozent hinterher. Im vergangenen Jahr gingen mit EOP Biodiesel und Biopetrol Industries zwei Biotreibstoff-Hersteller an die Börse. Deren Aktienkurse liegen trotz Korrektur deutlich über den Ausgabepreisen. Die ostdeutsche Biokraftstoff-Firma Verbio erwägt für den Herbst den Gang auf das Börsenparkett.

Südzucker schließt zwei Werke

Südzucker will zwei Werke in Deutschland schließen. Bereits am Vortag hatte Deutschlands größter Zuckerkonzern mit einem schwachen Ergebnis Schlagzeilen gemacht. Ursache für die Misere ist aus Sicht von Südzucker die EU-Zuckermarktordnung.

Die Standorte Groß-Gerau bei Frankfurt und Regensburg würden aufgegeben, teilte Südzucker am Mittwoch in Mannheim mit. Die Entscheidung über die erforderlichen Werksschließungen und die Zeitabläufe werde der Aufsichtsrat in seiner für Mai angesetzten Sitzung treffen. Mit den Arbeitnehmervertretern der betroffenen Werke werde Südzucker unverzüglich Gespräche aufnehmen.



Südzucker beschäftigt in Deutschland 4113 Mitarbeiter

Südzucker begründete die Schließung mit der Verschlechterung der Marktbedingungen auf Grund der Reform der EU-Zuckermarktverordnung. Die EU-Kommission hatte auf Druck der Welthandelsorganisation (WTO) die Garantiepreise der Rübenbauer um rund ein Drittel gekürzt und die Exporte reguliert. Unrentablen Produzenten will Brüssel den Ausstieg mit Finanzmitteln versüßen.

Erstmals seit Jahren war Südzucker im vergangenen Geschäftsjahr in die roten Zahlen gerutscht: Nach vorläufigen Zahlen betrug das Minus rund 200 Mio. Euro.

In Groß-Gerau sind je nach Saison nach Unternehmensangaben 150 bis 180 Mitarbeiter beschäftigt, in Regensburg sind es 180 bis 200. Ob Südzucker betriebsbedingte Kündigungen aussprechen werde, sei derzeit unklar, sagte ein Sprecher. Auch bis wann die beiden Zuckerfabriken dicht gemacht werden sollen, stand zunächst nicht fest. Südzucker beschäftigt in Deutschland 4113 Mitarbeiter, weltweit sind es 19.900. Das Unternehmen unterhält insgesamt elf Werke in Deutschland.

Die betroffenen Standorte in Groß-Gerau und Regensburg hat das Unternehmen nach eigenen Angaben bereits seit 1994 als "gefährdet" eingestuft. Die 1899 gegründete Zuckerfabrik in Regensburg ist die älteste in Bayern. Das 1883 gegründete Werk in Groß-Gerau ist die größte Zuckerfabrik in Hessen.

FTD.de, 21.03.2007

23.05.2007 - 12:23

Südzucker leidet unter Zuckermarktordnung Mannheim (BoerseGo.de)

Der Zuckerhersteller Südzucker AG hat im abgelaufenen Geschäftsjahr 2006/2007 den Umsatz um rund 8% von 5,3 Milliarden Euro auf 5,8 Milliarden Euro gegenüber dem Vorjahr gesteigert. Der Zuwachs erfolgte in den Segmenten Spezialitäten und Frucht, wogegen sich im Segment Zucker bereits die Restriktionen der neuen EU-Zuckermarktordnung ausgewirkt hätten, teilte das Unternehmen am Mittwoch mit. Eine außerordentliche Abschreibung auf Geschäftswerte im Segment Zucker in Höhe von 0,5 Milliarden Euro führte zu einem Konzernjahresfehlbetrag von rund 0,2 Milliarden Euro. Das operative Ergebnis sank von 450 Millionen Euro im Vorjahr auf jetzt 419 Millionen Euro. Vorstand und Aufsichtsrat wollen dennoch der am 24. Juli 2007 stattfindenden Hauptversammlung eine Dividende von unverändert 0,55 Euro je Aktie vorschlagen.

Die Südzucker-Gruppe sieht sich für die Zukunft breit aufgestellt. Nach einer schwierigen Übergangsphase sei auf Grundlage der Investitionen in den Wachstumsmärkten Bioethanol, Functional Food und Frucht mittelfristig ein nachhaltiges Wachstum des operativen Konzernergebnisses zu erwarten. (<http://www.boerse-go.de>)

Aktuelle Pressemitteilungen zum Zuckermarkt

Bonn, 26. September 2007 - Die deutsche Zuckerwirtschaft begrüßt den Beschluss des Agrarministerrates zur Modifizierung des Strukturfonds. „Mit dem beschlossenen Maßnahmenpaket hat der Rat im zweiten Schritt doch noch die Voraussetzungen dafür geschaffen, den europäischen Zuckermarkt wieder in eine stabilere Lage zu bringen“ erklärte der Vorsitzende der Wirtschaftlichen Vereinigung Zucker, Dr. Hans-Jörg Gebhard. Die deutsche Zuckerwirtschaft sei darauf eingestellt, an der notwendigen Quotenrückführung mit rund 500 000 Tonnen Zucker teilzunehmen.

Da die Unternehmen der deutschen Zuckerindustrie jeweils mindestens 13,5 Prozent ihrer Quote gegen eine entsprechende Strukturprämie - die ausschließlich aus Abgaben der Zuckerindustrie gespeist wird - und unter Befreiung dieser Menge von der Strukturabgabe 2007/08 in den Restrukturierungsfonds einbringen werden, komme dem neu eingeführten einmaligen Direktzugang der Rübenanbauer zum Restrukturierungsfonds bis zu maximal 10 Prozent der Unternehmensquote praktisch keine Bedeutung zu. Gebhard: „Die deutschen Rübenanbauer wissen um die festen Rückgabeabsichten ihrer Unternehmen und haben kein Interesse an unnötiger Bürokratie.“ Dies beruhe auf der Tatsache, dass die Einzelanträge von Landwirten nach der Verordnung gegenstandslos sind, sobald das betreffende Unternehmen mehr als 10 Prozent seiner Quote zurückgibt oder sobald die Rückgabe des Unternehmens über der Summe der Einzelanträge der Landwirte liegt, sofern diese weniger als 10 Prozent der Unternehmensquote betragen.

Die Wirtschaftliche Vereinigung Zucker ist zuversichtlich, dass die jetzt beschlossene Modifizierung der Zuckermarktordnung schon kurzfristig Wirkung zeigen und zu einem besseren Marktgleichgewicht führen wird. Wichtige Voraussetzung für einen nachhaltig gesicherten Rübenanbau auf reduzierter Quotenbasis bleibe aber nach wie vor ein verantwortungsbewusster Umgang der Europäischen Union mit den Präferenzeinfuhren. Ebenso wichtig sei, dass künftige WTO-Verpflichtungen nicht zu weiteren Einschnitten führen dürfen. Im Übrigen habe sich nach dem erzwungenen Rückzug Europas vom Zuckerweltmarkt deutlich gezeigt, dass die anderen Exporteure die entstandene Lücke bereitwillig geschlossen hätten, so dass der Weltmarktpreis weiter abgesunken sei.

Bonn, 8. Mai 2007 - Der Vorsitzende der Wirtschaftlichen Vereinigung Zucker (WVZ), Dr. Hans-Jörg Gebhard, sieht in den jüngsten Vorschlägen der EU-Kommission zur Modifizierung des im Rahmen der Zuckermarktordnung neu geschaffenen Restrukturierungsfonds eine dringend notwendige Maßnahme. Er bezeichnete die vorgeschlagene Überarbeitung des Strukturfonds als einen wichtigen und folgerichtigen Schritt, um die Effizienz dieses Systems zu verbessern. Man könne zwar nicht von einem generellen Scheitern reden, die bisherigen Erfahrungen mit diesem völlig neuen Modell hätten aber gezeigt, dass es noch einige Schwachstellen gebe. Diese liegen zum einen in der unzureichenden Höhe der Restrukturierungsprämie für ertragsstärkere Erzeuger und Regionen, sowie im Fehlen einer klaren Regelung hinsichtlich des landwirtschaftlichen Anteils dieser Ausgleichsmaßnahme. Die Zuckerwirtschaft wird sich insbesondere hinsichtlich dieser beiden Punkte sehr intensiv mit den Kommissionsvorschlägen befassen.

Keinerlei Zweifel ließ der WVZ-Vorsitzende daran, dass die unumgängliche Rückführung der Quoten um weitere rund 3,8 Millionen Tonnen auch an den Mitgliedstaaten, die bisher noch keine Quoten an den Fonds gegeben haben, nicht spurlos vorbeigehen wird. Angesichts der damit einhergehenden Belastungen und Strukturmaßnahmen sei eine bessere Ausgestaltung des Strukturfonds unverzichtbar. Gebhard erteilte in diesem Zusammenhang dem Vorschlag der Kommission zu einer weiteren Öffnung des europäischen Zuckermarktes für Einfuhren aus zahlreichen Entwicklungsländern im Rahmen von Wirtschaftspartnerschaftsabkommen mit sämtlichen AKP-Staaten und Südafrika eine klare Absage. „Was genug ist, ist genug“, so Gebhard. Mit einer Produktionsrückführung um rund 7 Millionen Tonnen Zucker oder fast 30 % der bisherigen Erzeugung leisteten die Rübenanbauer und Zuckerfabriken in der EU einen enormen Beitrag zur Armutsbekämpfung. Darüber hinausgehende Einschnitte seien völlig inakzeptabel.

Bioethanol: Ist Zucker der Treibstoff der Zukunft?

Nachhaltige Biotreibstoffe aus Energiepflanzen

Biomasse und Flächen in Konkurrenz

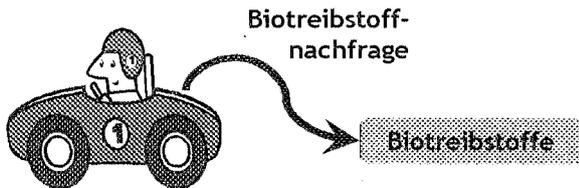
- **Verkehrstrends: Zunahme von Transportleistung, Fahrzeugen, Freizeitverkehr und Energieverbrauch**
- **Biotreibstoffe aus biogenen Abfällen (Biogas) oder Energiepflanzen (Bioethanol oder Biodiesel)**
- **Biotreibstoffe nicht per se nachhaltig und Potential begrenzt.**

Mehr Verkehr – höherer Energieverbrauch

Die Nachfrage nach Treibstoffen beruht immer auf einem menschlichen Bedürfnis nach Mobilität. Die Menge des Stoffes, welcher für den ‚Antrieb‘ eines Menschen benötigt wird, ist abhängig davon, wie häufig und weit er sich bewegen möchte oder muss (Mobilitätsvolumen) und welches Antriebssystem er dafür einsetzt (Effizienz). Die schnell zu belankenden und äusserst energiedichten fossilen Flüssigtreibstoffe forcierten ein **ineffizientes Antriebssystem** mit Verbrennungsmotor, das die AutofahrerInnen kostengünstig mit extrem hohen Reichweiten und komfortablen Riesenkarosserien verwöhnt, von welcher er sich kaum zu trennen vermag. Heute beansprucht jedeR SchweizerIn für Mobilität beispielsweise 1'000 Watt Dauerleistung, was etwa 16 Pferden entspricht, die ihn/sie während 2 Stunden pro Tag bewegen würden.

Biotreibstoffe als Alternative?

Mit der Erdölkrise in den 70-er Jahren wurde erstmals einer breiten Öffentlichkeit



Strassenverkehrsnachfrage

bewusst, dass die **Erdölvorkommen** endlich sind. Zusammen mit dem Nachweis der Klimawirkung der CO₂-Emissionen aus fossilen Energieträgern ergab sich eine steigende Nachfrage nach Treibstoffen aus nachwachsender Biomasse. Diese so genannten **Biotreibstoffe** erreichen gleiche oder gar bessere Eigenschaften als die herkömmlichen fossilen Treibstoffe Benzin bzw. Diesel und können diese daher ohne Änderung des bestehenden energieintensiven Mobilitätssystems substituieren. Dies ist auch der (traurige) Grund, weshalb Biotreibstoffe **von der Autoindustrie gefördert** werden. Damit hemmen Biotreibstoffe den dringend notwendigen Aufbau eines nachhaltigen Mobilitätssystems.

Flächenverbrauch

Die **flächenintensive** (da auf Photosynthese beruhende) Produktion verdeutlicht den KonsumentInnen die Untragbarkeit ihrer Mobilität: Um mit einem 6-Liter-Auto 15'000 km pro Jahr mit Zuckerrübenethanol zurückzulegen, wird eine Fläche von rund 3'300 Quadratmetern benötigt. Für die Schweizer Bevölkerung müsste zur Deckung ihres heutigen Treibstoffverbrauchs insgesamt ca. 60% der Schweiz mit Zuckerrüben bepflanzt werden.

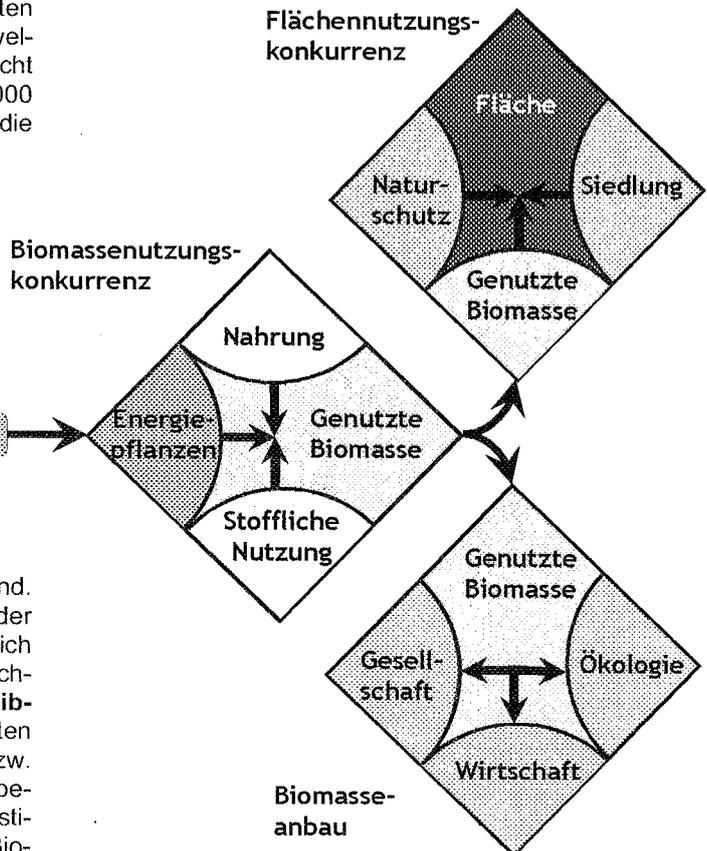


Abbildung: Vereinfachte Darstellung des Wirkungsgefüges für Biotreibstoffe mit den Hauptwirkungen und den sich daraus ergebenden Konflikten bzw. Auswirkungen

Diplomarbeit Nachdiplomstudium Energie, Juni 2005

Fachhochschule beider Basel, Institut für Energie, St. Jakobs-Strasse 84, CH-4132 Muttenz, +41 61 467 45 45
info-ife@fhbb.ch, www.fhbb.ch/energie

Diplomierende

Marcus Dredge, Stephan Gutzwiller

Gebäudeheizungen, industrielle und gewerbliche Anwendungen oder eine weniger energieeffiziente Energiepflanze erhöhen den Flächenverbrauch noch weiter: **Wir leben auf zu grossem Energie-Fuss.**

Biotreibstoffherstellung ...

Biotreibstoffe können entweder aus **Abfallbiomasse** (sinnvolle Sekundärnutzung von Altholz, Haushalts- und Industrieabfällen, Ernterückständen und Gülle) oder aus **Energiepflanzen** (Raps, Zuckerrohr, Getreide, etc.) hergestellt werden. Letztere werden zum alleinigen Zweck der Energienutzung angepflanzt. Im vorliegenden Bericht ist der Fokus auf diese Energiepflanzen gerichtet, weil sie mit anderen Nutzungen (Landwirtschaft, Siedlungen, Naturschutz) um die limitiert vorhandenen, fruchtbaren Landressourcen unserer Erde konkurrieren.

... und damit verbundene Probleme

Die Problematik der mit dem Anbau von Energiepflanzen systembedingt verknüpften Konkurrenz um Biomasse- und **Flächennutzung** wurde in dieser Arbeit dargelegt. Verschiedene politische Übereinkommen (z.B. Kyoto-Protokoll, EU-Richtlinie zur Erhöhung des Biotreibstoffanteils auf 5.75%, Klimarappen in der Schweiz) und ein steigender Ölpreis haben die Nachfrage nach Biotreibstoffen kräftig angekurbelt. Biotreibstoffe aus Energiepflanzen sind dadurch einerseits zu einem interessanten Exportprodukt für Entwicklungsländer geworden („cash-crops“), welche ihnen entweder Devisen oder eine gewisse Unabhängigkeit von Energieimporten beschern können. Andererseits birgt der Energiepflanzenanbau die **Gefahr von Bodenübernutzung**, Verdrängung lokaler Nahrungsmittelproduktion, **Zerstörung von Primärwaldflächen** und ungerechten Landbesitzverhältnissen sowie nicht absehbaren Risiken durch den verstärkten Einsatz gentechnisch veränderter Hohertragspflanzen auf Monokulturen in sich. Die Gefahr der Übernutzung steckt auch in der zeitlichen und örtlichen Entkoppelung zwischen Energiebereitstellung und -nutzung; die EnergiekonsumentInnen erfahren die negativen Auswirkungen ihres Konsums nicht unmittelbar am eigenen Leibe – wie dies etwa bei der Gewässerverschmutzung gegeben ist – und sind daher nicht motiviert, ihren Energiekonsum einzuschränken.

Ökobilanz

Die Analyse von Biotreibstoffen aus Energiepflanzen erlaubt nur eine pauschale Aussage bzgl. ihrer **Ökobilanz**: Die Wirkungsparameter ‚Treibhauseffekt‘ und ‚fossiler Energiebedarf‘ sind bei allen untersuchten Biotreibstoffen besser im Vergleich zu fossilen Treibstoffen; die meisten anderen Parameter fallen hingegen zugunsten der fossilen Treibstoffe aus. Dies bedeutet, dass eine objektive Entscheidung für oder gegen den einen oder anderen Biotreibstoff – oder fossilen Treibstoff – nicht möglich ist.

Aus diesem Grund muss die Gesamteinschätzung letztendlich auf ein subjektives Wertesystem zurückgreifen. Die Beurteilung der Nachhaltigkeit ist ebenso von Wertesystemen geprägt. Grundsätzlich ist es möglich, Biotreibstoffe **umwelt- und gesellschaftsverträglich** herzustellen. Zu bedenken gilt, dass es auch bei einer idealen Welt ohne Exportsubventionen und internationalem Lohngefälle aufgrund von Klima- und Bodenfaktoren prädestinierte Biotreibstoff-Gebiete gibt, die bei unregulierter Marktwirtschaft übernutzt würden. Zentral ist daher, dass für jeden Standort jeweils eine **Abwägung der verschiedenen umweltrelevanten Faktoren** wie Energieertrag, Wasserverbrauch, notwendige Düngemittel, Nahrungswert der Energiepflanze („Brotverbrennung“), etc. unter **Einbezug der lokal Beteiligten** vorgenommen wird. Die Methodik und die anzuwendenden Kriterien sollten dabei in **international geltenden Standards** festgelegt werden (beispielsweise analog zum Holzlabel *Forest Stewardship Council, FSC*).

Forderungen

Die **Biotreibstoff-Herstellung** wurde im **Wirkungsgefüge** von Mobilitätsnachfrage, Biomassenutzungs- und Flächennutzungskonkurrenz sowie Biomasseanbauwirtschaft untersucht. Daraus folgt, dass es wenig Sinn macht, Biotreibstoffe auf Nachhaltigkeit zu trimmen, ohne das **übergeordnete Mobilitätssystem ebenso nachhaltig** zu gestalten. Folgendes Vorgehen wird empfohlen, um letzteres **ursächlich zu verbessern**:

1. Reduktion des Verkehrsaufkommens („zufrieden mit weniger“)
2. Erhöhung der Effizienz des Transportsystems („auch eine 200 Kilogramm-Karosserie genügt“ und „elektrisch fahren ist dynamischer und gewinnt die Bremsenergie zurück“)
3. Optimale Verwertung des stofflichen und energetischen Potentials von Biomasse bei der Biotreibstoffherstellung („vom Kirschbaum zuerst die Kirschen ernten, dann das Stammholz zu Möbeln verarbeiten, das Astholz für lokale Raumheizung verwenden und zum Schluss das Laub in einer Biogasanlage für Treibstoffzwecke vergaser“)
4. Anbau von nur lokal angepassten und ökologisch verträglichen Energiepflanzen für die Biotreibstoffherstellung („keine nährstoffzehrenden Pflanzen auf mageren Böden“)
5. Bevorzugung der lokalen Versorgung von Energie („Wieso Biotreibstoffe aufwendig aus Holzzellulose herstellen solange der Nachbar sein Haus noch mit Öl beheizt?“)

Die durch Beschäftigung mit vorliegendem Thema gewonnenen Erkenntnisse haben eine **Gültigkeit weit über Biotreibstoffe hinaus**; sie können auf andere Lebensbereiche wie den Fleischverzehr, unser Konsumverhalten oder gar unsere Lebensweise überhaupt übertragen werden.

Nachhaltige Biotreibstoffe aus Energiepflanzen – Biomasse und Flächen in Konkurrenz
Diplomarbeit Nachdiplomstudium Energie, Juni 2005

Marcus Dredge; marcus.dredge@gmx.ch
Stephan Gutzwiller; stephan.gutzwiller@alumni.ethz.ch

Handelskonflikte sind vorprogrammiert

Michel Egger • **Biotreibstoffe dürften in Kürze zu einem wichtigen Thema in der Welthandelsorganisation (WTO) werden. Zahlreiche Entwicklungsländer wollen ihre komparativen Vorteile nutzen und setzen voll auf den Anbau der gefragten Energiepflanzen. Der Streit um Schutzzölle und Subventionen ist vorprogrammiert.**

Alle Agrarsubventionen der reichen Länder sollten in den Anbau von Biotreibstoffen fließen. Das forderte Ende September CNN-Chef Ted Turner bei der Eröffnung des jährlichen Public Forum der WTO in Genf. Mit einem Schlag, so Turners Überlegung, gäbe es keine landwirtschaftliche Überproduktion und keine Handelsverzerrungen mehr. Das liesse die Preise für Nahrungsmittel steigen, gleichzeitig könnten die Bauern im Norden wie im Süden vom ungeheuren Energiehunger profitieren. Und der Hauptstreitpunkt der Doha-Verhandlungen für neue Handelsliberalisierungen – die unfairen Agrarsubventionen der Industrieländer – wäre gleich auch noch vom Tisch. Der rührige CNN-Chef forderte die WTO auf, seinen Vorschlag in den Verhandlungen aufzunehmen. Auch der EU-Handelsbeauftragte Peter Mandelson, so hört man, unterstütze ihn.

Nur wenige glauben, dass dies die Doha-Runde wirklich retten könnte. Unbestritten aber ist, dass die boomenden Biotreibstoffe bald zu einem wichtigen Thema im Welthandel werden. Zwar dient die Produktion heute noch vorwiegend dem lokalen Verbrauch, nur 10 Prozent werden auf dem Weltmarkt verkauft. Aber das kann sich rasch ändern.

Ein strategisches Gut

Zahlreiche Staaten, vor allem die Industrieländer, haben sich ehrgeizige Ziele gesetzt und aus den Biotreibstoffen ein strategisches Element ihrer Energie-, Landwirtschafts- und Klimapolitik gemacht. Bis 2010/12 sollen in der EU 5,75 Prozent der verbrauchten Treibstoffe pflanzlicher Herkunft sein, in den USA und in Japan 10 Prozent. Dabei werden diese Länder trotz der forcierten Eigenproduktion auf Importe angewiesen sein. Die EU hat schon 2004 ebenso viele Biotreibstoff-

fe importiert, wie sie selber produzierte, vor allem aus Brasilien und Pakistan. Japan und China werden in Brasilien bedeutende Mengen des Brennsprits Ethanol kaufen.

Laut WTO-Vize-Generaldirektor Harsha Vardhana Singh «muss man sich auf ein beträchtliches Wachstum des internationalen Handels mit Biotreibstoffen gefasst machen».¹ Die Entwicklungsländer setzen dabei voll auf ihre komparativen Vorteile: grosse Anbauflächen, viele und billige Arbeitskräfte, lange Anbausaisons und geeignetere Pflanzen. Zuckerrohr (für Ethanol) und Palmöl (für Biodiesel) sind viel «energieeffizienter» als Mais oder Raps. Brasilien ist der weltweit grösste Ethanol-Produzent und kommt für die Hälfte des Welthandels auf. Seine Ambitionen sind gewaltig: «Wir wollen nicht Liter, sondern Flüsse von Ethanol verkaufen!», brachte es Landwirtschaftsminister Roberto Rodrigues auf den Punkt. Verschiedene andere Länder – Malaysia, Indonesien, Thailand, Südafrika, die Philippinen – haben ebenfalls die Exportmärkte im Visier. Die EU sieht im Ethanol ein Ersatzprodukt, das sie in jenen armen Ländern fördern möchte, die unter der EU-Zuckerreform leiden.

Viel Konfliktpotenzial

Stehen wir vor einem Handelskrieg um Biotreibstoffe? Der brasilianische Präsident Lula hat kürzlich den Tarif durchgegeben: «Es ist nicht nachvollziehbar, warum Ethanol der einzige Energieträger sein soll, der auf dem Weltmarkt durch hohe Zölle und Einfuhrquoten geschützt wird.» Die grossen Energiepflanzenproduzenten also die WTO einschalten, um solche Exporthemmnisse zu kippen, und den Biosprit zum Streitfall machen – Ted Turner hat dies gut begriffen.

Bisher hat sich die WTO nur wenig um den Energiebereich gekümmert. Eine kürzlich publizierte Studie zeigte, dass sie die Biotreibstoffe sehr unterschiedlich behandelt. Es beginnt mit der Klassifizierung: Ethanol gilt als landwirtschaftliches Produkt, Biodiesel aber als industrielles. Einige Länder – darunter Brasilien und Indien – haben in der Doha-Runde gefordert, Biotreibstoffe sollten als Umweltgüter und -dienstleistungen eingestuft und als solche von Null- oder reduzierten Zolltarifen profitieren.

¹ International Conference «Sustainable Bio-Energy – Challenges and Opportunities», Bonn, 12.–13. Oktober, <http://forumue.de/bioenergy>

Je nach Klassifizierung gelten aber andere Regeln. So birgt der Handel mit Biotreibstoffen viel Konfliktpotenzial. Angefangen bei den Einfuhrzöllen. Um die einheimische Produktion zu schützen, sind sie manchmal recht hoch. Die Schweiz ist eine Ausnahme: Ethanolimporte aus Entwicklungsländern sind hier zollfrei. Die EU verzichtet bei den ärmsten Ländern und den AKP-Staaten (Afrika, Karibik, Pazifik) auf solche Zölle, ausser bei Südafrika. Bei den übrigen Ländern verlangt sie pro Hektoliter Ethanol 19,20 Euro – und erreicht damit, dass das brasilianische Ethanol gleich teuer wird wie das europäische. Beim Biodieselöl schlägt sie 6,5 Prozent Zoll drauf. Ende Dezember 2005 hat die EU Ethanol zudem zum «sensiblen Produkt» erklärt, für das Sonderbestimmungen geltend gemacht werden können. Gleichzeitig entzog es Pakistan die Präferenzzölle und stellte es Brasilien gleich, dem Hauptkonkurrenten Pakistans in Europa. Die USA schlagen pro Hektoliter Ethanol 14 Dollar Zoll drauf und beschränken die Importe auf maximal 7 Prozent des US-Verbrauchs.

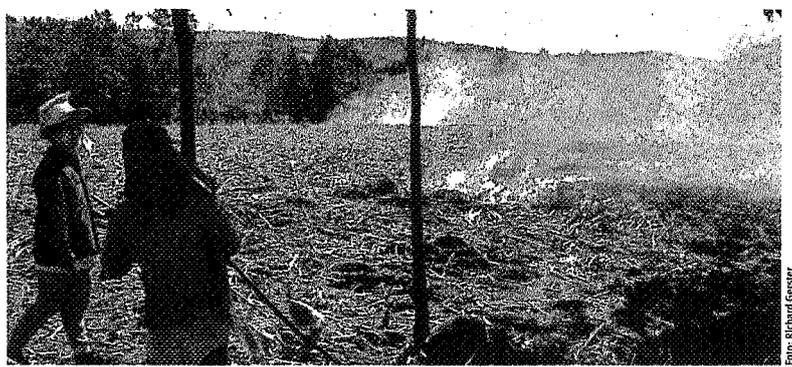


Foto: Richard Geyer

ventioniert seine Ethanolproduktion heute nicht mehr. Viel Streitpotenzial enthalten auch Vorschriften wie jene, dem Benzin und Diesel einen bestimmten Anteil an Biosprit beizumischen oder nur ökologisch akzeptabel angebaute Treibstoffe zu importieren. Die EU scheint bei ihren ökologischen und sozialen Auflagen weiter zu gehen als die Schweiz (vgl. Artikel auf S. 11) und prüft dazu ein Zertifizierungssystem.

Um Platz für Energiepflanzen zu schaffen, wird in vielen Entwicklungsländern nicht lange gefackelt. Im Bild: Brandrodung auf den Philippinen.

Viele offene Fragen

Sind all diese Schutz- und Fördermassnahmen WTO-kompatibel? Oder enthalten sie Elemente von Protektionismus, Diskriminierung und unlauterer Konkurrenz zwischen einheimischen und importierten Produkten? Bis zu welchem Grad soll sich die WTO überhaupt in den Energiebereich einmischen? Und wie könnte ein multilaterales Abkommen aussehen, das die Vorteile der Biotreibstoffe optimal fördert und die Nachteile möglichst klein hält? Es bleiben viele Fragen, die bei der WTO noch zu vielen Diskussionen und Streitereien führen werden.

Saftige Subventionen

Ein weiterer Konfliktherd ist die staatliche Förderung von Produktion und Verbrauch. Ohne diese hätte sich der Biotreibstoffsektor nicht entwickeln können. EU-Bauern erhalten eine Anbauprämie von 45 Euro pro Hektare – zusätzlich zu den Direktzahlungen. Die USA geben jedes Jahr zwischen 5,5 und 7,3 Milliarden Dollar für Subventionen aus. Brasilien lancierte sein bekanntes Förderprogramm «Proalcool» schon 1975 und sub-

Inserate

15.
**Filmtage
Nord | Süd**
2007

Ab 28. Februar in Luzern, Basel, Zürich, Bern, Nyon. Thuis Programm: www.filmeineWelt.ch

Filme für *eine* Welt
Films pour un seul monde

Nord-Süd? Ost-West? Wir wissen Bescheid.

Ihr direkter Draht zu den Profis
in Entwicklung und Zusammenarbeit.

Hier erhalten Sie Auskünfte zu den Bereichen:

- Entwicklungszusammenarbeit
- Humanitäre Hilfe und Schweizerisches Korps für humanitäre Hilfe (SKH)
- Zusammenarbeit mit Osteuropa und der GUS

Telefon 031 322 31 09

E-Mail media@deza.admin.ch

Internet www.deza.admin.ch

DEZA DIREKTION FÜR ENTWICKLUNG UND ZUSAMMENARBEIT
DDC DIRECTION DU DÉVELOPPEMENT ET DE LA COOPÉRATION
DSC DIREZIONE DELLO SVILUPPO E DELLA COOPERAZIONE
SDC SWISS AGENCY FOR DEVELOPMENT AND COOPERATION
COSEUDE AGENCIA SUÍZA PARA EL DESARROLLO Y LA COOPERACIÓN



Ethanol Blended Petrol Fuelling Our Future



"It is of the highest importance in the world today. A country that does not produce its own oil is in a weak position. From the point of view of defence, the attack on oil is a fatal weakness."

program for farmers and our economy"
Launch of Ethanol Blended Petrol Program

Government announced in July 2005 to enhance the country's energy security and to help the poor to launch the Ethanol Blended Petrol Program. The program is a two-pronged strategy to increase the use of alternative fuels that are ethanol and biodiesel. Ethanol is derived from various sources like sugarcane, tubers, etc.

Ethanol blended petrol with ethanol content friendly as it enhances combustion of petrol resulting in lower emissions. Ethanol blended petrol will reduce our dependence on costly oil imports thereby saving foreign exchange. Ethanol, a natural by-product, will give a boost to farmers' income.

Biotreibstoffe: Benzin statt Brot

Rosmarie Bär • **Steigende Ölpreise und der Klimawandel haben den Anbau von Pflanzen zur Herstellung von Biosprit sprunghaft anwachsen lassen. Die EU hat eine Richtlinie erlassen, um den Einsatz von Biotreibstoffen zu forcieren. Auch in der Schweiz wird das Mineralölsteuergesetz geändert, Biodiesel soll steuerfrei werden. Die Befürworter der Biotreibstoffe argumentieren mit dem Klimaschutz und angeblichen Exportchancen für Entwicklungsländer. Doch ihre Strategie könnte ökologisch und sozial in eine Sackgasse führen.**

Ethanol als Zukunftselixier: In ganzseitigen Inseraten fordert die indische Regierung ihre Bauern auf, Zuckerrohr für Biobenzin anzupflanzen.

Biotreibstoff ist ein neues Zauberwort in der Klimadebatte. Bioenergie boomt. In den USA, der EU, Brasilien und weiten Teilen Asiens werden zurzeit Milliardenbeträge in den Anbau und die Verarbeitung von Mais, Soja, Raps, Zuckerrohr, Palmöl oder Weizen investiert, um Ethanol und Pflanzendiesel für Autos herzustellen. Biodiesel und Bioethanol gelten als Alternativen zu fossilen Treibstoffen. Sie sollen vor allem in den Industriestaaten das Auto «klimaverträglich» machen und ein grenzenloses Fahren ohne schlechtes Gewissen ermöglichen.

Bauern als Ölscheichs von morgen?
Den EU-Bauern wird von der Treibstoffindustrie prophezeit, ihre Zukunft liege im Anbau von Energiepflanzen und nicht von Nahrungsmitteln, deren Preise weiter sanken. «Unsere Bauern sind die Ölscheichs von morgen», jubelte die ehemalige deutsche Ministerin, Renate Künast. Im nördlichen Nachbarland soll gesetzlich vorgeschrieben werden, welche Mindestmenge Bioethanol dem Benzin beigemischt werden muss. Die Bauern werden dadurch allerdings dem Abnehmermonopol und dem Preisdiktat der Mineralölgesellschaften ausgeliefert. Bereits heute reicht der Anbau in Europa nicht aus für den Eigenbedarf. In riesigen Frachtern wird täglich billiges Palm- und Sojaöl aus Südamerika, Malaysia und Indonesien nach Europa geschifft.

Die boomende Nachfrage nach Biotreibstoffen führt in grossen Anbauländern wie Brasilien, Indonesien, Malaysia, Borneo oder Papua-Neuguinea zu gefährlichen ökologischen und sozialen Konsequenzen. Denn der Anbau von Energiepflanzen für den Export konkurriert an vielen Orten direkt den Anbau von Nahrungsmitteln. In Brasilien etwa verhindern 200 riesige Zuckerrohrplantagen und Ethanolabriken den Anbau von Reis, Mais und Bohnen für die arme Bevölkerung. Landet Getreide im Autotank, werden die Nahrungsmittel knapp, warnt Gertrud Falk vom Food-First-Information- und -Aktionsnetzwerk FIAN.¹ Zur Illustration: Die indische Regierung propagiert landesweit in ganzseitigen Inseraten den Anbau von Bioenergie als «win-win program for farmers and our economy». Schon heute exportiert Indien Getreide nach Europa, obwohl auf dem Subkontinent mehr Menschen hungern als in Afrika.

Verdrängte Kleinbauern
Wegen des Landhungers der Treibstoffplantagen verlieren Kleinbauern in Entwicklungsländern ihren Boden; traditionelle Anbau- und Besitzstrukturen werden zerstört. VertreterInnen der indonesischen Umwelt- und Menschenrechtsorganisation «Sawit Watch» (Palmöl-Watch) berichteten diesen Frühling auf einer Reise durch Europa über Landkonflikte und die Verarmung indigener Menschen. Sie werden aus ihrem Le-

¹ www.fian.de

bensraum – oft Wälder – vertrieben, um Palmöl anzubauen. Seit 1999 ist in Indonesien die Anbaufläche für Ölpalmen von drei auf über fünf Millionen Hektaren angewachsen. Die früher hier wohnhaften Kleinbauern und Pächter wandern in die Slums der grossen Städte ab und suchen im informellen Sektor ein Auskommen. Wer bleibt, muss auf den Plantagen als Tagelöhner oder Saisonarbeiter zu Hungerlöhnen 12 bis 14 Stunden täglich schuften. Nur deshalb ist Palmöl so billig.

Kahlschlag im Regenwald

Auch ökologisch sind die Folgen fatal. Die Böden werden durch die (oft von westlichen Banken mitfinanzierten) Monoplantagen übernutzt. Pestizide und Dünger vergiften das Grundwasser. Das ohnehin knappe Wasser fliesst in die Exportkulturen.

Im Oktober dieses Jahres berief die Vereinigung der südostasiatischen Staaten Asean kurzfristig eine Krisensitzung ein. Seit Wochen verdunkelte ein dicker Smog den Himmel über den Nachbarstaaten Indonesiens und führte zu politischen Spannungen. Der indonesische Präsident Yudhoyono musste sich bei seinen Nachbarn für die Luftverschmutzung entschuldigen. Grund dafür waren die grossflächigen Brandrodungen von Tropenwald, um Land für Ölpalmen und Soja zu gewinnen. Damit verbunden ist eine dramatische Dezimierung der Artenvielfalt. Die kilometerlangen Monokulturen werden in Indonesien treffend «Industriewald» genannt. In Sumatra und Borneo zerstören sie die letzten Lebensräume von stark bedrohten Tierarten wie den Orang-Utans, Waldelefanten und Tigern.

Auch in Brasilien werden Millionen von Hektaren Regenwald für den Anbau von Sojabohnen und Zucker-

Was sind Biotreibstoffe?

Bioenergie und Biotreibstoffe sind Überbegriffe für eine Vielfalt von Anbau- und Verwertungssystemen. Bioethanol und Biodiesel sind so genannte Biotreibstoffe der ersten Generation. Bioethanol wird u.a. aus Zuckerrohr, Zuckerrüben, Gerste, Weizen und Mais hergestellt. Global gesehen sind Brasilien (37%) und die USA (33%) die grössten Produzenten und Konsumenten. China und Indien liefern 9 bzw. 4% des Ethanols. Biodiesel wird aus Ölpflanzen wie Raps, Sonnenblumen, Palmöl, Soja, Rizinus, Jatropha hergestellt. Palmöl stammt vor allem aus Indonesien und Malaysia.

Immer mehr im Gespräch sind die Biotreibstoffe der zweiten Generation. Sie können aus sehr verschiedenen Rohstoffen gewonnen werden wie Getreidestroh, Maisstängeln, Holzabfällen, Abwasser. Diese sind nicht nur billiger, sondern auch energieeffizienter und umwelt- und sozialverträglicher als die Biotreibstoffe der ersten Generation. Sinnvoll ist auch der Einsatz von einheimischem Biogas aus Klärschlamm, Gülle, Mist, Pflanzenresten usw. All diese Treibstoffe werden «flächenneutral» hergestellt und konkurrenzieren nicht mit der Nahrungsmittelproduktion.

rb

rohr gerodet. Letztes Jahr versuchte die brasilianische Umweltorganisation Fuconams auf den Raubbau aufmerksam zu machen. Bei einer Kundgebung im November 2005 im Bundesstaat Mato Grosso do Sul verbrannte sich der Präsident von Fuconams, Anselmo de Barras, in einer verzweifelten Aktion.

Mit dem forcierten Anbau von Biotreibstoffen bahnt sich eine gefährliche Konkurrenz an zwischen den weltweit rund 800 Millionen AutobesitzerInnen und den 2 Milliarden Menschen, die unter der Armutsgrenze leben. Wir greifen nach der Nahrung der Ärmsten, um unsere Autos zu füttern: ein neokolonialer Übergriff, um unser Mobilitätsverhalten nicht ändern zu müssen.

Revision des Mineralölgesetzes

Der Biosprit und die Schweiz

Der Nationalrat behandelte in der Herbstsession die Revision des Mineralölgesetzes. Er stimmte dem Vorschlag des Bundesrates zu, Biotreibstoffe teilweise oder ganz von der Mineralölsteuer zu befreien. Bundesrat und Parlament erhoffen sich von der Förderung des «Biosprits» zweierlei. Zum einen soll der CO₂-Ausstoss des motorisierten Verkehrs reduziert werden. Zweitens behaupten sie, den Entwicklungsländern damit einen Vorteil zu verschaffen: «Gerade der Ethanolmarkt bietet den Entwicklungsländern eine Chance, am Weltmarkt teilzunehmen», schreibt der Bundesrat in seiner Botschaft zur Gesetzesrevision. «Die «Marktöffnung» verschafft diesen Ländern zugleich die Gelegenheit, ihre oft einsei-

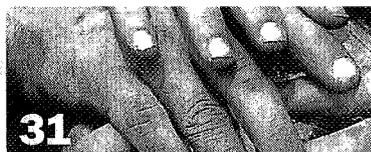
tige Exportproduktepalette etwas zu diversifizieren.»

Der Nationalrat folgte Anträgen von Bauernvertretern und beschloss, die inländische Produktion bevorzugt zu behandeln. Zudem deklamierte er, der Import von nicht nachhaltig produziertem Biotreibstoff solle verhindert werden. Doch dazu will er lediglich völlig ungenügende «Mindestanforderungen» stellen. Anträge der Grünen Partei, die strenge Kriterien und eine umfassende Nachhaltigkeitsbilanz verlangte (von der Brandrodung über den Anbau bis zur Verarbeitung und den Transport der Produkte), lehnten Bundesrat und Nationalrat als «übertrieben» ab. Der Ständerat wird die Gesetzesrevision in der Wintersession zweifellos

durchwinken (nach Redaktionsschluss). Gleichzeitig blockiert er weiterhin die Einführung einer CO₂-Abgabe, die für einen echten Klimaschutz unabdingbar ist.

In einer EDA-internen Publikation empfiehlt der Schweizer Botschafter in Brasilien, in Zukunft Bioethanol aus Brasilien zu importieren, es sei «energetisch sehr effizient und preisgünstig» und würde die «stark defizitäre Handelsbilanz zulasten Brasiliens» verbessern. Die auf Nachhaltigkeitsthemen spezialisierte Bank Sarasin in Basel dagegen warnt in ihrer Studie «Biokraftstoffe – erdölfreie Fahrt in die Zukunft?», dass Biotreibstoffe nicht so ökologisch und sozial verträglich sind, wie es ihr Name vermuten lässt.

rb



WoZ Die Wochenzeitung Nr. 46 / 16.11.2006

BIOTREIBSTOFFE Biomasse ist ein nachhaltiger
Energieträger mit grossem Potenzial. Sie in Automotoren
zu verbrennen, ist jedoch Unsinn.

In den Tank statt auf den Teller?



Von Marcel Hänggi

Oben die Nachtaufnahme einer Raffinerie, unten eine Biene im gelben Meer von Rapsblüten: Mitsolchen Inseraten wirbt eine grosse Erdölfirma. Ihre Botschaft: Wir nehmen die Umwelt ernst und entwickeln saubere Treibstoffe für die Zukunft. Nachdem man in den vergangenen Wochen viel darüber gelesen hat, dass die Industrie den Umweltschutz als Chance zu begreifen beginnt, könnte man geneigt sein, den Versprechungen der Petrochemie zu glauben. Zumal sie ein einleuchtendes Argument hat: Biotreibstoffe.

Treibstoffe aus biologischem Material – Biodiesel, Ethanol (Alkohol) oder Biogas – sind theoretisch CO₂-neutral. Zwar setzt ihre Verbrennung CO₂ frei, doch wurde das Treibhausgas von den Pflanzen zuvor der Atmosphäre entzogen und mittels Photosynthese unter Sonnenlicht in Zucker umgewandelt. Bioenergie ist Sonnenenergie.

Immer mehr Staaten setzen auf Bioenergie und insbesondere auf Biotreibstoffe; Universitäten forschen an Herstellungs- und Verwertungsverfahren. Doch schon Biotreibstoffe das Klima tatsächlich? Thomas Nussbaumer, Inhaber des Zürcher Ingenieurbüros Verenum und ein Spezialist für Bioenergie, setzt hinter die Nachhaltigkeit der Biotreibstoffe ein grosses Fragezeichen.

Bedingungen der Nachhaltigkeit

Kern von Nussbauers Überlegungen sind zwei simple Gedanken. Erstens: Damit Bioenergie als nachhaltig gelten kann, muss sie eine Reihe von Bedingungen erfüllen. Ihre Nutzung muss innerhalb der Grenzen der Regenerierbarkeit erfolgen (keine Abholzung von Wäldern); sie darf die Nahrungsproduktion nicht konkurrieren; sie darf die Biodiversität nicht beeinträchtigen (etwa durch Monokulturen); die Verschmutzung muss akzeptabel sein (was bei der traditionellen Biomassenutzung – der offenen Verbrennung beispielsweise von Holz – nicht erfüllt ist); und die sozialen Kosten müssen akzeptabel sein (menschwürdige Arbeitsbedingungen, keine Schaffung neuer wirtschaftlicher Abhängigkeiten etc.).

Diese Haltung teilt beispielsweise der Verkehrsclub der Schweiz (VCS), wenn er schreibt, es bestehe «die Gefahr, dass das einzig Biologische an den Biotreibstoffen der Name bleibt», und ein Nachhaltigkeitslabel für Biotreibstoffe fordert.

Grundsätzlich aber begrüsst der VCS die steuerliche Begünstigung «alternativer» Treibstoffe. Dem widerspricht Nussbauers zweiter Gedanke: Biomasse als Energieträger muss dort eingesetzt werden, wo sie am effizientesten ist, das heisst: wo sie gegenüber anderen Energieträgern am meisten CO₂-Ausstoss vermeiden kann. Alles andere ist Verschwendung. Denn die Biomasse ist begrenzt. Was ineffizient verwertet wird, steht der effizienten Verwertung nicht mehr zur Verfügung.

Der Rest ist Rechnen. Wird Biomasse zum Heizen verwendet, so ersetzt 1 Megajoule (MJ) Biomasse laut Nussbaumer 1 MJ fossile Energie. Dasselbe gilt, wenn Biomasse einem modernen Kohlekraftwerk der Kohle beigemischt wird. In einem Kombigaskraftwerk mit Gasturbine und Abwärmenutzung ersetzt 1 MJ Biomasse 0,8 MJ Gas. Die Effizienz liegt hier etwas tiefer, weil die Biomasse zuerst in Gas umgewandelt werden muss, wobei Energie verloren geht.

Wird hingegen Biotreibstoff hergestellt, so vermag 1 MJ Biomasse nur noch 0,5 MJ fossile Treibstoffe zu ersetzen. Zu einem ähnlich schlechten Ergebnis kommt man, wenn man Biomasse vergast und dann nicht gleich in einem Kraftwerk verbrennt, sondern in das Erdgasnetz einspeist, wie das beispielsweise in einer Versuchsanlage des schweizerischen Paul-Scherrer-Instituts in Österreich geschieht. Damit Biogas in das Netz eingespeist werden kann, muss es nämlich rein sein und deshalb veredelt werden. Die Vergasung bringt eine Energieeinbusse von 25 Prozent mit sich, die Veredelung kostet noch einmal

25 Prozent. Nussbaumer schätzt, dass sogar ein Elektroauto, das mit Strom betrieben wird, der aus (unveredeltem) Biogas gewonnen wurde, energieeffizienter ist als eines, das direkt mit (veredeltem) Biogas fährt.

Fazit: Im direkten Vergleich hat Biotreibstoff zwar die bessere CO₂-Bilanz als fossile Treibstoffe. Weil Biomasse, die in Automotoren verbrannt wird, aber nicht mehr für die wesentlich effizientere Nutzung in Kraftwerken oder Heizungen zur Verfügung steht, ist die Herstellung von Biotreibstoffen unter dem Strich eine Verschwendung.

Boomendes Geschäft

Dem Klima ist es egal, ob das CO₂ im Verkehr, in der Industrie oder sonst wo freigesetzt (respektive eingespart) wird. Nicht egal ist es den AutomobilistInnen, die gerne ein gutes Gewissen hätten, der Automobil- und der petrochemischen Industrie oder der Agrarwirtschaft. Denn unterdessen boomt das Biotreibstoffgeschäft, und Autofirmen wie Petrochemie freuen sich über die Möglichkeiten, sich ein grünes Image zu verpassen. Der hohe Erdölpreis macht die Suche nach Alternativen wirtschaftlich attraktiv, und die Staaten helfen kräftig mit. So will die EU bis 2010 5,75 Prozent der fossilen Kraftstoffe durch Biokraftstoffe ersetzen und subventioniert Energiepflanzen massiv. In der Schweiz sollen Biokraftstoffe steuerlich bevorzugt werden; das Mineralölsteuergesetz befindet sich in Revision. Schweden will mit Biotreibstoffen den Benzin- und Dieselverbrauch der Autos bis 2020 halbieren. Die USA fördern die Ethanolherstellung aus Mais mit einer Steuerbefreiung und streben mehr als eine Verdoppelung der Produktion bis 2012 an. Brasilien, der weltgrösste Hersteller von Zuckerrohr, mischt dem Benzin 25 Prozent Zuckerrohrschnaps bei; heute wird die Hälfte der brasilianischen Zuckerproduktion zu Ethanol verarbeitet. Die Produktion von Bioethanol hat sich in den letzten fünfzehn Jahren weltweit verdreifacht, der von Biodiesel verzehnfacht.

Das schlägt sich in den Preisen nieder. 2005 ist der Zuckerpreis auf dem Weltmarkt nach oben geschneilt, die Rapsölpreise haben in den letzten Monaten das Anderthalbfache des Fünfjahresdurchschnitts erreicht. Die Entwicklung geht zum Teil auf Marktverzerrungen durch Subventionen zurück. Das Risiko dieser Entwicklung: Es ist denkbar, dass sich die Bioenergieherstellung dank Subventionen selbst dann rechnet, wenn die Herstellung selber mehr Energie verschlingt, als im Energieträger drinsteckt.

Ob die Treibstoffgewinnung aus eigens dafür angebaute Energiepflanzen überhaupt CO₂ einsparen helfe, wird kontrovers diskutiert. Eine Studie der Cornell University (New York) kommt zum Schluss, dass die Herstellung von Biotreibstoffen mehr fossile Energie verschlingt, als durch ihren Einsatz eingespart werden kann. Andere Studien widersprechen dieser Aussage; laut der Internationalen Energieagentur bewirkt der Einsatz von Ethanol eine CO₂-Reduktion. Diese sei gering, wenn das Ethanol aus Getreide gewonnen werde, höher bei Zuckerrüben und hoch bei Zuckerrohr. Unbestritten ist, dass die Energiebilanz stark von den Voraussetzungen wie etwa dem Klima abhängt. Besonders prekär ist die Bilanz, wenn Land für den Anbau genutzt wird, das bisher brachlag: Dabei werden Treibhausgase (CO₂ und Stickoxid) freigesetzt, die bisher im Boden gebunden waren. Bis diese durch die Bioenergienutzung wieder kompensiert sind, vergehen je nach Schätzung zwischen dreissig und 200 Jahren.

Nahrung für Geländewagen

Der Anstieg der Zuckerpreise zeigt noch ein anderes Problem auf: Der Preisdruck auf Landwirtschaftsland und Grundnahrungsmittel steigt. Ken Cook, Präsident der Environmental Working Group in Washington, sagt: «Amerikas Farmer ernähren nicht mehr die Welt, sie ernähren Geländewagen.» Rosmarie Bär von der → Seite 26

Kreative Alternative dank hohen Erdölpreises: Die Hälfte der brasilianischen Zuckerproduktion wird zu Ethanol verarbeitet.

entwicklungspolitischen Arbeitsgemeinschaft Alliance Sud sieht die Bioenergie-euphorie mit grossem Unbehagen.

Die Hauptsorge der Hilfswerke ist, dass künftig die Autos mit den Menschen um Landwirtschaftsland konkurrieren. Bereits werden in Südostasien Wälder brandgerodet, um Land für Energiepflanzen zu gewinnen. In vielen Ländern, in denen Energiepflanzen im grossen Stil angebaut werden, seien die Landrechte labil; die BäuerInnen könnten in eine Abhängigkeit von grossen Mineralölkonzernen geraten. Der Politik traut die ehemalige Nationalrätin Bär wenig: Im Nationalrat sei zwar bei der Revision des Mineralölsteuergesetzes darüber gesprochen worden, dass nur solche Treibstoffe steuerbefreit werden dürften, die eine positive Ökobilanz aufwiesen. Doch soziale Aspekte des Anbaus von Energiepflanzen seien kein Thema gewesen.

Weiter befürchtet Bär, Energiepflanzen könnten ein Einfallstor für die Agro-

gentech sein. Die Gentechlobby verspricht heute schon transgene Pflanzen mit erhöhtem Zucker- oder Stärkegehalt. Syngenta plant die Einführung eines transgenen Energiemaisses. Weil Energiepflanzen nicht gegessen werden, erhofft sich die Agroindustrie geringeren Widerstand. Eine Studie der Privatbank Sarasin vom Juli 2006 warnt vor den Risiken des Energiepflanzenanbaus und nennt dieselben Vorbehalte wie Rosmarie Bär von Alliance Sud.

Landreserven: null

Strittig ist auch, wie gross überhaupt das Potenzial von Bioenergie ist. Dass es schnell knapp werden dürfte, zeigt eine einfache Rechnung: Ein Auto, das im Jahr 13 000 Kilometer fährt, braucht zehnmal so viele Kalorien, wie ein Mensch isst (siehe WOZ Nr. 19/06). Eine britische Studie schätzt, dass ganz England ein Rapsfeld sein müsste, wollte man alle britischen Autos (inklusive Wales, Schottland, Nordirland) mit Rapsöl betreiben. Demgegenüber sagt der deutsche SPD-Energieexperte im Bundestag Hermann Scheer, mit zwei

Millionen Quadratkilometer Wald könnte der Welterdölbedarf ersetzt werden (weltweit gibt es 45 Millionen Quadratkilometer Wald).

Solche Rechnungen sind stark von den getroffenen Annahmen abhängig. Das zeigt eindrücklich eine Studie der Universität Utrecht. Rein theoretisch, schreiben deren AutorInnen, könnte auf dem heute ungenutzten Land, einer Fläche von 6,6 Milliarden Hektaren, das Aderthalbfache des heutigen Weltenergieverbrauchs produziert werden. Sollten aber die Menschen in Asien und Afrika eines Tages gleich viel Fleisch essen wie die Menschen in Europa und Asien, stiege dadurch der Landverbrauch zur Nahrungsmittelproduktion so sehr, dass für Energiepflanzen überhaupt kein Land mehr übrig bliebe.

ExpertInnen sehen das sinnvoll nutzbare Potenzial deshalb nicht in eigens zu diesem Zweck angebauten Energiepflanzen, sondern in biologischen Abfällen – etwa Stroh, das bei der Getreideproduktion anfällt, Küchen- und Gartenabfällen, menschlichen und tierischen Fäkalien oder Altholz.

Das Potenzial des nicht genutzten Holzes aus Schweizer Wäldern beträgt 600 Megawatt (MW), das ist die Hälfte der Leistung des AKWs Leibstadt oder rund 6,5 Prozent des derzeitigen Schweizer Stromkonsums. Holzkraftwerke werden derzeit vor allem in Deutschland und in Österreich gebaut. Doch auch hier beobachtet Nussbaumer die Entwicklungen kritisch. Denn es entstehen vor allem kleine Anlagen. Energieeffizienz und Wirtschaftlichkeit steigen jedoch mit zunehmender Grösse, bis die Effizienz ab 300 MW wieder abnimmt, weil nun das Holz von zu weit her transportiert werden muss. Optimal für die Schweiz, meint Nussbaumer, wären deshalb etwa vier 150-MW-Holzkraftwerke. Diese würden den Strom für 10 bis 15 Rappen pro kWh produzieren und wären damit auch wirtschaftlich attraktiv.

Nachhaltige Weltversorgung

Zu Holz und Getreideabfällen kommt die nasse Biomasse aus Haushalten, Landwirtschaft und Gartenpflege. Um diese in Energie umzusetzen, eignet sich vor allem die anaerobe Fermentation

(Vergärung). Hier kann zwar 1 MJ Biomasse nur etwas mehr als 0,5 MJ fossiler Energie ersetzen. Allerdings fällt dabei von Krankheitserregern befreiter Abfall an, der als hochwertiger Dünger eingesetzt werden kann. Er ersetzt damit Kunstdünger, der seinerseits wieder unter hohem Energieverschleiss hergestellt wird. Hinzu kommt, dass Methan, das bei der Vergärung anfällt, ein viel aggressiveres Treibhausgas ist als CO₂. Verbrennt man das Methan, statt es in die Atmosphäre entweichen zu lassen, trägt auch das zur Minderung des Treibhauseffekts bei. Das weltweite Potenzial von nachhaltiger Energie aus Biomasse vermutet Nussbaumer bei 25 bis 30 Prozent des heutigen Weltenergiebedarfs. Nimmt man die anderen Formen nachhaltiger Energiequellen wie Sonne, Wind, Erdwärme dazu, so müsste die Welt eigentlich vollständig nachhaltig mit Energie versorgt werden können.

Kurz gesagt: Biomasse zur Energiegewinnung ist wertvoll und hat ein grosses Potenzial. Aber wir dürfen nicht so dumm sein, dieses in Automotoren zu verschwenden. ♦

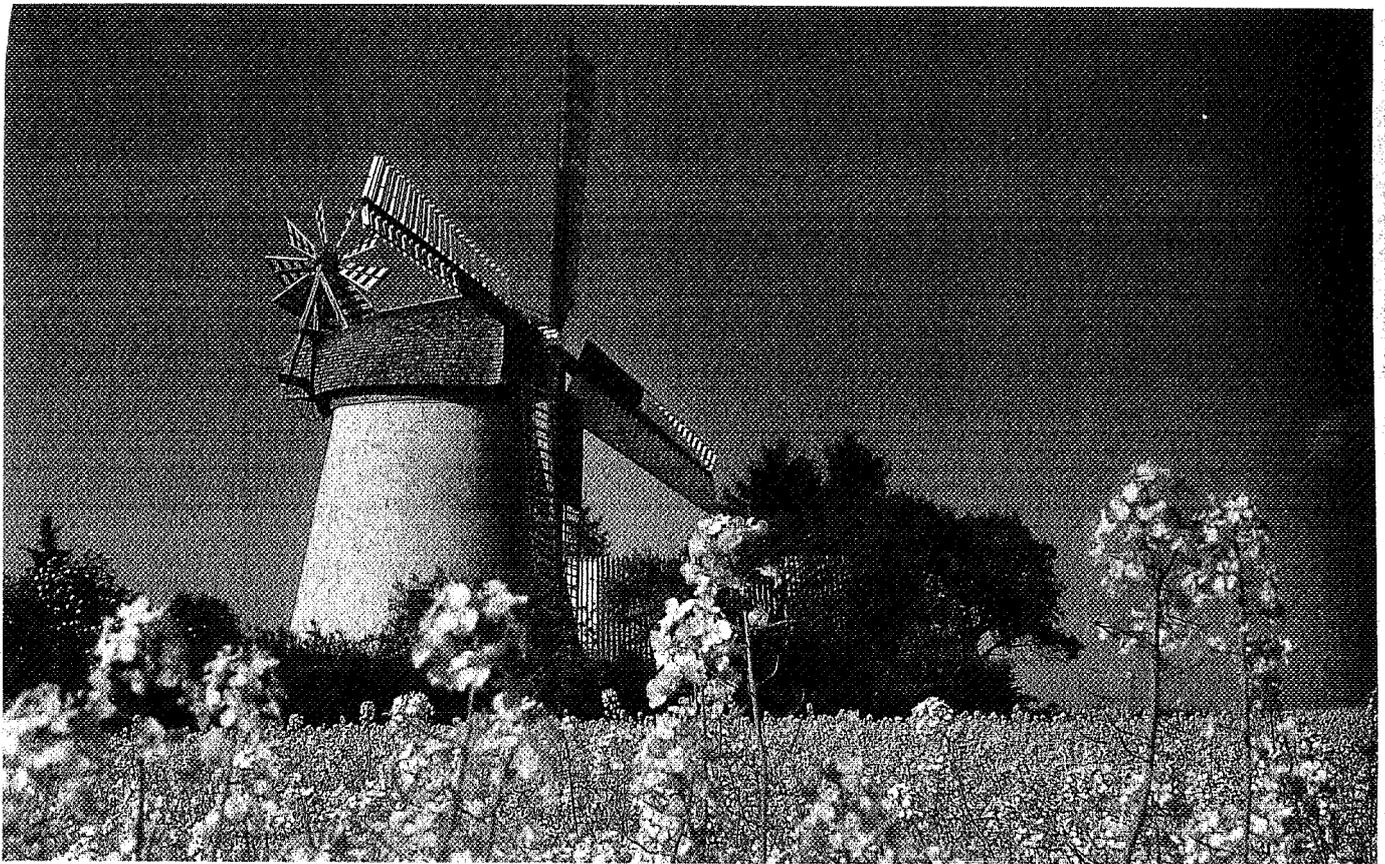


Foto: UFOP e.V.

Weltmarkt Biomasse

Im Geschäft mit der Bioenergie wiederholen sich die alten Muster des Rohstoffhandels

So genannte Biotreibstoffe, hergestellt aus Mais, Raps, Zuckerrohr, Soja und anderen Kraftstoffpflanzen, werden von EnergieexpertInnen vermehrt als regenerative Energiequelle gepriesen. Der Anbau ist keineswegs auf Europa beschränkt. Vielmehr scheint sich in dem Geschäft mit dem Biotreibstoffen eine klassische Arbeitsteilung zwischen Kleinbauern und Agrarmultis sowie zwischen Süd und Nord zu etablieren: Rohstoffanbau und Ausbeutung auf der einen, Veredelung, Gewinn und Konsum auf der anderen Seite.

von **Martina Backes** und **Kirsten Bredenbeck**

► In Deutschland werben breit angelegte Kampagnen für das vermeintlich ökologischere Fahren mit dem »Biodiesel«. Sowohl die EU als auch die USA haben Richtlinien für die Beimischung von Biotreibstoffen zu Diesel eingeführt. Auch für Ethanoltreibstoff entstehen große internationale Absatzpotentiale. In der EU gibt es für so genannte Biokraftstoffe längst Steuervergünstigungen. Durch den nahezu geschlossenen Kohlendioxidkreislauf, so argumentiert die Branche, erfülle die Nutzung von Biotreibstoffen die Ziele der Schadstoffminimierung im Rahmen des Kyoto-Protokolls. Neben Klimaschutz und einer Diversifizierung der Energiewirtschaft, von der man sich grö-

Treibstoffpflanzen werden nur in den seltensten Fällen biologisch angebaut

ßere Unabhängigkeit von mächtigen Öllieferanten, knappen Ölreserven und dem steigenden Rohölpreis verspricht, führen die BefürworterInnen von Biotreibstoffen auch entwicklungspolitische Argumente an: Anbau und Export der nachwachsenden Rohstoffe wie Palm- und Sojaöl schafften insbesondere für Entwicklungsländer eine dauerhafte Einnahmequelle.

Die Realität sieht anders aus. Die hiesige Energiebranche sucht aus Kostengründen und wegen hierzulande fehlender Flächen in den Tropen nach ölhaltigen Pflanzen. Regierungen im Süden, die ihre Agrarpolitik auf einen großflächigen Anbau und Export ausrichten,

bedienen dabei primär die Interessen der Industrie. Die Agrarindustrie investiert in Forschung und Entwicklung von Saatgut und Düngemittel, in Europa sprießen Kraftwerke und Raffinerien aus dem Boden (s. Kasten S. 34), die den Import-Rohstoff aus Indonesien, Malaysia und anderswo zu Biodiesel und Kilowattstunden veredeln und das technologische Know-how weiterentwickeln.

Doch der Anbau und Handel mit den neuen Treibstoffen sind entgegen den mit »Bio« assoziierten Vorstellungen umweltschädlich. Für Palmöl-Plantagen in Südostasien wird ebenso wie für großflächige Soja-Monokulturen in Brasilien oft Regenwald vernichtet. Sie schüren die Konkurrenz um Land, Grundnahrungsmittelanbau und Wasser und sie gehen häufig mit Menschenrechtsverletzungen und sozialer Ausbeutung einher. Der hohe Kapitaleinsatz beim Anbau begünstigt große Agrarunternehmen und etabliert so Abhängigkeiten zwischen großen und kleinen Akteuren. Staatliche Strukturen in vielen Ländern und die internationale (Freihandels-)Politik drohen, einen Sektor nachwachsender Rohstoffe zu schaffen, der dem Ausbeutungscharakter anderer Energiesektoren und dem Handel mit Rohstoffen wie Uran und Öl kaum nachstehen könnte. Die ökologischen und

sozialen Kosten der Biokraftstoff-Produktion können mit der Verlagerung des Anbaus in den Süden gleich mitexportiert werden.

Prima Klima? Nix da!

► Die Bezeichnung »Bio« ist in mehrfacher Hinsicht irreführend. Treibstoffpflanzen werden nur in den seltensten Fällen biologisch angebaut. Zudem sind die Auswirkungen von Erzeugung und Verbrauch auf die Umwelt meist nicht weniger schädlich als bei herkömmlichen Treibstoffen. So kam das ifeu-Institut in Heidelberg bei einer Untersuchung 2003 zu dem Schluss, dass die Wirkungen auf den Ozonabbau beim Ethanol deutlich stärker sind als beim herkömmlichen fossilen Treibstoff. Zwar vermindern sich durch Biodiesel die Kohlendioxid-Emissionen, auf der anderen Seite stehen aber diverse andere Umweltbelastungen. Anbau, Ernte, Verarbeitung und Transport verbrauchen bereits einen erheblichen Anteil der aus Biodiesel gewinnbaren Energie. Die Wissenschaftler befürchten, dass die Energie, die für die Erzeugung dieser Rohstoffe benötigt wird, zum Teil fast ebenso groß ist wie die gewonnene Energie. Zudem fand man an der Universität Göttingen heraus, dass beim Rapsanbau pro Hektar und Jahr bis zu 3,6 Kilogramm Lachgas (Distickstoffoxid) frei gesetzt werden. Dieses ist als Treibhausgas rund 300-mal so wirksam wie Kohlendioxid. Außerdem belasten Düngemittel und Schädlingsbekämpfungsmittel Boden und Gewässer. Vor allem die Versauerung des Bodens sowie die Belastung von Boden und Wasser durch Pestizide gehören laut Studie des ifeu-Instituts zu den ökologischen Nachteilen der Biotreibstoffe. Und auch die vielbeschworene Verminderung der Kohlendioxid-Emissionen kann sich durch Abholzung der Regenwälder für Anbauflächen schnell ins Gegenteil verkehren.

So besehen steht ein vermehrter Verbrauch von Ethanoltreibstoff dem angeführten Argument der Branche hinsichtlich eines positiven Effektes für Klima- und Umweltschutz eher entgegen. Hinzu kommt, dass die im Kyoto-Protokoll vereinbarte Reduktion von klimaschädlichen Emissionen mit der Verwendung von Biomasse als Energieträger unterlaufen werden könnten: Mit dem Transfer der Technologie zur Produktion von Biotreibstoff in Entwicklungsländer können die Industrieländer möglicherweise die begehrten Zertifikate für die Reduktion von Kohlendioxid-Emissionen erwerben. Diese Möglichkeit, als Clean Development Mechanism (CDM) im Kyoto-Protokoll verankert, erlaubt den Industrieländern, ihre Reduktionsverpflichtungen nicht zwangsläufig vor der eigenen Haustüre realisieren zu müssen, sondern auf dem Markt der Möglichkeiten zu erwerben.

Über einen solchen Clean Development Mechanism unterstützt das deutsche Entwicklungsministerium seit 2003 die brasiliani-

sche Regierung bei der Subventionierung eines jeden alkoholbetriebenen Autos mit 1.000 Real (ca. 300 Euro). Was von der Bundesregierung als Armutsbekämpfung deklariert wird, entlastet zugleich die deutsche Klimapolitik und vermindert deren Anstrengungen, im eigenen Land Sparmaßnahmen durchzusetzen. Derzeit steht China zur Debatte, das als Teilnehmer am Kyoto-Prozess für den Erwerb von Zertifikaten in Frage kommt. Durch den Kauf von Reduktionszertifikaten, die auf einer Verwendung von Biokraftstoffpflanzen als Energieträger basieren, könnte die im Kyoto-Protokoll vereinbarte Reduktion von klimaschädlichen Emissionen unterlaufen werden. Eine Politik des sparsameren Verbrauchs von Energie in den Industrieländern wird damit hinaufgezogen, während zudem – im Falle der Biotreibstoffproduktion – auch global gesehen kein Nutzen für den Klimaschutz abzusehen ist.

Gentechnik durch die Hintertür

► Der Deutsche Bauernverband plädierte auf der Jahrestagung des Biogasfachverbandes 2006 dafür, sich die Option eines Anbaus von gentechnisch veränderten Pflanzen (GV) offen zu halten. Man solle die Möglichkeiten der Gentechnik nutzen, auf dem Acker mehr Energie zu gewinnen. Auch in Brasilien sprach Präsident Lula bereits vor Jahren angesichts des (damals noch) illegal angebauten Gensojas davon, diesen könne man ja zu Biodiesel verarbeiten, damit er nicht in den Lebensmittelkreislauf gelange. Vom GV-Mais für die Biogasanlage und vom GV-Raps für den Tank versprechen sich zumindest Saatgutfirmen ein lukratives Geschäft.

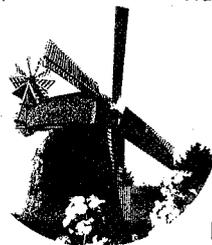
Ganz im Interesse der Agrarmultis steht der derzeitige Bauboom an Biogasanlagen und Biokraftstoffwerken, die für eine kosteneffiziente Energieversorgung Landwirte vertraglich zur Abgabe bestimmter Mengen an Biorohstoffen verpflichten und damit den Anbau von Monokulturen fördern: Aus der Vertragswirtschaft erwächst eine gesteigerte Nachfrage nach Pflanzen mit hohem Biomassegehalt, mehr Energieleistung und – aufgrund der Tendenz zu Monokulturen – nach insektenresistenten Sorten wie dem gentechnisch veränderten BT-Mais. Die Agrarindustrie will die gefragten Eigenschaften mit neuen transgenen Pflanzen zur Verfügung stellen.

Auf dem Markt der Biokraftstoffe sind längst auch die großen Ölkonzerne aktiv. BP entwickelt gemeinsam mit dem Chemie-giganten DuPont einen Treibstoff mit dem Namen »Biobutanol«. Ausgangsstoff für diesen Biosprit sind oft genetisch veränderte Biotreibstoffpflanzen wie zum Beispiel Zuckerrohr. BP steckt eine halbe Milliarde Dollar in die Erforschung genetisch veränderter Rohstoffe, die zu Biodiesel verarbeitet werden

können. Das Schweizer Unternehmen Syngenta vermarktet schon genmanipuliertes Korn zur Ethanol-Herstellung, das nicht darauf geprüft wurde, ob es für den menschlichen Verzehr oder als Tierfutter geeignet ist. Syngenta hat für sein Produkt gerade die Zulassung für die EU beantragt, obwohl der Konzern »nicht ausschließen kann«, dass Teile des Kornes auch im Getreide landen, die für Mensch und Tier bestimmt sind. Die Agrarmultis hoffen, die Akzeptanz für die grüne Gentechnik, die sich bei Nahrungs- und Futtermitteln nicht durchsetzen konnte, nun im Segment der nachwachsenden Rohstoffe herstellen zu können. Der Agricultural Biotechnology Council, eine Dachorganisation der wichtigsten Gentechnik-Konzerne, ist der Überzeugung, dass Gentechnologie über die Produktion von genetisch veränderten Pflanzen als erneuerbare Quelle für Treibstoffe hoffähig wird.

So richtig heikel wird es beim Thema Flächenkonkurrenz. Aufgrund der schlechten Ernährungslage und der Abhängigkeit eines Großteils der ländlichen Bevölkerung in Entwicklungsländern von der kleinbäuerlichen Landwirtschaft befürchten Kritiker, dass der Anbau der Kraftstoffpflanzen auf Kosten der ohnehin schlechten Weltenernährung realisiert und der steigende Bedarf an Nahrungspflanzen nicht gedeckt werden könne. Nun erscheint die Debatte um das »Verheizen von Weizen« insofern moralisch aufgeladen, als dass es weltweit genügend Nahrungsmittel gibt, um alle zu ernähren. Der Grund für den Hunger von derzeit rund 800 Millionen Menschen ist primär ein Problem der ungleichen Verteilung, das Resultat des globalen Handels von Saatgut- und Nahrungsmittelherstellern, von Agrarpolitik und der Subventionierung industrieller Anbauverfahren, von Landrecht, Patentrecht und Zugang zu Produktionsmitteln – und damit weniger ein Knappheitsproblem. Doch genau diese Strukturen kennzeichnen den Anbau von Pflanzen wie Soja, Zuckerrohr, Palmen und Rizinus, die für die Kraftstoffgewinnung geeignet sind. Ungerechte Einkommens- und Landverteilungsverhältnisse drohen durch den Anbau der Kraftstoffpflanzen ausgeweitet zu werden und die Ernährungssouveränität der Bevölkerung zu untergraben, wie die Beispiele Brasilien und Indonesien zeigen.

In Brasilien gibt es mit dem so genannten Biodieselprogramm Versuche, Kleinbauern in die Produktion der Kraftstoffpflanzen einzubinden. Dieses rief die brasilianische Regierung vor knapp zwei Jahren ins Leben. Es soll vor allem Kleinbauern beim Anbau von Rizinus und Palmen für die Verarbeitung zu Pflanzendiesel unterstützen. Bei beiden Pflanzen ging man davon aus, dass sie für den Anbau in kleinbäuerlicher Landwirtschaft gut geeignet sind, so dass die Pflanzendieselpro-



duktion das Potential hätte, die ökonomischen Strukturen in Brasilien zugunsten der armen Bevölkerungsmehrheit zu verändern. Das Programm sieht vor, dem brasilianischen Diesel stufenweise mehr Pflanzentreibstoff beizusetzen, bis er ab 2013 mindestens fünf Prozent enthalten soll. Die Produzenten erhalten Vergünstigungen bei den Sozialabgaben. Damit vor allem die kleinbäuerliche Landwirtschaft von dem Programm profitiert, sind die Vergünstigungen für kleinere Betriebe größer; zudem gibt es höhere Subventionen für ärmere Gebiete. Auch wer Palmöl oder Rizinus verwendet, bekommt mehr erlassen als bei anderen Vorprodukten wie etwa Soja, das in erster Linie in großflächigen Monokulturen angebaut wird. Für die weiterverarbeitende Industrie gibt es ein Sozialsiegel, wenn die Unternehmen einen Mindestprozentsatz ihrer Vorprodukte von Kleinbauern liefern lassen. Das Siegel ist zugleich Voraussetzung für die Teilnahme an den Ersteigerungen der nationalen Beimischungsmenge durch die *Agência Nacional do Petróleo, Gas Natural e Biocombustíveis* (ANP). Bislang fanden vier Ersteigerungen statt.

Binnen eines Jahres nach dem Start des Biodieselsprogramms ließ sich eine Steigerung der Rizinus-Anbauflächen um 22 Prozent auf 215.000 Hektar beobachten. Das entspricht

einer Produktionsmenge von knapp 65 Millionen Liter Pflanzendiesel. Allerdings hatten die Produzenten Schwierigkeiten, ihre Ware abzusetzen. Die Verarbeitung – und damit auch der Handel – sind stark zentralisiert, so dass wenige Händler die Preise bestimmen können. Diese lagen zum Teil unter den Produktionskosten, die zudem dreimal so hoch sind wie die von Sojaöl. Daher kann Rizinus trotz Subventionierung kaum mit Soja konkurrieren, so dass viele Produzenten sich bereits wieder anders orientieren. Der größte Vorteil der Sojabauern gegenüber den Produzenten von Rizinus oder Palmöl liegt darin, dass sie auf eine bereits bestehende Produktionskette zurückgreifen können.

Auf dem Markt der Biokraftstoffe sind längst auch die großen Ölkonzerne aktiv

Die Sojaindustrie hat damit die Möglichkeit, rasch auf eine hohe Nachfrage nach pflanzlichem Treibstoff zu reagieren, und sie nutzt dies auch: 1,2 Millionen Tonnen Soja sollen 2007 für die Produktion von Pflanzentreibstoffen verwendet werden. Diese Größenordnung zeigt deutlich, wohin die Entwicklung beim brasilianischen Pflanzendiesel geht: zur Soja. Dies bestätigen auch die Ersteigerungen von Pflanzendiesel durch die ANP: bereits bei der ersten Ersteigerung war circa ein Drittel des ersteigerten Pflanzendiesels aus Soja – entgegen den durch das Biodieselsprogramm verfolgten Absichten.

In Bezug auf die Ethanolproduktion hat sich Zuckerrohr bislang als die effizienteste Pflanze erwiesen. Bereits in den 1970er Jahren förderte die brasilianische Regierung die Ethanolproduktion aus Zuckerrohr. Das *Proálcool*-Programm war letztlich ein Riesen-Subventionsprogramm für die brasilianische Zuckeroligarchie und zementierte die ungleichen Einkommens- und Landverteilungsverhältnisse im Nordosten des Landes. Gut die Hälfte der Zuckerproduktion geht von jeher in die Herstellung von Ethanol. Brasilien ist noch heute weltweit der billigste Anbieter, was vor allem auf die schlechte Entlohnung der ErntearbeiterInnen zurück zu führen ist. Der Zuckersektor ist in Brasilien innerhalb der letzten Jahre stark gewachsen und dringt in den Mittleren Westen vor.

Brasilianische Landlose konkurrieren ...

► Eine Studie der *Fundação LaGuardia* kommt zu dem Schluss, dass das Biodieselsprogramm ein hohes Risiko der Einkommens- und Bodenkonzentration aufweise und einen Beitrag zu Landflucht und Verringerung der Grundnahrungsmittelproduktion leiste. Dies liegt vor allem an der starken Konzentration der Verarbeitungsbetriebe und ihrer weiten Entfernungen von den Produzenten. Das Biodieselsprogramm setzt somit zum Teil nicht nur auf die falschen Produkte, es vernachlässigt

Fremdwort Nachhaltigkeit Biodiesel aus indonesischen Palmölplantagen

34

► Indonesien erlebt derzeit einen Boom im »Biodiesel«-Sektor. Präsident Susilo Bambang Yudhoyono spricht von einer »Lokomotive für das wirtschaftliche Wachstum«. Die Geschäftswelt investiert wie schon lange nicht mehr, und Indonesiens Börse spielt verrückt. Dutzende »Biodiesel«-Fabriken sind im Bau, schweres Gerät und Brandstifter sind unterwegs, um den Wald »ürbar« zu machen. Mit aller Macht verfolgt Indonesien sein Ziel, der weltweit größte Produzent von Palmöl zu werden.

Ein Grund für den Boom ist der steigende Bedarf in den Industriestaaten. Die Regierung Japans will den Anteil von Biodiesel am Erdöl-Diesel auf drei bis fünf Prozent steigern. Ähnlich sieht es in der EU aus; bis 2010 soll der Anteil an Biodiesel auf 5,75 Prozent erhöht werden. Diese Ziele können die Staaten nicht mit den eigenen Agrarflächen erreichen. Biodiesel und Rohpalmöl müssen importiert werden.

Malaysia und Indonesien beherrschen mit 80 Prozent den weltweiten Palmölmarkt. Hauptabnehmer sind die Lebensmittel-, Kosmetik- und Waschmittelbranchen. Dieser Markt wächst kräftig, doch erst das Zugpferd »Biodiesel« soll Indonesien Wirtschaftsaufschwung bringen. Das Landwirtschaftsministerium plant, die Produktion von Rohpalmöl bis 2025 auf das Dreiundvierzigfache zu steigern. 40 Prozent davon sollen im Land selbst

Die Plantagenarbeit ist kaum besser als in der holländischen Kolonialzeit

der auf seinem Landstück eine sprudelnde Ölquelle entdeckt hat.

Für die Ausweitung der Produktion sind neue Plantagen erforderlich. Zurzeit sind 6,5 Millionen Hektar mit Ölpalmen bepflanzt. Weitere 20 Millionen Hektar sind langfristig anvisiert und zum Teil schon genehmigt.

Nach Angaben des Staatlichen Statistischen Amtes verfügt das Land über genau diese Fläche (22 Millionen Hektar) degradierten Landes, kahl geschlagen und erodiert.

Visionäre, die über die Verteilung der Ressourcen der Welt nachdenken, weisen Indonesien die Rolle des Palmöllieferanten zu, zusammen mit Malaysia, das nicht nur eigenes, sondern auch indonesisches Palmöl verarbeitet. »Biodiesel« aus Palmöl wird aber erst profitabel, wenn es subventioniert oder zusätzlich am Tropenholz verdient wird. Das bedeutet für den Regenwald meist Kahlschlag und Brandrodung. International verstrickte Holzsyndikate profitieren davon in unheilvoller Allianz mit den Plantagenunternehmen. Bis zu 90 Prozent des auf dem internationalen Markt gehandelten indonesischen Tropenholzes stammen aus illegalen Quellen. Zahlreiche Programme, die den Kahlschlag stoppen sollten, sind allesamt an den spezifisch indonesischen Gegebenheiten gescheitert: der international ver-

sigd darüber hinaus strukturelle Faktoren, die zu Machtungleichgewichten und damit zu Armut führen.

Sowohl für den Soja- als auch für den Zuckersektor ist charakteristisch, dass sie Einkommen bei relativ Wenigen konzentrieren, da sich am ehesten der großflächige Anbau lohnt und die Produktion wenig beschäftigungsintensiv ist, dafür aber umso mehr Kapital erfordert. Flächenausdehnungen erfolgen häufig auf Kosten von Kleinbauern, die entweder keine Landtitel haben oder zum Verkauf gedrängt werden, und damit ihre Einkommens- oder Subsistenzquelle verlieren. Die sozialen Bewegungen in Brasilien kritisieren vor allem das Biodieselpogramm: es reduziere die Familienwirtschaft auf eine Rolle als Rohstofflieferanten, die an der Mehrwertschöpfung bei der Weiterverarbeitung nicht beteiligt seien. Die Zielmarken des Sozialsiegels seien zudem so gering, dass derzeit quasi die gesamte Pflanzendieselproduktion des Landes ein Sozialsiegel erhalte. Die Gewerkschaftsdachverbände FETRAF, CUT und CONTAG fordern, Zielsetzungen bezüglich der Arbeitnehmerrechte und der Umweltverträglichkeit in das Sozialsiegel einzubeziehen. Darüber hinaus setzen sie sich dafür

strickten Holzmafia, die sich um die Staatsmacht nicht schert; Korruption bis in höchste politische Ebenen und fehlender Rechtssicherheit.

Die Liste der indonesischen Konglomerate, die eine Genehmigung für Ölplantagen beantragt haben, liest sich wie das »Who is Who« der indonesischen Business- und Politikelite. Mit der PT Rajawali Nusantara Indonesia und der PT Perkebunan Nusantara III planen zwei Firmen in staatlichem Besitz den Bau von Raffinerien für die Verarbeitung von Palmöl und Zuckerrohr. Hinzu kommen eine Reihe malaysischer Firmen und internationaler Konzerne, wie die Malaysia's Golden Hope Plantations, Genting Bhd, Sime Darby Bhd und Singapore's Wilmar Holding Pte. Ltd. Mit von der Partie sind Zellstoffmultis, ein Gemischtwarenkonzern des Militärs, diverse Tabakkönige sowie die Suharto-Familie. Sie alle setzen auf Megaplantagen in großem Stil.

Es gibt dabei nur ein Ziel: in möglichst kurzer Zeit möglichst viel an der Geldpalme zu verdienen. Nach zwanzig Jahren sind die Böden ausgelaugt, der Wasserhaushalt gestört und die Umwelt mit Düngemitteln und Pestiziden vergiftet. Zurück bleibt verwüstetes

ein, dass das Sozialsiegel Mindestmarken für die lokale Produktion von Grundnahrungsmitteln festsetzt.

... gegen deutsche Autofahrer

► Eine öffentliche Infragestellung der Pflanzentreibstoffproduktion als solche gibt es bislang jedoch nicht. Die brasilianischen NGOs scheinen in einem Dilemma zu stecken: Damit der Markt nicht gänzlich den Sojabauern überlassen bleibt, versuchen etliche von ihnen zugunsten ihrer Zielgruppen, beim Sozialprogramm mitzumischen, und somit zumindest noch einen kleinen Teil des Kuchens abzubekommen. Wenn aus der Energiepflanzenproduktion keine breiten Einkommenseffekte entstehen – ein Prozess, der sich in Brasilien bereits abzeichnet – dann wird auch keine erhöhte Nachfrage nach Grundnah-

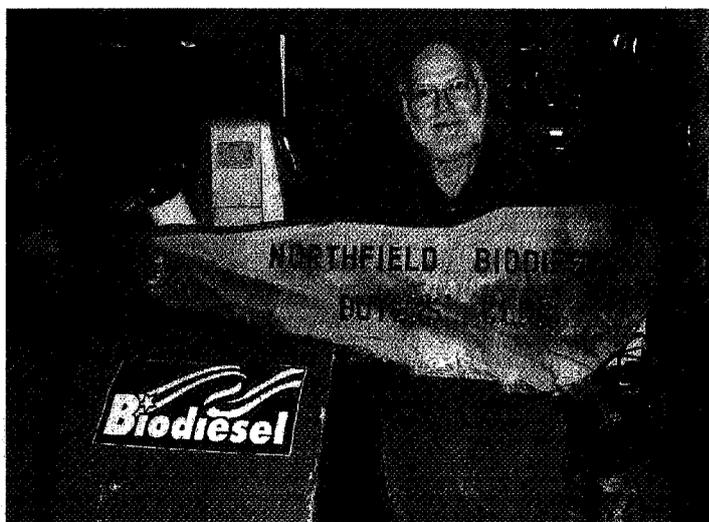


Foto: RENew

Land. Etwa 80 Prozent aller Waldbrände sind auf Plantagen zurückzuführen. In der Saison 2006 gab es allein im indonesischen Teil Borneos schon mehr als 5.000 Brände. Die Prognosen für 2007 sind düster: El Nino wird Indonesien eine lange Trockenzeit mit noch mehr Feuern bescheren. Folge von Kahlschlag und Feuer sind ungeheure Mengen von Kohlendioxid. 25 bis 30 Prozent der weltweiten Treibhausgase sind Schätzungen der FAO zufolge ein Resultat von Abholzung und Waldbrand. Gerade die brennenden Torfwälder emittieren mehr CO₂ als im Kyoto-Protokoll eingespart werden soll. Die Idee, erneuerbare Energien zur Reduktion von Treibhausgasen zu nutzen, wird so durch die indonesische Praxis konterkariert. Das hat gravierende globale Folgen wie den Verlust an Biodiversität und den Anstieg von Treibhausgasen.

Nicht nur ökologische Nachhaltigkeit, auch soziale ist in Indonesien ein Fremdwort. Die Arbeitsbedingungen auf den Plantagen sind kaum besser als in der holländischen Kolonialzeit. Bäuerliche Gemeinden und Indige-

rungsmitteln generiert, so dass der Anbau von Grundnahrungsmitteln immer weniger konkurrenzfähig gegenüber Ethanol- und/oder Diesel-Vorprodukten sein wird. Brasilianische Kleinbauern oder Landlose müssten mit ihrer Nachfrage gegen deutsche Autofahrerinnen konkurrieren – und könnten dabei nur verlieren.

Schon heute sind an den Terminbörsen die Weltmarktpreise für Grundnahrungsmittel, die sich auch zu Pflanzensprit verarbeiten lassen, aufgrund der Nachfrage nach Pflanzentreibstoffen stark gestiegen. Nachdem Malaysia und Indonesien im Juni 2006 angekündigt hatten, fast 40 Prozent ihrer Palmöl-Ernte für die Produktion von Biodiesel zu reservieren, stieg der Preis für Palmöl in zwei Monaten um 20 Prozent. Die Verteuerung der Weltmarktpreise für Nahrungsmittel stellt bereits jetzt etliche Länder in Afrika vor das Problem, ihre Nahrungsmittelimporte nicht mehr zahlen zu können. Insofern geht der Sprit für diejenigen, die es sich leisten können, zulasten der Ernährungssicherheit in Entwicklungsländern.

► **Martina Backes** ist Mitarbeiterin im **iz3w**. **Kirsten Bredenbeck** ist Mitarbeiterin bei der Kooperation **Brasilien KOBRA e.V.**

ne werden buchstäblich mit Gewalt aus ihren Wäldern vertrieben. Das ist eine beliebte und preiswerte Praxis, wäh-

rend der Suharto-Diktatur bestens erprobt. Ein Plantagenunternehmen braucht dann kein Land zu kaufen, sondern »erschließt« bisher angeblich ungenutzten Wald.

Land ist aber kein Niemandland, es gehört seit langem den Menschen, die dort leben. Sie verlieren ihre Lebensgrundlage, und wenn sie sich gegen unrechtmäßige Enteignung wehren, schlägt die Polizei oder das Militär zu. In Indonesien gibt es Hunderte von ungelösten Landrechtskonflikten auf Plantagenland, Tausende von Menschenrechtsverletzungen bei der Durchsetzung wirtschaftlicher Interessen. Jeder neue Investor muss davon ausgehen, dass seine Plantage auf Terrain angelegt wurde, das ursprünglich von der lokalen Bevölkerung genutzt wurde. Betroffen sind nicht nur verstreute, kleine Indigenengruppen, sondern Millionen von Menschen.

► **Marianne Klute** ist Mitarbeiterin bei **Watch Indonesia**.

DIE ETHANOL-SKLAVEN

DIE FOLGEN DES ZUCKER-BOOMS IN BRASILIEN

Stefan Kreuzberger



Die Zuckerrohr-Ernte ist Knochenarbeit. Immer wieder verletzen sich Arbeiter mit den scharfen Mocheten.

Der weltweite Run auf Biotreibstoffe heizt die brasilianische Zuckerrohrproduktion an und macht Landarbeiter zu „Ethanol-Sklaven“. Daneben gibt es aber das Beispiel eines funktionierenden Betriebes, den die Arbeiter selbst verwalten.

Sobald die Sonne aufgegangen ist, schwirren Mocheten durch die Luft. Mit kräftigen Schlägen ernten die Männer das reife Zuckerrohr. Nur in den frühen Morgenstunden ist die Hitze einigermaßen erträglich. Danach steigen die Temperaturen auf über 30 Grad. Die Blätter des Zu-

ckerrohrs sind messerscharf und die Verletzungsgefahr bei dem hohen Akkorddruck hoch. Im Nordosten Brasiliens ist die Zuckerrohrernte fast überall reine Handarbeit. In der hügeligen Landschaft können kaum Maschinen eingesetzt werden. Zehn Morgen muss ein Arbeiter am Tag

im Akkord schaffen, dafür gibt es neun Reais, knapp drei Euro.

Der Nordosten als ein traditioneller Standort der Zuckerwirtschaft ist wegen der Topografie, veralteten Produktionsstrukturen und einer verknöcherten Oligarchie der Zuckerproduzenten gegenüber den brasilianischen Anbauzonen im Süden kaum konkurrenzfähig. In den letzten Jahren wurden daher viele Betriebe stillgelegt. Die Region ist immer noch das Armenhaus Brasiliens und gleichzeitig ein Beispiel für frühe Globalisierung und ein Ökodesaster. In der regenreichen hügeligen „Zona da Mata“ wird seit dem Ende des 16. Jahrhunderts Zucker für den Weltmarkt produziert. Mit seinem Anbau wurden in Brasilien die Plantagenwirtschaft und der Sklavenhandel eingeführt. Folgen waren die Abholzung des Küstenregenwaldes bis auf sieben Prozent der Ursprungsfläche und die Auslaugung des Bodens durch Monokulturen.

BILLIGER ZUCKER DANK AUSBEUTUNG

Das am riesigen Grossgrundbesitz der Zuckerbarone orientierte Wirtschaften prägt die ökonomischen und sozialen Strukturen des Nordostens bis heute. Ausserhalb der Erntezeit haben die Landarbeiter kaum Chancen, eine andere Beschäftigung zu finden. Es gibt weder eine Arbeitslosenunterstützung, noch Urlaubsgeld oder Gesundheitsfürsorge. In der zweiten Hälfte des Jahres müssen sie selbst sehen, wie sie über die Runden kommen. Die soziale Misere der Saisonarbeiter ist ein Hauptgrund dafür, dass brasilianischer Rohrzucker billig auf dem Weltmarkt angeboten werden kann.

Zucker und Hunger sind Begriffe, die in Brasilien nicht voneinander zu trennen sind. Damit wollten die Arbeiter der Usina Catende, einer Zuckerplantage und -fabrik im Bun-

desstaat Pernambuco, Schluss machen. Seit 1997 führen sie mit Unterstützung der Gewerkschaft einen ehemals insolventen Betrieb in Eigenregie weiter. Die alte Fabrik in der Ortschaft Catende gibt es seit über hundert Jahren. Ende des 19. Jahrhunderts gegründet, stieg sie in den sechziger und siebziger Jahren zur grössten Zuckerfabrik Lateinamerikas auf.

DIE FABRIK DER ARBEITER MACHT GEWINN

„1993 geschah etwas Folgenschweres in der Geschichte des Betriebes“, berichtet Lenivaldo da Silva Lima, technischer Berater des heute „Catende-Harmonia“ genannten Projektes. „Die Betriebsleitung entliess über Nacht alle 2.300 Arbeiter auf den Zuckerrohrfeldern, die Hälfte der gesamten Belegschaft.“

Die Verhandlungen der Gewerkschaften auf Wiedereinstellung und Entschädigung der Landarbeiter zogen sich über ein Jahr ohne Erfolg hin. Am Ende platzte den hungernen Entlassenen der Kragen: Sie besetzten 19 Tage lang das Eingangstor der Fabrik und legten den Betrieb lahm. Auslöser waren ein Bericht und ein Foto in einer Tageszeitung über eine mondäne Silvesterparty in einem Hotel der Bundeshauptstadt. Das Bild zeigte die Champagner trinkenden Fabrikeigentümer. „Das war der Tropfen, der das Fass zum Überlaufen brachte“, erinnert sich Lenivaldo. „Bei den entlassenen Arbeitern herrschte seit Wochen blanke Not, und es stellte sich heraus, dass die Fabrik bankrott war und die feinen Herren seit Jahren die tariflichen Sozialleistungen nicht entrichtet hatten.“

Die Gewerkschaft erzwang schliesslich ein Konkursverfahren. Als erstes sicherte die Belegschaft die Fortführung der Produktion, dann begann sie mit Schritten zur

Umgestaltung des Unternehmens hin zu einem selbst verwalteten Betrieb. Priorität hatten dabei zwei Vorhaben: Nahrungsmittelsicherheit, weil die Ernährungslage – vor allem ausserhalb der Erntezeiten – sehr schlecht war, und eine Alphabetisierungskampagne.

Heute schreibt die Fabrik wieder schwarze Zahlen. Die Arbeiter bauen als Mitinhaber auf dem grössten Teil der Fläche weiterhin Zuckerrohr an. Hierfür zahlen sie sich einen Tarif aus, der über dem Mindestlohn liegt. Darüber hinaus erhalten alle Feldarbeiter etwa drei Hektar pro Kopf zur

freien Verfügung. Gleichzeitig wurde die Leistungsnorm deutlich gesenkt. Der Tagessatz eines Feldarbeiters liegt nun bei drei Tonnen. „Das kann er gut in vier Stunden schaffen“, meint Lenivaldo, „den Rest des Tages kann er sein eigenes Feld bewirtschaften und ein Zusatzeinkommen erzielen.“ Manche pflanzen Grundnahrungsmittel wie Bohnen, Mais oder Maniok an, andere aber auch Zuckerrohr. So können

sie fast das doppelte Einkommen ihrer Kollegen in normalen Betrieben erzielen.

Die Usina Catende ist einer von gut 20.000 Betrieben in ganz Brasilien, die nach dem Prinzip der Solidarökonomie, wie diese Wirtschaftsform genannt wird, organisiert sind. Rund zwei Millionen Arbeiter sind in solchen Firmen beschäftigt. Darunter finden sich neben Zuckerfabriken ebenso Textilunternehmen, Minen, Fischereien, Handwerksbetriebe und Mülldeponien.

Brasilien ist mit einer Anbaufläche von etwa sechs Millionen Hektar weltweit der grösste Erzeuger von Zuckerrohr. Rund die Hälfte der Produktion wird heute zu Ethanol als Treibstoff für Kraftfahrzeuge verarbeitet. Die brasilianische Zuckerwirtschaft befindet sich in Aufbruchstimmung. Die Branche erhofft sich durch den globalen Boom bei der Nachfrage nach so genannten Biotreibstoffen als Ersatz für Erdöl neue Absatzmärkte. UNICA mit Sitz in Sao Paulo, der weltweit grösste Anbauverband für Zuckerrohr, geht davon aus, dass sich binnen 15 Jahren die Fläche der Zuckerrohrfelder in Brasilien verdoppeln oder sogar verdreifachen wird.

Derzeit wird der brasilianische Ethanol-Markt regelrecht aufgemischt. Im Februar 2007 verkündete die US-Regierung ihr Interesse am Aufbau einer strategischen „Ethanol-Allianz“ mit Brasilien. Japan will in der nächsten Zeit acht Milliarden Dollar in brasilianische Ethanol-Unternehmen stecken, und auch die EU setzt auf Exporte von Biotreibstoffen und schiebt dabei nach Brasilien.

In dem südamerikanischen Land wird der Ethanol-Boom aber auch

zunehmend zum sozialen Sprengsatz. Im März 2007 besetzten 800 Frauen der Bauernorganisation „Via Campesina“ eine Ethanolfabrik, die bereits zum US-amerikanischen Konzern Cargill gehört. Die Besetzung war Teil der Aktionswoche „Frauen verteidigen das Leben gegen Agrobusiness“. In einer Erklärung hiess es dazu, „die starke Ausweitung des industriellen Zuckerrohranbaus hat Umweltzerstörung, unmenschliche Arbeitsbedingungen sowie die weitere Konzentration von Landbesitz zur Folge, die zu einer Vertiefung der krassen sozialen Unterschiede in Brasilien führt“. In den kommenden Jahren wird sich ent-

scheiden, ob der Zuckerrohr-Boom süssen Reichtum für wenige und bittere Armut für viele bringt oder ob es gelingt, die Expansion sozial und ökologisch verträglich zu gestalten.

Laut Angaben der Landpastoral (CPT), einer ökumenischen Einrichtung der katholischen Kirche, Lutheranern und Methodisten für brasilianische Landarbeiter, wurden allein im vergangenen Jahr etwa 40.000 Familien von ihrem Land vertrieben – also mehr Familien, als im Jahresdurchschnitt durch die Agrarreform zu Land gekommen sind.

Die CPT kritisiert, der Ethanol-Boom sei dafür verantwortlich und zerstöre darüber hinaus die Küsten-

regenwälder, bedrohe die Artenvielfalt und stelle eine immer grössere Konkurrenz zur Lebensmittelproduktion dar. Gewerkschaften, kirchliche Gruppen und die starke Bewegung der Landlosen (MST) sehen andererseits vor allem in der ökonomischen Krise im Nordosten die Chance, die Abhängigkeit von der Zuckerrohrwirtschaft und die Grundbesitzkonzentration abzubauen. Sie fordern, endlich eine konsequente Landreform umzusetzen, denn die extrem ungleiche Landverteilung ist eine der Hauptursachen der Armut in Brasilien. Etwa zehn Prozent der Bevölkerung besitzen rund 80 Prozent des Landes. Viele Flächen bleiben ungenutzt und dienen als Spekulationsobjekte. Rund 4,8 Millionen brasilianische Familien sind landlos, während 4.000 Grossgrundbesitzer über 85 Millionen Hektar Land verfügen.

DIE HÄSSLICHE SEITE DER ENERGIE-REVOLUTION

Die wirtschaftliche Misere treibt Zehntausende Menschen aus dem Nordosten als „Ethanol-Sklaven“ in die Zuckerrohr-Anbaugebiete im Bundesstaat Sao Paulo. In der Kleinstadt Palmares Paulista beispielsweise hausen sie in gefängnisähnlichen Unterkünften. Auf den bis zum Horizont reichenden grünen Zuckerrohr-Plantagen schufteten die bettelarmen Hilfsarbeiter und verwirklichen das, was Präsident Lula die „Energie-Revolution“ nennt. „Sie besitzen nur die Kleidung, die sie tragen“, berichtet Valeria Gardiano, Chefin des Sozialamts in Palmares, „und bringen ihre unterernährten Kinder und kranken Schwiegermütter mit. Wir tun unser Bestes, aber die Lage gerät ausser Kontrolle.“

Werner Paczian
ist freier Journalist in Münster (Deutschland)

Brasiliens Ethanol-Boom

Alles auf Zucker

Biosprit wird als klimafreundlich und kostengünstig gepriesen, doch auch das hat seinen Preis: Der Treibstoff der Zukunft sorgt für ausgebeutete Arbeiter und eine geschundene Natur.

Von Peter Burghardt



*Zuckerrohr-Plantage in Brasilien: Festgehälter werden nicht gezahlt
Foto: Reuters*

Ganz zum Schluss, wenn Brasiliens Erfolgspflanze alle menschlichen Dramen und technischen Prozesse hinter sich hat, dann bleibt eine wunderbar klare Flüssigkeit. "Alkohol, 94 Prozent", erläutert Eduardo José Zaine, seit 25 Jahren Techniker der Zuckerrohr-Fabrik Ester in Cosmópolis, 150 Kilometer nördlich von São Paulo. Hinter ihm quetschen, dampfen und brüten Maschinen. Die holzigen Stangen von den umfliegenden Plantagen werden aus Lastwagen geladen und in riesigen Pressen zermalmt, 9000 Tonnen am Tag. Ein Teil wird zu Zucker, der andere schleudert und gärt als schäumender Saft in computergesteuerten Zentrifugen und Kesseln zu farblosem, stechend riechendem Ethanol. Die reinste Form dieses Alkohols wird für Kosmetik und Pharmazie eingesetzt, die mittlere für die Industrie, die einfachste dient als Treibstoff. Zaine zapft ein paar flüchtige Tropfen aus einem Glaszylinder, der an einer Tankstelle hängen könnte, er sagt: "Das ist unsere Zukunft." Es ist auch

Vergangenheit, nur war das Zuckerrohr früher nicht von solch globaler Bedeutung. Seit mehr als 100 Jahren werden bei der Usina Acucareira Ester S.A. Zucker und Alkohol hergestellt, ursprünglich wurde vor allem Schnaps destilliert. Während der Ölkrise Mitte der siebziger Jahre begann das damalige Militärregime damit, Alternativen für Benzin zu fördern, zwischenzeitlich verkam das Programm zur regionalen Randerscheinung. Nun begeistert Ethanol die Welt, seitdem fast jeder versteht, dass Erdöl teuer ist und endlich und Abgase das Klima verändern. Brasiliens Staatschef Luiz Inácio Lula da Silva warb gerade beim Gipfel der G-8 in Heiligendamm, für ihn ist der Biosprit die Synthese von Markt und Ökologie. US-Präsident W. George Bush ist hingerissen von der Idee, die Abhängigkeit von explosiven Ölquellen zu mindern und nebenbei den Planeten zu retten. Die Europäische Union entdeckt neue Chancen für freie Fahrt und bessere Luft.

Macheten und triste Lieder

Zuckerrohr gilt als besonders geeignet, das hohe Süßgras ist genügsam und lässt sich preiswerter auspressen als Mais oder Zuckerrüben. An brasilianischen Zapfsäulen kostet ein Liter Alkohol derzeit maximal 1,70 Reais, ungefähr 65 Cents - 50 Prozent weniger als Benzin, das per Gesetz bereits zu fast einem Viertel mit Alkohol vermischt wird. Die meisten Neuwagen Brasiliens können dank flexibler Motoren mit Benzin, Alkohol oder einem Mix fahren, faszinierende Möglichkeiten auch für Europäer, Asiaten und Nordamerikaner. Im faserigen Abfall der Halme steckt obendrein Energie, bei der Usina Ester werden mit dem Brennstoff Turbinen angetrieben, der Rauch quillt aus einem gemauerten Schornstein in den blaugrauen Himmel. Der frühere Metallarbeiter Lula ist berauscht von Cana de açúcar, Zuckerrohr. Nirgendwo gedeiht so viel davon wie im größten Land Lateinamerikas, vor allem im Hinterland von São Paulo. Cosmópolis ist davon umringt, während des Wachstums in

sattem Grün. Aber wer erntet dieses gewinnbringende Gewächs? Wieso ist es so billig? Dumpf klingen die Schläge der Macheten über die wellige Ebene, diesen langgezogenen Hügel hinter den Anlagen der Usina Ester. Die schweren Buschmesser werden geschwungen von Männern und Frauen mit kniehohen Stiefeln und dunklen, langärmeligen Klamotten, es ist ein schwülheier Nachmittag, 32 Grad. Man hört fast nichts als die monotonen Geräusche kräftiger Hiebe, weiter hinten singt jemand ein trauriges Lied. "O sono no chega", ich finde keinen Schlaf, es sind nur Textfetzen zu verstehen. Das kahle Zuckerrohr fällt in Reihen wie Haine aus schmalen, störrischen Bäumen, die Stangen landen auf Haufen und nachher auf Lkws. Zwischendurch schleifen die Arbeiter ihre Klingen und setzen sich auf den rotbraunen, verbrannten Boden. Sie tragen Strohhute oder Kapuzen mit Tüchern, die wie bei Imkern den Hals bedecken, die schwitzenden Gesichter sind schwarz verschmiert.

Qualm und kalte Asche

Das macht die kalte Asche. Äcker wie diese werden mehrere Tage vor der Ernte angezündet, bis das Unterholz versengt ist. Der Qualm verpestet die Umwelt, die auch unter den Pflanzenschutzmitteln leidet, gespritzt wird in der Regel mit Sprhflugzeugen. Aber die Flammen tten oder vertreiben Ungeziefer, Giftschlangen, Spinnen und Skorpione, die dem Personal sonst gefährlich zusetzen. Auch verbrennen viele der Blätter, die so scharf sind wie Rasierklingen, alle allerdings nicht. Die sonst so farbige Landschaft wird dann zum grauen Schlachtfeld. Es ist, als wechsele man in einen Schwarzweißfilm. Die Menschen darin erinnern an Bilder des brasilianischen Fotografen Sebastiao Salgado, der Armut und Ausbeutung ablichtet.

Manchmal heißt es abfällig, er inszeniere das Elend, doch das ist in diesem Fall nicht nötig, die sozialen Missstände sind einfach da. Sie helfen der Zivilisation dabei, für wenig Geld den Kaffee zu süßen und

Fahrzeuge zu betanken. José Deniolo Gomes kam kürzlich mit dem Bus aus Paraiba, einem der rmsten Bundesstaaten Brasiliens, Vermittler haben ihn und andere verpflichtet. Wie lange war er unterwegs? "Drei Tage und zwei Nächte", es sind ungefähr 3000 Kilometer. Die meisten Wanderarbeiter hier stammen aus dem rückständigen Nordosten, "es gibt dort keine Arbeit und kein Studium", sagt Gomes, 28 Jahre alt und Vater eines Kindes.

Mit leerem Blick sitzt er auf einem roten Kanister und isst Kekse aus einer Plastiktüte, wie nach einer Schicht im Kohlebergwerk. Der Tag begann wie üblich früh um fünf in einem Gemeinschaftsquartier mit Stockbett in Cosmopolis und endet abends nach sechs wieder dort. Fragt man ihn, was er von der Usina Ester wisse, von Ethanol, von Lulas und Bushs Plänen und dem knappen Öl, dann antwortet er leise und scheu: "Keine Ahnung."

Tod am Nachmittag

Einst schlugen Sklaven aus Afrika das Zuckerrohr. Millionen Leibeigene schufteten in den Kolonien und starben, Zuckerbarone wurden reich. Man kaufte billiges Land und holte sich möglichst billiges Personal. So funktioniert das nach wie vor. Heutzutage fahren moderne Autos und fliegen schnelle Flugzeuge, Brasilien baut sogar selber welche, doch an der Basis plagen sich Tagelöhner wie José Deniolo Gomes, Erntemaschinen taugen nur für flaches Terrain. Die Verhältnisse haben sich wenig verändert, multinationale Konzerne und traditionelle Großgrundbesitzer verdienen Vermögen. Die Usina Ester zum Beispiel gehört seit ihrer Gründung 1898 der Familie Nogueira. Sie besitzt 16000 Hektar Land, in der Stadt Cosmopolis mit ihren 50000 Einwohnern sind viele Straßen nach dem Clan benannt, ein Nachbarort heißt Artur Nogueira. 2006/2007 wurden hier 1,6 Millionen Tonnen Zuckerrohr zu 2,2 Millionen Sack Zucker und in 66,4

Millionen Liter Alkohol verwandelt. Feste Gehälter für die Feldarbeiter gibt es nicht, gezahlt wird nach Menge, das ist auf den Fazendas so üblich. 2,28 bis 2,40 Reais pro Tonne Zuckerrohr, kaum 90 Cents, daraus lassen sich 90 bis 95 Liter Alkohol herstellen. Wie viele Tonnen waren es gestern bei ihm? "9,5", sagt José Deniolo Gomes, zuletzt kam er im Monat auf 900 bis 950 Reais, das sind 350 Euro, die müssen für die Familie reichen, auch in der erntefreien Zeit. Mit der Usina Ester hat er vergleichsweise Glück, denn inzwischen wacht hier eine selbstbewusste Gewerkschaft. Deren Chefin Carlita da Costa schaut nach dem Rechten und gibt Neulingen wie ihm Ratschläge. "Du musst dir aufschreiben, was du geschnitten hast", sagt sie zum Beispiel. Sie kann sich nicht vorstellen, dass es wirklich nur 9,5 Tonnen waren.

"Ethanol ist so billig, weil die Arbeit keinen Wert hat"

Früher schwang die temperamentvolle Frau bei der Usina Ester selbst die Machete, wurde von einem Skorpion gestochen und streikte für Mindestrechte. "Die meisten schaffen 20 Tonnen am Tag", sagt sie. "aber viele wissen nicht mal, wie viel sie gefällt haben und was sie kriegen müssten", und die Analphabeten können es auch nicht notieren. Mittlerweile passt die Gewerkschaft auf, dass beim Wiegen wenigstens die richtigen Werte registriert werden und entsprechend entlohnt werden. Auch achtet sie auf medizinische Nothilfe und die nötigste Verpflegung, gegen den Salzverlust werden vereinzelt lösliche Mineraldrinks aus Tüten verteilt. Anderswo, in der abgelegeneren Provinz, ist es oft noch wesentlich schlimmer. "Woanders verdient man ein Drittel und kriegt nicht mal ein Sandwich", schimpft Carlita da Costa, "das geht über die Kräfte, die Leute sind tot vor Erschöpfung." Manchmal ist das wörtlich zu nehmen, immer wieder werden Opfer der Strapazen gemeldet. "Ich habe viele umfallen sehen, wie Hunde, die meisten sind nachmittags gestorben", berichtet Aginaldo Gomes. Für den 38-Jährigen ist dieser Besuch eine

Studienfahrt - und die Rückkehr in traumatische Zeiten. Gomes war von seinem 13. bis zum 23. Jahr selbst Zuckerrohrschneider im Süden von São Paulo, machte aber abends die Schule fertig und schloss dann ein Psychologiestudium ab. Seine Doktorarbeit widmet sich nun "den Widersprüchen zwischen menschlicher Würde und Schwerarbeit".

Er ist eine Ausnahme, die meisten Kollegen von einst fügen sich mangels anderer Gelegenheiten den feudalen Bedingungen, so, wie es Minenarbeiter in Bolivien oder Peru tun. "Ethanol ist so billig, weil die Arbeit keinen Wert hat", sagt die kämpferische Carlita da Costa. Sie hofft, "dass das Ausland Druck macht", doch von europäischen Auflagen und amerikanischen Schutzzöllen haben ihre Klienten wenig. Der Wunsch nach möglichst niedrigen Preisen und sauberer Atmosphäre bestimmt den Markt.

Vor der Tür warten die Investoren

In der brasilianischen Zuckerindustrie herrscht Goldgräberstimmung, so ähnlich muss es auch in den Anfängen des arabischen Ölbooms zugegangen sein. "Dynamische Zeiten", schwärmt der Berater Alfred Szwarc vom Dachverband Unica im neunten Stock eines verspiegelten Büroturms in São Paulo. Drunten stehen einheimische Kunden mit ihren Autos im Stau, auch der überlastete Inlandsflughafen der Metropole liegt in der Nähe, Fluggesellschaften wollen ebenfalls die Bilanzen schonen - und en passant die Atmosphäre. "Ethanol ist nicht die alleinige Lösung, aber besser als anderes", findet Szwarc, der Nachkomme polnischer Immigranten ist. Er lobt: "Unser Präsident mag Ethanol", das gefällt Unternehmern und Ökonomen, denen Lula früher als Marxist und Barrikadenkämpfer suspekt war. Lulas Treffen mit Bush und seine PR-Tourneen geben der Branche weiteren Schwung. Vor der Tür warten Interessenten aus Japan, zu den Großanlegern gehören auch George Soros und Bill Gates. Die Internationale Energie-Agentur IEA prophezeit, dass sich der Bedarf an Ethanol bis 2020 von 40 auf

120 Milliarden Liter verdreifachen werde. In dieser Saison produziert Brasilien fast 18 Milliarden Liter und exportiert vier davon, in den kommenden Jahren soll es noch sehr viel mehr werden. 70 neue Destillieren sind geplant, zehn Milliarden Euro sollen investiert werden, unter anderem für Pipelines und Transportwege, beides ist in oft prekärem Zustand. Bei Schwarz hängt eine Karte an der Wand und illustriert die Dimensionen dieses Riesenreiches. "Brasilien hat 850 Millionen Hektar", doziert er, "220 Millionen Hektar werden bewirtschaftet, nur 6,5 Millionen Hektar mit Zuckerrohr." 2012 sollen es mindestens acht Millionen Hektar Zuckerrohr sein, die ausländische Konkurrenz legt ja ebenfalls zu. Es geht um den Antrieb der Welt, das lohnt sich. Von Lula enttäuscht Der Massenanbau zu Bewegungszwecken ist zur Grundsatzfrage geworden, auch beim Movimento Sem Terra, das Millionen brasilianische Landlose vertritt. "Eine neue Offensive des Kapitalismus", wettert José Batista de Oliveira, einer der Sprecher. "Wir entwickeln uns zurück zur Kolonie, zum Rohstoff-Lieferanten, damit andere wie die USA ihren Lebensstandard halten können. Und stellen Sie sich vor, was erst passiert, wenn in China jeder ein Auto hat." In den USA wird wegen der hohen Benzinpreise schon so viel Mais zu Ethanol verarbeitet, dass beim Nachbarn Mexiko die Mais-Tortillas teuer werden. Brasiliens Landlose erleben entsetzt, wie ihr Verbündeter Lula dem Texaner Bush in die Arme fiel. "Wer, wenn nicht Lula, sollte diese Entwicklung stoppen?", ruft Batista, er schimpft auf Monokulturen und Latifundien, kaum irgendwo ist Land so ungleich verteilt wie in Brasilien. "Hier wird ausgebeutet wie vor 500 Jahren und die Natur zerstört", Experten warnen vor der weiteren Abholzung des Regenwaldes, um Zuckerrohr anzubauen. Alfred Schwarz kennt die Vorwürfe. "Es gibt Widerstände", sagt er. Was die Arbeitsbedingungen für die Zuckerrohrschneider betreffe, "die waren vor fünf Jahren schlechter, nur haben sich die Medien nicht darum gekümmert".

Bei der Fabrik Ester in Cosmópolis bei São Paulo werden sie sehen, wie sich das Klima für dieses Geschäft entwickelt. "Wir sind flexibel", sagt der Techniker Eduardo José Zaine, das war man immer. Steigt der Zuckerpreis, dann wird mehr Zucker raffiniert; verkauft sich Alkohol besser, dann mehr Alkohol. Zuckerrohr jedenfalls wird so viel gepflanzt und geerntet wie möglich - zunehmend auch mit einer Art Mähdrescher, der bei einer Geländeneigung von bis zu zwölf Prozent eingesetzt werden kann und nie müde wird. Wieder kämpfen Menschen gegen Maschinen, der Arbeiter José Deniolo Gomes wird sich nach Kräften wehren. Am Ende eines Tages hat er mit seinem rechten Arm, je nach Rechnung, 10 oder 20 Tonnen Zuckerrohr geschnitten, für ihn 9 bis 18 Euro. Für die Tanks 900 bis 1800 lit. Ethanol.

Süddeutsche Zeitung, 13.06.07

Definitionen

Definitionen

❖ **AKP-Staaten**



AKP ist eine Abkürzung für Afrika, Karibik und Pazifik. Der Begriff AKP-Staaten (African, Caribbean and Pacific Group of States kurz ACP-Gruppe) bezeichnet eine Internationale Organisation von zurzeit 78 Ländern in dieser Region – zumeist frühere Kolonien Frankreichs und Großbritanniens. Gründungsdokument der Organisation ist das sogenannte Georgetown-Agreement, das vertragliche Vereinbarungen zur hauptsächlich wirtschaftlichen Zusammenarbeit beinhaltet.

Wesentliche Ziele sind die nachhaltige Entwicklung der Mitgliedsstaaten sowie ihre Einbettung in die Weltwirtschaft, sowie die Etablierung einer "neuen, fairen und gerechteren Weltordnung". Von Beginn an stand die Koordination der wirtschaftlichen Verbindungen der Mitgliedsstaaten mit der Europäischen Union im Vordergrund. Eingebettet in eine Reihe von Abkommen (Lomé-Abkommen I bis IV) steht die Zusammenarbeit zwischen der ACP-Gruppe und der EU als größtes Beispiel für eine (wirtschaftliche) "Nord-Süd-Zusammenarbeit".

In den letzten Jahren hat die ACP-Gruppe ihren Fokus von der EU auf die Weltgemeinschaft erweitert, und eine Reihe von Maßnahmen innerhalb der Welthandelsorganisation (WTO) gesetzt.

Mit den AKP-Staaten hat die EU im Zuge ihrer Gemeinsamen Handelspolitik das stark entwicklungspolitisch motivierte Lomé-Abkommen abgeschlossen. Das erste Abkommen, das später mehrfach erneuert wurde, wurde 1975 in Lomé, Togo unterzeichnet. Mit ihm wollten die EU-Länder unter anderem ihrer kolonialen Vergangenheit Rechnung tragen. Das Abkommen basiert in erster Linie auf einem System von Zollpräferenzen, mit denen diesen Ländern der Zugang zum EU-Markt erleichtert werden soll. Außerdem wurden Mittel bereitgestellt, um die Preise der Exportgüter dieser Länder zu stabilisieren. Nachfolger des Lomé-Abkommens, welches am 29. Februar 2000 auslief, ist das Cotonou-Abkommen.

❖ **Economic Partnership Agreement**

Economic Partnership Agreements (EPA), auf Deutsch „Wirtschaftspartnerschaftsabkommen“, sind von der EU geförderte Abkommen über Freihandelszonen, die nach dem Scheitern der WTO-Verhandlungen 2003 in Cancún verabredet wurden. Die Verhandlungen werden nun bilateral zwischen den einzelnen Staaten fortgeführt und nicht mehr multilateral im Rahmen der WTO.

Zur Zeit (2007) werden zwischen der EU und den 78 AKP-Staaten (in der Mehrzahl ehemalige europäische Kolonien in Afrika, der Karibik und im Südpazifik) im Rahmen des Cotonou-Abkommens EPAs verhandelt. Die EPAs sind Teil des Cotonou-Abkommens, einem breit angelegten Abkommen das Hilfen, Handel und politische Zusammenarbeit zwischen der EU und diesen Staaten regelt. EPAs sind eine Antwort auf die anhaltende Kritik, die von der EU eingeräumten Handelsvorteile seien eine einseitige Bevorzugung dieser Staaten und widersprüchen den WTO-Regeln. Die angestrebten Vereinbarungen sollen ab dem Jahre 2008 gelten.

Entsprechend dem Cotonou-Grundsatz der Differenzierung und Regionalisierung sollen die Entwicklungsländer dazu befähigt werden, innerhalb der EPAs in Regionalgruppen zu agieren. Bisher (Februar 2007) haben die AKP-Staaten sechs Regionalgruppen gebildet, die als Verhandlungspartner der EU auftreten. Diese Regionalgruppen sind

- l'Union Economique et Monétaire Quest Africaine
- la Communauté économique et monétaire de l'Afrique centrale
- the Southern African Development Community
- the East African Community
- the Caribbean Forum of African, Caribbean and Pacific States (CARIFORUM)
- the Pacific region

Die Verhandlungen werden seitens der AKP-Staaten unter dem Druck der EU geführt bis zum Ende des Jahres 2007 zu einem Ergebnis zu kommen. Andernfalls will die EU die Auszahlung von Mitteln aus dem Europäischen Entwicklungsfonds verzögern.



❖ Least Developed Countries

Der Begriff Least Developed Countries (LDC, deutsch: *am wenigsten entwickelte Länder*) ist ein von den Vereinten Nationen auferlegter sozialökonomischer Status, den eine Gruppe von 50 besonders armen Ländern überall in der Welt besitzt. Diese am wenigsten entwickelten Länder der Welt werden oft auch als „Vierte Welt“ bezeichnet. Das am wenigsten entwickelte Land ist Osttimor.

Kriterien :

Bis 1990 wurden als Ausschlag gebende Kriterien für die Einstufung als LDC das Pro-Kopf-Einkommen, der Anteil der Industrie am Bruttoinlandsprodukt (BIP) und die Alphabetisierungsrate herangezogen.

Dieser Kriterienkatalog wurde 1991 von vier neuen, umfassenden Kriterien abgelöst, um auch langfristige Entwicklungshemmnisse wie z. B. Strukturschwächen und niedriges Niveau der Entwicklung menschlicher Ressourcen bei der Beurteilung berücksichtigen zu können:

1. Bruttonationaleinkommen pro Kopf im Dreijahres-Durchschnitt von weniger als 750 \$ als Aufnahmekriterium und von über 900 \$ als Ausschlusskriterium.
2. Economic Vulnerability Index (EVI) - beschreibt die Verwundbarkeit von Gesellschaften und ersetzt den alten Economic Diversification Index (EDI). Er orientiert sich an den Exporten, der Instabilität der Exporterlöse, der Agrarproduktion und dem Anteil von verarbeitender Industrie und Dienstleistungen am BIP.
3. Human Assets Index (HAI) - liefert Aussagen über soziale Merkmale wie Gesundheit und Bildung. Historisch ersetzt er den früheren Augmented Physical Quality of Life Index (APQLI). Er macht Angaben zum Kalorienverbrauch pro Kopf in % des Minimalbedarfs, zur Kindersterblichkeitsrate, zur Alphabetisierungsrate unter Erwachsenen und zur Einschulungsrate in Sekundarschulen.
4. Eine Einwohnerzahl von maximal 75 Mio. Menschen.

Von der Liste der LDCs kann ein Land gestrichen werden, wenn es die (oberen) Grenzwerte von mindestens zwei der drei erstgenannten Kriterien in mindestens zwei aufeinanderfolgenden Überprüfungen überschreitet.

Die differenzierten zugrundeliegenden Indikatoren genießen weltweit eine hohe Akzeptanz. Kritisiert wird allerdings der Bevölkerungsindikator, aufgrund dessen diese Einteilung wenig über die tatsächliche Verteilung von Armut in der Welt aussagt, die mögliche politische Instrumentalisierung dieser Klassifizierung und, dass die Einteilung sehr aufwendig zustande kommt.

Die Aufnahme in die LDC kann für den betroffenen Staat durchaus begehrt sein, da in den Geberländern die Qualität der Entwicklungspolitik oft an ihrer Ausrichtung auf die LDC-Staaten gemessen wird. Daher erhalten diese bevorzugt nichtrückzahlende Zuschüsse (*Grants*) oder Kredite zu günstigeren Bedingungen (International Development Association, IDA).

Die Bezeichnung „Least Developed Countries“ lehnt sich stark an den sogenannten Human Development Index (HDI) an, der jedes Jahr im Rahmen des Entwicklungsprogrammes der UNO erstellt wird, um die Entwicklung eines Landes in Hinblick auf wirtschaftliche und soziale Kriterien zu messen. In diesem Kontext bezeichnen *Least Developed Countries* die Gruppe der Länder, die am Ende dieses Index' liegt. Es ist allerdings umstritten, ob die Kriterien des HDI wirklich eine Einordnung in einen Index rechtfertigen, beziehungsweise ob eine solche Einordnung überhaupt möglich ist, weshalb die Bezeichnung *Least Developed Countries* ebenfalls umstritten ist.

Gemeinsam mit den Entwicklungsländern ohne Zugang zum Meer (Landlocked Developing Countries, LLDC) und denen auf kleinen Inseln gelegenen Entwicklungsländern (Small Island Developing States, SIDS) werden die LDCs seit 2001 von einem Hohen Vertreter des OHRLLS („Office of the High Representative for Least Developed Countries, Landlocked Developing Countries and Small Island Developing States“) repräsentiert. Aufgrund einer Resolution der UN-Vollversammlung wurde dieses Büro am Sitz der Weltorganisation in New York eingerichtet, um bei den verschiedenen Aktionsprogrammen für diese Ländergruppen koordinierend zu helfen.